

Preußische Allgemeine



Nr. 23 · 10. Juni 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Moloch Beschaffungsamt

Über eine Mammutbehörde, die nach der Einrichtung des „Sondervermögens“ für die Bundeswehr eine zentrale Rolle bei der Verwendung der Mittel spielt **Seite 3**



Erinnerung Eine neue Dauerausstellung für Monte Cassino **Seite 10**



Erlebnis Auf Kreuzfahrt durch das ewig malerische Masuren **Seite 23**

VON BIRGIT KELLE

Zeige mir dein Parteiprogramm, und ich sage dir, wer du bist. Wenn es so einfach wäre, könnte der Traum von CDU-Vize Carsten Linnemann tatsächlich wahr werden, dass die Wiedererkennbarkeit seiner Partei in der Nach-Merkel-Ära von jedem Mitglied, „wenn es nachts um drei geweckt wird“, mit drei klaren Punkten quasi schlafwandelnd zitiert werden kann.

Gerade haben die Christdemokraten eine neue „Grundwertecharta“ ihrer Partei vorgestellt, die als eine Art Präambel für das neu zu erarbeitende Parteiprogramm stehen soll. Bis Ende 2024 werden nun weitere elf Fachkommissionen thematisch an den Details arbeiten, die Mitglieder eingebunden, Parteitage streiten – und es soll ganz viel debattiert werden.

In dem Papier fehlt es nicht an Ambitionen und Visionen einer wertegebundenen und weltoffenen, konservativen, sozialen und liberalen Politik basierend auf dem christlichen Menschenbild. Man betont das Konservative, das Liberale, mehrfach die individuelle Verantwortung des Einzelnen und das Subsidiaritätsprinzip. Man will Volkspartei sein, der Zersplitterung der Gesellschaft entgegenwirken, die Leistung des Individuums schätzen und gleichzeitig Verantwortung für den Nächsten und die Schöpfung zeigen. Amen.

Ausgestreckte Arme statt Raute

Parteichef Friedrich Merz spricht von einem richtungsweisenden Schritt, Linnemann von einer brennenden, fesselnden, mutigen Erzählung und Generalsekretär Mario Czaja bemüht nach „der Phase der Raute, die 16 gute Jahre für Deutschland waren“ nun eine „Phase der ausgestreckten Arme“. Niemand traut sich auszusprechen, dass der Hauptgrund für die Notwendigkeit eines Neuanfangs in der totalen inhaltlichen Entkernung der Partei liegt, die diese „Raute“ wie eine Schneise der Verwüstung in die Partei ge-

Eine neue Grundwertecharta macht noch keine neue Partei

Die CDU will die inhaltliche Entkernung der Ära Merkel beenden. Die ersten Schritte zeigen, dass sie nur schwer von ihrer langjährigen „Königin“ loskommt

schlagen hat. Selbst nach dem Tod der Königin will immer noch keiner Königsmörder sein. Zumal ja – mit wenigen Ausnahmen wie Merz – vielerorts immer noch dieselben Akteure an den Rudern der Partei stehen, die 16 Jahre lang etliche Gelegenheiten versäumten, realpolitisch genau jenes Profil umzusetzen, nach dem man jetzt händeringend sucht.

Ob die CDU tatsächlich wieder zu einer ernstzunehmenden konservativ-liberalen Regierungskraft mutiert, hängt jedoch kaum von den wohlformulierten Sätzen eines Parteiprogrammes ab. Das liegt weniger am richtigen oder falschen Inhalt, denn am Personal: Was nutzt das hübscheste Papier, wenn das, was dort steht, für die tatsächliche Politik der Partei keine Relevanz hat? Was helfen Statuten, wenn die mühsam in auserwählten Gremien ausgehandelten Zeilen anschließend von niemandem offensiv vertreten werden und im Parlament dem Pragmatismus des Alltages oder dem potentiellen Koalitionspartner zum Opfer fallen?

An einer Stelle greift die Charta das Problem als Vorsatz auf: Man wolle scheinbar Gegensätzliches verbinden, „Wertorientierung und Realpolitik“. Dass man zur Erarbeitung dieser CDU-Charta nicht nur renommierte Politologen wie Andreas Rödder oder die ehemalige Familienministerin Kristina Schröder beauftragte, sondern etwa mit Ralf Fücks auch ein langjähriges Mitglied der Grünen und ehema-

ligen Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung, muss doch wenigstens irritieren. Nahezu unverhohlen wird hier Schwarz-Grün in die Grammatik der Partei gezeichnet.

Erste Enttäuschungen

Ob zudem die Aufforderung an die Partei, sich am Prozess zu beteiligen, mehr sein wird als ein einlullendes Beschäftigungsprogramm für frustrierte Basismitglieder, wie damals die „Zuhör-Tour“ von Annegret Kramp-Karrenbauer, wird sich noch zeigen. Oder erinnert sich noch jemand an die Ergebnisse oder auch nur einen Satz der drei Zukunftskommissionen der damaligen CDU-Stellvertreter Laschet, Klöckner und Strobl im Jahr 2015? Ich tue es auch nur deswegen, weil ich Teil dieses monatelangen, aufwendigen Prozesses war und ein wirklich ansehnliches familienpolitisches Programm mit ausgehandelt habe. Danach wurden alle Formulierungen beim Parteitag in Karlsruhe verabschiedet, um seither in einer digitalen Schublade des Konrad-Adenauer-Hauses zu verstauben.

Während nun Professor Rödder referiert, man gehe im christlichen Menschenbild von der individuellen Person und nicht von einer Gruppenzugehörigkeit aus, weil genau das die CDU von rechts, aber auch von links unterscheidet, und damit sowohl sozialistischer Gleichmacherei aber auch den Ambitionen der grassierenden Identitätspolitik eine Ab-

sage erteilt, wurde nahezu zeitgleich im Parteivorstand noch eiligst das Ziel der „Gleichberechtigung“ der Frau in eine „tatsächliche Gleichstellung der Frau“ umformuliert, um den Weg in eine Frauenquote nicht zu verbauen. Damit geht die CDU nicht nur mit jenen linken gesellschaftlichen Kräften konform, die Geburtsmerkmale neuerdings vor individuelle Leistung stellen, sondern schießt sogar über das Verfassungsziel des Grundgesetzes hinaus, das in Artikel 3 (2) lediglich von der „tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung“ spricht.

Es heißt, CDU-Ministerinnen wie Karin Prien und Ina Scharrenbach hätten mit Ablehnung gedroht, woraufhin Merz, der zum Start ein einstimmiges Votum als Positivsignal haben wollte, inhaltlich einknickte. Empörung zeigte nicht nur Kristina Schröder. Die Wertekommission, der sie angehört habe, hätte sich mit klarer Mehrheit gegen den Begriff Gleichstellung ausgesprochen, denn Gleichberechtigung wolle Chancengleichheit am Start, Gleichstellung eine Gleichmacherei am Ziel.

Doch wie will die CDU politische Unterscheidbarkeit und Standhaftigkeit beweisen, wenn so ein Papier wie diese Charta nicht einmal den Weg aus der Fachkommission bis zur Pressekonferenz übersteht, ohne vorher im Parteivorstand noch einmal sprachlich frisiert zu werden und das auch noch in einem entscheidenden, inhaltlichen Punkt?

POLITIK

IN DIESER AUSGABE

Politik

In Großbritannien steht nicht nur die Regierung Johnson auf der Kippe **Seite 2**

Kultur

Das Berliner Humboldt-Forum will konservative Spender ausgrenzen **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Dietrichswalde ernennt den Prälaten Adalbert Zink posthum zum Ehrenbürger **Seite 13**

Lebensstil

Worpswede erinnert an seinen Mitbegründer Heinrich Vogeler **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 303404 23
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Britannien in der Krise Während der Premierminister ein Misstrauensvotum nur mit starken Blessuren übersteht, gewinnen die Unabhängigkeitsbewegungen in Schottland und Nordirland an neuer Kraft

„Letzter Warnschuss“ für Boris Johnson

Der geschwächte Premier muss weiter um sein politisches Überleben kämpfen. Schadenfreude in Europas Hauptstädten

VON CLAUDIA HANSEN

Mit Mühe und Not hat Boris Johnson das Misstrauensvotum seiner Fraktion überstanden. Nur 59 Prozent der Abgeordneten kreuzten am Montagabend an, sie hätten Vertrauen in ihren Premierminister. 41 Prozent bekundeten Misstrauen. Der Premier hatte zuvor gesagt, die Abstimmung sei auch eine Chance, einen Schlussstrich unter die Querelen zu ziehen. Nicht alle folgen ihm darin. „Johnson gewinnt die Abstimmung, aber er hat seine Partei verloren“, schrieb noch am Abend das Tory-nahe Magazin „The Spectator“. Seine Autorität sei vermutlich „tödlich verletzt“.

Das Presseecho der großen Blätter am nächsten Tag war ungünstig. „Ein verwundeter Sieger“ („The Times“) sei er, von einer „Demütigung“ („Guardian“) war die Rede. „Ein hohler Sieg reißt die Tories auseinander“, schrieb der „Daily Telegraph“. Das schwache Abschneiden sei der letzte Warnschuss, heißt es.

Wie ein Mühlstein um den Hals

Tatsächlich war es ein Sieg, der Johnson nicht auf Dauer rettet. Die 148 Gegenstimmen werden dem Regierungschef wie ein Mühlstein um den Hals hängen. Er hat schlechter abgeschnitten als seine Vorgängerin Theresa May bei ihrem Misstrauensvotum 2018. Monatelange „Partygate“-Vorwürfe haben Johnson immer tiefer hinabgezogen. Ein Teil der Parteirebellen hält ihn für charakterlich einfach ungeeignet. Die Berichte über alkoholgeschwängerte Feiern in der Downing Street, während das ganze Land unter strikten Lockdown-Regeln stand, stießen vielen sauer auf. Andere in der Tory-Partei fragen, ob die Regierung noch den richtigen Kurs fährt: Die Steuerlast ist gestiegen, die Teuerungswelle belastet die Bürger schwer.

Monatlang haben die Rebellen in der konservativen Partei die Messer gewetzt. Während der Jubilee-Feierlichkeiten für Königin Elisabeth II. hatte Johnsons Kommunikationsdirektor Guto Harri ein Thea-

terstück besucht, das passender kaum sein könnte: „Julius Cäsar“ von Shakespeare. Wer wird heute der Brutus sein und den Dolch zücken? Das Stück zeige, „einen starken Anführer zu stürzen, der große Siege errungen hat, endet schlecht“, fand Harri. Er muss das sagen, er ist Johnsons PR-Chef. Doch der Brexit-Premier ist schon lange kein starker Anführer mehr, eher ein Getriebener, der ums Überleben kämpft.

Johnson hat einige große Siege errungen, die erdrutschartig gewonnene Parlamentswahl im Dezember 2019 bescherte ihm eine 80-Sitze-Mehrheit, die größte seit Thatcher-Zeiten. Die linke Labour-Partei stürzte ab. Johnson ist ein Kämpfer. Während der Corona-Pandemie hat er nach anfänglich schweren Fehlern einen beeindruckenden Turnaround geschafft. Als der

Ukrainekrieg ausbrach, sprang Großbritannien dem angegriffenen Land zur Seite. Johnson organisierte militärische Hilfe, als einer der ersten westlichen Regierungschefs besuchte er Kiew. Vermutlich hat ihm Russlands Angriff Ende Februar den politischen Kopf gerettet. Denn viele Tory-Abgeordnete schreckten davor zurück, ihren Regierungschef während eines Krieges in Europa zu stürzen. Doch die Partygate-Eskapaden gingen nicht weg, so sehr die PR-Maschinerie des Conservative Headquarters sich auch bemühte.

Die „Operation Save Big Dog“, wie sie die Downing Street nennt, läuft nun schon seit sechs Monaten. Aber der große Hund hinkt nur noch. Seine Popularitätswerte in der Bevölkerung sind tief in den Keller gefallen. In den Umfragen der einflussrei-

chen Tory-nahen Webseite „Conservative Home“ liegt er auf dem letzten Platz der Kabinettsliste, tief im Negativbereich. Vor dem Dankesgottesdienst für die Queen in der St. Paul's Kathedrale waren aus der Menschenmenge Buhrufe gegen den Premier zu hören. Es war ein mitleiderregendes Bild, als Johnson mit seiner Frau Carrie unter langgezogenem Johlen die Treppen zur Kirche hinaufschritt. Am Wochenende wurde er zudem in einem Restaurant von Besuchern beschimpft.

Wut über steigende „Costs of Living“

Millionen Briten leiden unter der Inflation mit hohen Energiekosten und steigenden Lebensmittelpreisen. Die „Costs of Living Crisis“ ist das beherrschende Thema des Landes. Zwei wichtige Nachwah-

len stehen am 23. Juni an, im Wahlkreis Tiverton und Honiton sowie in Wakefield, wo Tory-Abgeordnete nach Skandalen zurücktraten. In beiden Wahlkreisen werden die Konservativen vermutlich schwere Niederlagen einstecken. In den Reihen der Tory-Abgeordneten geht die Angst vor dem Mandats- und Machtverlust um.

In Europas Hauptstädten wäre wohl die Schadenfreude riesig, wenn Johnson stürzte. In Paris ist er Präsident Emmanuel Macron regelrecht verhasst. Auch in Berlin hat er wenig Freunde. Die deutsche Presse verfolgt den britischen Premier seit Langem mit leidenschaftlicher Abneigung. Er sei ein Clown, lautet noch eine der eher harmlosen Vorwürfe. Vor allem sein Einsatz für die Brexit-Kampagne, die Großbritannien aus der EU führte, hat ihn bei den EU-Führern zur Hassfigur gemacht. „Der Lügenpremier“ titelte vor wenigen Tagen wieder einmal die „Süddeutsche Zeitung“.

Vorerst ist Johnson erstmal sicher vor einer neuen parteiinternen Rebellion. Laut den Statuten der Tories darf es innerhalb der nächsten zwölf Monate keine neue Misstrauensabstimmung geben. Aber mit seiner beschädigten politischen Autorität dürfte das Regieren immer schwieriger werden. Johnson könnte ein ähnliches Schicksal blühen wie seiner Vorgängerin May, spekulieren manche. May hatte Ende 2018 zwar ein Misstrauensvotum überstanden, doch sechs Monate später trat sie zurück. Johnsons Anhänger weisen diese Vergleiche zurück. May war inmitten der Brexit-Wirren in eine völlige Sackgasse geraten, sie hatte keine eigene Mehrheit im Parlament; die heutige Situation sei eine ganz andere.

Zwar liegen die Konservativen in Umfragen hinter Labour, aber der Abstand ist nicht allzu groß. Labour-Chef Keir Starmer ist alles andere als ein Charismatiker. Was Johnson bislang gerettet hat, ist auch die Uneinigkeit seiner parteiinternen Feinde. Es gibt keinen eindeutigen Favoriten für die Nachfolge. So schleppt sich ein geschwächter „Julius Cäsar“ müde über die Bühne. Die Dolche haben ihn verwundet, aber nicht erledigt.



Buhrufe auf dem Weg zur Kirche: Premierminister Boris Johnson mit seiner Frau Carrie am vergangenen Wochenende vor dem Festgottesdienst anlässlich des Thronjubiläums von Königin Elisabeth II.

MONARCHIE

Zerbricht das Vereinigte Königreich?

In Schottland lauert die SNP auf ihre zweite Chance, in Nordirland ist die linke Sinn Féin auf dem Vormarsch

Ganz Großbritannien hat am Wochenende das 70. Thronjubiläum Elisabeths II. gefeiert. Ganz Großbritannien? Nein, in Schottland und Nordirland blieb der Jubel sehr verhalten. Gefeiert hat vor allem England. Millionen Engländer verfolgten die Festzüge und Militärparaden in London, schwenkten Fähnchen, organisierten Straßenfeste. Laut einer aktuellen Umfrage ist der Rückhalt für das Königshaus stark. Fast zwei Drittel (62 Prozent) wollen die Monarchie beibehalten. Aber immerhin 22 Prozent der Briten hätten lieber ein gewähltes Staatsoberhaupt.

In Schottland ist die Bindung ans Königshaus viel schwächer. Nur eine Minderheit (45 Prozent) feierte dort die Queen. Seit Jahrzehnten rüttelt eine breite Unabhängigkeitsbewegung an der seit 1707 bestehenden politischen Verbindung Schottlands mit England. Die seit 2007 in Edinburgh regierende Scottish National Party (SNP) trommelt für die Abspaltung

das nördlichen Landesteils mit fünf Millionen Einwohnern. Ihr erster Versuch, das Unabhängigkeitsreferendum 2014, ging klar daneben. Nun lauert die SNP-Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon auf eine zweite Chance.

Ein wichtiger Faktor beim Aufstieg der schottischen Unabhängigkeitsbewegung war das in der Nordsee gefundene Erdöl. Aberdeen wurde die Ölindustriehauptstadt Europas. Die Öleinnahmen sinken aber, und die SNP will eigentlich weg von Erdöl und Erdgas. Die mit den Grünen koalierende SNP ist zwar formell eine Partei der „Nationalisten“, aber in den meisten politischen Fragen hat sie sich deutlich links positioniert. Sie fordert mehr Sozialstaat, gibt sich feministisch, grün und multikulturell. Transgender-Rechte stehen weit oben auf ihrer Agenda. Ein Hauptziel der SNP wäre es, wieder Mitglied der EU zu werden. Ob aber bei einem neuen Referendum die Schotten für den „Scot-Exit“

stimmen würde, ist alles andere als sicher. Laut der jüngsten Umfrage für die Zeitung „The Scotsman“ zeigt sich die Bevölkerung exakt 50 zu 50 gespalten.

Die Rückkehr der irischen Frage

Dramatisch ist die Entwicklung in Nordirland. Die dortigen Vertreter des „Unionismus“, der Einheit des United Kingdom, haben jüngst eine schwere Niederlage erlitten. Bei der Regionalwahl im Mai kam die konservative DUP-Partei nur noch auf den zweiten Platz. Stärkste Kraft ist nun mit 29 Prozent die irisch-republikanische Sinn Féin. „Das war ein politisches Erdbeben“, sagt der Politikprofessor Jon Tonge. Älteren Bürgern läuft noch immer ein Schauer den Rücken hinunter, denn Sinn Féin agierte jahrzehntelang als der politische Arm der IRA (Irish Republican Army), die für Hunderte tödliche Anschläge verantwortlich war. Nun hat Sinn Féin im Norden als freundliches Gesicht Michelle

Sinn-Féin-Chefin Mary Lou McDonald glaubt, dass in fünf Jahren ein Referendum über die irische Einheit möglich sei. Zwar ist laut Umfragen derzeit nur eine Minderheit in Nordirland dafür, doch steigt deren Anteil

O'Neill als Ministerpräsidentin nominiert. Die DUP legt sich indes quer. Die Politik in der kleinen Provinz Ulster (zwei Millionen Einwohner) ist faktisch gelähmt.

Sinn Féin glaubt, langfristig laufe alles auf die Wiedervereinigung der seit 1921 geteilten grünen Insel zu. Auch im Süden, in der Republik Irland, sind die linken Nationalisten auf dem Vormarsch. Die irischen Republikaner stehen noch weiter links als die SNP. Im Europaparlament sitzen sie mit der deutschen Linkspartei in einer Fraktion. Sinn-Féin-Chefin Mary Lou McDonald glaubt, dass in fünf Jahren ein Referendum über die irische Einheit möglich sei. Zwar ist laut Umfragen derzeit nur eine Minderheit in Nordirland dafür, doch steigt deren Anteil.

Der strauchelnde Londoner Premier hat all dem wenig entgegenzusetzen. Insgesamt zeigt sich, dass in Johnsons Regierungszeit die Fliehkräfte des Vereinigten Königreichs zugenommen haben.

Problemfall Beschaffung

Nachdem die Politik den Weg freigemacht hat für das „Sondervermögen“ der Bundeswehr, stellt sich die Frage, wie das Geld sinnvoll und effektiv verteilt wird. Im Fokus steht dabei eine Behörde, die bei Kritikern als Inbegriff aufgeblähter Bürokratie gilt

VON JOSEF KRAUS

Das 100 Milliarden Euro schwere „Sondervermögen“ für die Bundeswehr ist in trockenen Tüchern. Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag als Opposition und die unionsgeführten Länder im Bundesrat sorgten zusammen mit den „Ampel“-Parteien dafür, dass eine entsprechende Ergänzung des Grundgesetzes im Artikel 87a mit der in beiden Kammern notwendigen Zweidrittelmehrheit über die Bühne geht. Im Zuge dieser Änderung wird auch die Kreditaufnahme nicht auf die Schuldenregel des Artikels 115 des Grundgesetzes angerechnet.

Ab sofort geht es nun um die praktischen Folgen dieser Entscheidung, vor allem um das Beschaffungswesen der Bundeswehr. Dabei lassen wir nachfolgend zwei Dinge außer Betracht: Nämlich dass erstens die 100 Milliarden bei der aktuellen Inflationsrate am Ende der laufenden Legislaturperiode nur noch 65 bis 70 Milliarden Euro der heutigen Kaufkraft wert sein könnten. Und dass zweitens die 100 Milliarden nun doch auch für ein anderes Ziel, nämlich das „Zwei-Prozent-Ziel“, verwendet werden. Das heißt: Die seit Langem bestehende Vereinbarung der NATO-Mitglieder, dass jedes Land zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Verteidigung aufwenden soll, wird nun nicht außerhalb des 100-Milliarden-Projekts, sondern bis 2025 exakt mit diesen 100 Milliarden erreicht werden. Was danach kommt, steht in den Sternen. Denn dann würde der Jahresetat der Bundeswehr wieder von rund 70 bis 75 Milliarden auf aktuell rund 50 Milliarden – was einem BIP-Anteil von rund 1,5 Prozent entspräche – zusammenschnurren. Das wäre angesichts großer Rüstungsprojekte, die sich wie im Falle des zusammen mit Frankreich und Spanien geplanten Projekts eines FCAS-Kampfflotts (FCAS = Future Combat Air System) bis 2040 hinziehen könnten, eine problematische Entwicklung.

Die Monsterbehörde „BAAINBw“

Ein großes Problem freilich muss jetzt endlich gelöst werden: Die Bundeswehr leidet seit Jahren unter einem aufgeblähten, überbürokratisierten und lahmen Beschaffungswesen. Letzteres hat obendrein eine wechselhafte Vorgeschichte. In aller Kürze: Am 26. Oktober 1950 war Theodor Blank (CDU) zum „Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen“ ernannt worden. Dieses „Amt Blank“ wurde Keimzelle des späteren Verteidigungsministeriums. Am 12. September 1952 wurde dem „Amt Blank“ die Sonderabteilung „Besatzungslastenverteilung“ übertragen. Der Standort dieses Bereiches wurde von Bad Homburg nach Koblenz verlagert und damit in die Nähe des Regierungssitzes Bonn. Die Unterbringung erfolgte in dem von der französischen Besatzungsmacht geräumten ehemaligen Hotelkomplex „Koblenzer Hof“ am Rheinufer. 1955 dann wurde das „Amt Blank“ zum Bundesministerium der Verteidigung (BMVg). Per Erlass des späteren Verteidigungsministers Franz Josef Strauß wurde die Abteilung XI des BMVg 1958 in „Amt für Wehrtechnik und Beschaffung“ umbenannt.

Zuständig für den gesamten Bereich Beschaffung ist nunmehr ebendort in Koblenz das „Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr“ (BAAINBw) als der maßgebliche „Einkäufer“ der Bundeswehr. Am 1. Oktober 2012 war das BAAINBw als Zusammenschluss des „Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung“ und des „Bundesamtes für Informationsmanagement und Informationstechnik“ gegründet worden. Das BAAINBw ist verantwortlich für die Ausstattung der Bundeswehr mit



Einer von 116 (!) Dienstorten einer Mammutbehörde: Die Zentrale des Bundesamts für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) in Koblenz. Einst als Sitz der Regierung des preußischen Regierungsbezirks Koblenz errichtet, zog hier 1961 das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung ein

Foto: Mauritius Images

Technik, Gerätschaften und Ausrüstungsartikeln – sozusagen vom Klopapier bis zum Kampffjet. Aber auch die Aussonderung und Verwertung von Wehrmaterial ist Aufgabe des BAAINBw. Obendrein steht das gesamte Beschaffungswesen wie die Bundeswehr insgesamt vor einem Paradigmenwechsel: In den letzten Jahren war man auf „Out-of-Area“-Einsätze fokussiert, nun steht wieder die Landesverteidigung im Vordergrund.

Wie auch immer: Aus dem BAAINBw ist eine Monsterbehörde geworden. Kritiker sagen, das BAAINBw arbeite ineffektiv, es sei der Inbegriff aufgeblähter Bürokratie. Geleitet wird die Behörde von einer „zivilen“ Präsidentin, von einer „zivilen“ Vizepräsidentin und einem Militär-Vizepräsidenten im Range eines Generalmajors. Zehn Stabsstellen und zehn Abteilungen gibt es. Dienststellen sitzen außer der Zentrale in Koblenz in Trier, Oberjettenberg, Manching, Eckernförde, Greding, Wilhelmshaven, Meppen, Munster, Kiel, Warnemünde, Reston (USA), ferner Güteprüfstellen in Berlin, Bremen, Donauwörth, Dresden, Düsseldorf, Emden, Freiburg, Freisen, Hamburg, Heidelberg, Immenstaad, Kassel, Kiel, Koblenz, Köln, London, Lübeck, Maintal, Manching, München, Nürnberg, Oberndorf, Ottobrunn, Ulm, Unterlüß, Unterschleißheim. Rund 11.000 Beschäftigte hat das BAAINBw insgesamt – an 116 Dienstorten.

Ein Amt in der Dauerkritik

Ins Gerede kam die Behörde zuletzt vor allem in den Jahren 2018/2019 im Zuge der „Berateraffäre“. Weil viele Aufträge nicht mehr rechtzeitig erledigt wurden, hatte die damalige Verteidigungsministerin von der Leyen (CDU) sogar einfachere Aufträge an externe Berater wie Accenture und McKinsey ausgelagert. Gesamtkosten für diese externe Beratung: rund 200 Millionen Euro.

Die Kritik am BAAINBw reißt jedenfalls nicht ab – trotz aller Neu- und Umstrukturierungen. Das scheint auch bei Verteidigungsministerin Lambrecht (SPD) angekommen zu sein. Im Januar versprach sie: „Ich werde das Beschaffungswesen gründlich modernisieren.“ Das war noch vor der „Zeitenwende“ durch den Angriff Russlands auf die Ukraine. Die Ministerin meinte damals bereits, dass die Prozesse und Strukturen des ganzen Be-

schaffungsapparats überprüft und optimiert werden sollen.

Das Beschaffungswesen muss reformiert werden. Lambrecht gab bekannt, dass es für Anschaffungen bis zu 5000 Euro (bisher 1000) keine Ausschreibung mehr geben müsse; das mache etwa 20 Prozent aller Anschaffungen aus und würde das Koblenzer Beschaffungsamt in die Lage versetzen, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Außerdem soll die Bundeswehr fortan mehr Rüstungsgüter „von der Stange“ erwerben, statt auf Maßanfertigungen zu bestehen, deren Herstellung länger dauert und kostenintensiver ist.

Dem Deutschlandfunk sagte Lambrecht dazu am 2. Juni: „Das entlastet, das schafft Kapazitäten frei, um gerade in den großen Projekten dann auch schneller werden zu können. Wir haben uns entschieden, dass wir in Zukunft auch von der Möglichkeit Gebrauch machen, vom europäischen Vergaberecht abzuweichen – immer dann, wenn es für die nationale Sicherheit wichtig und dringlich ist, und wenn das jetzt nicht der Fall ist, dann weiß ich nicht mehr wann. Auch das eine Erleichterung.“

Erste Reformschritte

Nun ist ein „Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz“ auf den Weg gebracht. Außerdem wird es Änderungen im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) geben. Zum Beispiel werden Unternehmen aus Drittstaaten keine Anträge auf Nachprüfung des Vergabeverfahrens mehr stellen können. Und es werden die Wartezeiten bei der Vergabe aufgehoben; der unterlegene Anbieter hat dann keine 15 Tage mehr Zeit zu intervenieren. Am 18. Mai hat das Bundeskabinett dazu bereits beraten. Der Entwurf dazu enthält unter anderem folgende Absichten: Das Nachprüfverfahren wird beschleunigt; das bedeutet, dass die bei einer Vergabe unterlegenen Firmen weniger leicht auf die Entscheidung über den Auftragnehmer einwirken können. Die oft langen Gerichtswege können damit vermieden werden. Zudem soll es bei der Beschaffung weniger um neuentwickelte Produkte, sondern um marktverfügbare Produkte gehen. Und die Inspektoren der Streitkräfte werden stärker eingebunden.

Zur Ehrenrettung des BAAINBw muss man aber auch sagen, dass es die Politik und

die Truppe selbst dem Amt nicht immer leicht machen. Denn kaum ist ein Auftrag einmal erteilt, werden immer neue Anforderungen nachgeschoben, wie ein Hubschrauber, Schiff oder Flugzeug ausgestattet und gestaltet sein muss (Stichwort: „Goldrandlösungen“). Außerdem tut sich das Amt schwer, das notwendige Fachpersonal anzuwerben. Mehrere hundert Dienstposten sind unbesetzt, weil es vor allem an Ingenieuren, Juristen und Ökonomen fehlt.

Das Hickhack um das G36

Als Beispiel, wie schwerfällig Neuanschaffungen aufgrund problematischer politischer Vorgaben und aufgrund langwieriger Gerichtsverfahren vorstattengehen, mag die Anschaffung eines neuen Sturmgewehrs herhalten. Das bisherige Sturmgewehr G36 ist seit Ende der 1990er-Jahre Nachfolger des G3. Hersteller ist das Rüstungsunternehmen Heckler & Koch mit Sitz in Oberndorf am Neckar. Im April 2012 wurden Berichte veröffentlicht, nach denen das G36 in Afghanistan nach mehreren hundert Schuss zu heiß werde und die Treffsicherheit leide. Gegen die Mängelbehauptung klagte Heckler & Koch beim Landgericht Koblenz. Der Klage wurde im September 2016 stattgegeben.

Die damalige Verteidigungsministerin von der Leyen hatte zuvor bereits selbstherrlich entschieden, 167.000 G36-Gewehre auszumustern und durch 120.000 Sturmgewehre eines neuen Modells zu ersetzen. Eine vom damaligen Wehrbeauftragten Hellmut Königshaus (2010–2015) und dem Verteidigungsexperten Winfried Nachtwei (Bündnis 90/Die Grünen) geleitete Befragung unter 200 Soldaten im Einsatz wurde ignoriert, obwohl diese zu dem Ergebnis kam, dass beim G36 keine Mängel aufgetreten waren. Im Gegenteil: Die Waffe sei leicht, bedienungsfreundlich und sehr zuverlässig.

Dennoch wurde nach einer Ausschreibung entschieden, das MK 556 von C.G. Haenel aus Suhl zu beschaffen. Infolge einer Beschwerde des bisherigen Haus- und Hoflieferanten Heckler & Koch wegen möglicher Patentrechtsverletzungen wurde die Auswahlentscheidung jedoch aufgehoben. Nach einer Entscheidung des Verteidigungsministeriums vom März 2021 wird nun wiederum Haenel der Auftrag entzogen, er soll doch an Heckler & Koch gehen. Dagegen ging wiederum Haenel vor Gericht. Derzeit „schlummert“ der Streit beim Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf vor sich hin. Das OLG hat eine Urteilsverkündung für den 22. Juni 2022 in Aussicht gestellt. Nach Abschluss dieser Verhandlungen müsste dann noch eine entsprechende sogenannte 25-Millionen-Vorlage durch die zuständigen Ausschüsse im Bundestag gebilligt werden, bevor der Vertrag unterzeichnet werden darf. Da der Bundestag Anfang Juli in die Sommer-Sitzungspause 2022 geht, wäre eine Befassung der Bundestagsgremien frühestens im September möglich. Entscheidet das Oberlandesgericht allerdings im Sinne von C.G. Haenel, müsste mit weiteren Verzögerungen gerechnet werden. Und so weiter und so fort. Das BAAINBw ist an diesem Tohuwabohu nicht schuld.

Alles in allem: Das entscheidende Kriterium bei der Beschaffung von militärischem Material darf zukünftig nicht mehr ausschließlich die Frage der Rechtssicherheit sein, sondern die Frage, wie schnell und günstig das Material in die Truppe kommt. Dabei geht es freilich nicht darum, dass das Geld, hier die 100 Milliarden, schnell ausgegeben wird. Das würde auf dem Markt die Vorstellung wecken, man könne auch mit 08/15-Material punkten.

Es ist jedenfalls eine Herkulesarbeit, die die Politik und das Verteidigungsministerium vor sich haben. Implizit stellt sich damit aber auch die Frage, ob die Spitze des Verteidigungsministeriums richtig besetzt ist.

Zur Ehrenrettung des BAAINBw muss man sagen, dass es die Politik und die Truppe dem Amt nicht immer leicht machen. Denn kaum ist ein Auftrag einmal erteilt, werden immer neue Anforderungen nachgeschoben, wie ein Hubschrauber, Schiff oder Flugzeug ausgestattet und gestaltet sein muss

● MELDUNGEN

Belttunnel schadet Natur

Kiel – Mit den größten Schwimmbagern der Welt wird der Meeresboden der Ostsee zwischen den Inseln Fehmarn und Lolland für den Absenktunnel der Fehmarnbelt-Querung 16 Meter tief und 150 Meter breit ausgehoben. Dabei wurden auf deutscher Seite größere Riffflächen abgetragen und in Küstennähe für die Landgewinnung überschüttet. Das alles war aufgrund des Baurechts erlaubt. Vor wenigen Tagen entdeckte ein von den Belttunnel-Gegnern beauftragtes Tauchteam von NDR Schleswig-Holstein, dass ein vormals gesundes Riff in 200 Metern Entfernung von den arbeitenden Baggern ebenfalls zerstört ist. Verdriftete aufgewirbelte Sedimente überlagern die Schwämme und ersticken alles Leben. In 1000 Metern Entfernung hatte ein Taucher noch vor Wochen ein gesundes Riff gefilmt. Auch dieser Lebensraum ist mittlerweile durch Sedimentpartikel zerstört. Tunnelgegner und Umweltverbände wollen gerichtlich einen Baustopp erwirken. *D.J.*

Warten auf eine Therapie

Potsdam – Laut einer Datenrecherche des Nachrichtenportals rbb24 beträgt die Wartezeit auf eine Psychotherapie hierzulande im Durchschnitt 18 Wochen. Das habe die Befragung von insgesamt 177 Praxen in der gesamten Bundesrepublik ergeben. Dieses Ergebnis deckt sich mit den Angaben der Bundespsychotherapeutenkammer. Die Krankenkassen kamen hingegen bei eigenen Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass nur 16,5 Prozent der Patienten länger als acht Wochen auf ihre Therapie warten müssten. Laut rbb24 sind die Wartezeiten besonders dramatisch auf dem Land. Dort lägen sie bei bis zu 25 Wochen. Manche Therapeuten hätten es deshalb mittlerweile aufgegeben, Wartelisten zu führen. Zudem suchten viele Betroffene gar keine Hilfe mehr. Verantwortlich für diesen Zustand, den die Bundespsychotherapeutenkammer für untragbar hält, sei ein eklatanter Mangel an Kassensitzen für Therapeuten. Von denen fehlten aktuell mindestens 1200. *W.K.*

Gegen Waffenverbote

Magdeburg – Unter dem Motto „Waffenverbotszonen abschließen – soziale Sicherheit stärken“ kritisiert eine Initiative die Ausweisung von Waffenverbotszonen in Sachsen-Anhalt. Wie es in einer Mitteilung der Initiative heißt, würden „unter dem Deckmantel der Waffenverbotszonen und gefährlichen Orte ... dauerhafte, wahllose Kontrollen der Polizei ermöglicht, die Racial Profiling begünstigen“. Die Polizeieinspektionen in Halle (Saale) und Magdeburg hatten in den Jahren 2020 beziehungsweise 2021 in der Nähe der jeweiligen Hauptbahnhöfe Waffenverbotszonen eingerichtet. Dort ist grundsätzlich das Führen von Waffen einschließlich bestimmter Messer verboten. Die Polizei darf in den Waffenverbotszonen zudem anlasslose Personenkontrollen durchführen. Aus Sicht der Initiative gegen die Waffenverbotszonen stellen die anlasslosen Polizeikontrollen eine Form staatlicher Diskriminierung dar. *N.H.*



Seit 2017 im NRW-Landeskabinett, seit 2018 im CDU-Bundesvorstand und seit diesem Januar CDU-Präsidiumsmitglied: Ina Scharrenbach
Foto: IMAGO/Panama Pictures

NORDRHEIN-WESTFALEN

Nur der Profilierungsversuch einer Gescheiterten?

Nachdem die Ministerin den Einzug ins Parlament verpasst hat, fordert Ina Scharrenbach eine Überprüfung der Armutszuwanderung vom Balkan

VON BODO BOST

Obwohl ihre Partei der Wahlsieger war, hat Nordrhein-Westfalens christdemokratische Ministerin für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung, Ina Scharrenbach, bei den Landtagswahlen am 15. Mai ein Direktmandat verpasst. Weil im Gegensatz zu ihr viele ihrer Parteifreunde den Wahlkreis, in dem sie kandidierten, gewonnen haben, konnte

Scharrenbach selbst nicht einmal über den Listenplatz zwei ins Düsseldorfer Landesparlament einziehen. Schon 2017 hatte sie den Einzug in den Landtag verfehlt, und trotzdem hatte der damalige Ministerpräsident Armin Laschet sie in sein Kabinett geholt. Dass sie Ministerin bleibt, ist mehr als fraglich vor dem Hintergrund, dass die Grünen infolge ihres guten Wahlergebnisses mehr Posten fordern werden als vorher die FDP. Nur eine verbindliche Frauenquote könnte sie

noch retten. Um in den Koalitionsverhandlungen im Gespräch zu bleiben, ging die Ministerin auf Abruf nun medial in die Offensive mit neuen alten Forderungen.

Verbleib im Kabinett steht in Frage

Scharrenbach zeigte sich besorgt über die Armutszuwanderung aus Südosteuropa nach NRW. Nach acht Jahren Arbeitnehmer-Freizügigkeit für Rumänien und Bulgaren wolle sie diese dringend überprüfen, sagte sie der in Essen sitzenden

„Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ („WAZ“). Die EU dürfe nicht die Augen davor verschließen, wenn es in einzelnen Regionen Entwicklungen gäbe, die zu Frust und Verdruss führten. Die geringe Beteiligung an der letzten Landtagswahl in Städten wie Gelsenkirchen zum Beispiel dürfte auch etwas damit zu tun haben, sagte sie.

Die bevorstehenden Beitritte von Staaten aus dem Westbalkan in die EU könnten zu ähnlichen Effekten führen wie 2014, dies gelte es zu vermeiden. Um die Arbeitnehmer-Freizügigkeit weiterhin aufrecht zu erhalten, müsse sie besser geschützt werden. Bei deren Missbrauch zum Sozialtourismus müsse schneller gehandelt werden, sonst nehme man die Vorbehalte der Bürger nicht ernst und die Wahlbeteiligung sinke weiter. Scharrenbach wies auch darauf hin, dass beim Melderecht EU-Ausländer gegenüber Deutschen bevorzugt werden. Wer aus dem EU-Ausland einreise, habe drei Monate Zeit, sich bei den Behörden anzumelden, ein Bundesbürger, der umziehe, müsse sich innerhalb von zwei Wochen melden, führte sie an. Dies sei leider nicht das einzige Gebiet, auf dem Ausländer in Deutschland gegenüber Einheimischen bevorzugt würden.

Ihre neuen Forderungen sind alt

Schon vor acht Jahren, zu Beginn der Freizügigkeit, hatte der damalige NRW-Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) Alarm geschlagen und die steigende Armutswanderung aus Ost- und Südosteuropa angemahnt, welche die Kommunen in NRW überfordere. Schneider hatte damals für die besonders belasteten Zentren der Zuwanderung wie Duisburg, Dortmund und Gelsenkirchen, ein Hilfsprogramm des Landesabinetts aufgezogen. Die Armutszuwanderung aus Südosteuropa hatte zwar schon vor der Freizügigkeit begonnen, sich dann allerdings verstärkt.

Nach vier Jahren Armutszuwanderung hatte es 2018 bereits eine Zwischenuntersuchung gegeben, bei der man festgestellt hatte, dass nur etwas mehr als zehn Prozent der bulgarischen und rumänischen Arbeitssuchenden über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügten. Selbst einen niedrigen Schulabschluss konnten viele Menschen aus diesen Ländern nicht vorweisen. Eine Folge der Armutszuwanderung und der mangelnden beruflichen Qualifizierungen war der bandenmäßige Sozialbetrug mittels Zuwanderern aus Bulgarien und Rumänien. Gegen diesen Sozialbetrug wollte auch Ministerin Scharrenbach vorgehen, jedoch erreicht hat sie kaum etwas. Zwischen 2013 und 2021 hat sich nach Angaben des NRW-Kommunalministeriums die Zahl der in NRW lebenden ausländischen Staatsangehörigen aus Bulgarien jeweils verdreifacht.

NEUN-EURO-TICKET

Die erste Bewährungsprobe

Pfingsten war die Bahn mit einem stark erhöhten Fahrgastaufkommen konfrontiert

Wenige Tage nach Gültigkeitsbeginn des Neun-Euro-Tickets war die Bahn über das Pfingstfest einem ersten großen Belastungstest ausgesetzt. Im Vorfeld hatten einige Landesverkehrsminister bezweifelt, dass der öffentliche Nahverkehr eine höhere Nachfrage infolge eines derart attraktiven Angebots verkraften könne.

Tatsächlich gab es über das Pfingstfest aus allen Teilen des Bundesgebiets Meldungen über Gedränge auf Bahnsteigen, überfüllte Züge und Verspätungen. Ralf Damde, Vizevorsitzender des Gesamtbetriebsrats DB Regio, berichtete dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND), dass es an jedem Pfingsttag bundesweit etwa 400 Züge mit zu hoher Auslastung gab, sodass entweder Fahrgäste abgewie-

sen werden mussten oder Fahrräder nicht mitgenommen werden durften.

Bahnchef Richard Lutz hatte wenige Tage vor Anlaufen der von der Ampelkoalition beschlossenen Rabattaktion selbst auf die kritische Lage bei der Bahn aufmerksam gemacht. In Berlin sagte er, Passagiere und Fracht kämen nach der Corona-Flaute schneller wieder als erwartet. Die steigende Nachfrage treffe auf einen Rückstau bei den nötigen Investitionen in die überalterte Infrastruktur. „Noch nie gab es auf dem deutschen Streckennetz so viele Baustellen wie heute“, so der Bahnchef. Lutz kündigte an, die Bahn werde im Fernverkehr das Pünktlichkeitsziel von 80 Prozent verfehlen, sei „signifikant davon weg“.

Jan Schnellenbach, Professor für Volkswirtschaftslehre an der BTU Cottbus-Senftenberg, warnte im Zusammenhang mit dem Tankrabbat und dem Neun-Euro-Ticket vor einer dreimonatigen Symbolpolitik, „die eher negative Effekte hat“. Gegenüber dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) sagte er mit Blick auf das sogenannte Entlastungspaket der Ampelkoalition: „Man brauchte schnellen Aktionismus, um der Bevölkerung was anzubieten und zu zeigen, dass man handlungsfähig ist.“

Tatsächlich stellt sich die Frage, ob die Ampelkoalition die Steuergelder für das Neun-Euro-Ticket nicht besser in Schienenwege und neues Zugmaterial angelegt hätte. Die Koalition hat für die

dreimonatige Rabattaktion im öffentlichen Nahverkehr immerhin 2,5 Milliarden Euro einkalkuliert. Für den Ausbau der Schienenwege sind im Haushaltsplan der Bundesregierung für das laufende Jahr dagegen nur 1,9 Milliarden Euro eingeplant.

Schnellenbach wies gegenüber dem rbb auf die Gefahr hin, dass die überfüllten Züge durch die Rabattaktion speziell auf Pendler so abschreckend wirken, dass sie lieber mit dem Auto fahren: „Gerade wenn man in Cottbus mit Leuten redet, die pendeln, da gibt es viele, die sagen: Ich steige in den nächsten drei Monaten auf das Auto um, weil ich keine Lust habe, in den völlig überfüllten Zügen unterwegs zu sein.“ *Norman Hanert*

STADTPOLITIK

Ideologie statt Problemlösung

Ukraineflüchtlinge, Wohnungsmangel, Schulkrise: Die Hauptstadt ist zunehmend überfordert

VON NORMAN HANERT

Nur wenige Tagen nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine kündigte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) an: „Wir werden alle Flüchtlinge aufnehmen.“ Beim Besuch eines Seniorenwohnheims präsentierte Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) unlängst die Idee, die deutsche Hauptstadt zum „Drehkreuz“ für pflegebedürftige Ukrainer zu machen. Nach Angaben der Senatskanzlei haben schätzungsweise rund zehn Prozent der ankommenden Ukrainer einen Pflegebedarf, rund sieben Prozent eine Behinderung.

Da ukrainische Staatsbürger für einen Aufenthalt von bis zu 90 Tagen visumfrei nach Deutschland einreisen dürfen, ist die genaue Zahl der Kriegsflüchtlinge nicht zu ermitteln. Allein im bundesweiten Verteilungssystem „Free“ des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) waren mit Stand vom 13. Mai jedoch bereits 831.900 Menschen registriert, die aus der Ukraine nach Deutschland gekommen waren. Sieht man von der Dunkelziffer der nicht registrierten Personen ab, dürfte die Zahl der ukrainischen Flüchtlinge in Deutschland damit in den nächsten Wochen die Millionemarke übersteigen. Zum Vergleich: Im Gesamtjahr 2015 registrierte das BAMF insgesamt etwa 890.000 Personen, die einen Schutzstatus beantragten.

Bauprogramm verfehlt sein Ziel klar

Allein in Berlin sind in den vergangenen Wochen etwa 100.000 Menschen aus der Ukraine angekommen. Nach Angaben von Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD) haben bisher 55.000 Ukrainer einen Antrag auf eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung gestellt.

In Berlin treffen die Flüchtlinge allerdings auf eine Stadt, die auf zentralen Gebieten wie etwa dem Wohnungsbau, im Bildungswesen oder in der öffentlichen Verwaltung ohnehin schon deutliche Zeichen der Überforderung und Funktionsuntüchtigkeit zeigt. Erst vor Kurzem dämpfte Geisel auf einem für die Berliner besonders wichtigen Thema, dem Wohnungsmangel, die Erwartungen auf eine baldige Besserung.



Der Senat verfehlt sein selbst gestecktes Ziel deutlich: Wohnungsbau in Berlin

Foto: pa

Angekündigt hatte die rot-grün-rote Koalition, innerhalb von zehn Jahren 200.000 neue Wohnungen zu bauen. Trotz steigender Inflation und stark anziehender Baupreise bestätigte Geisel dieses Ziel der Koalition jüngst noch einmal. Er räumte dabei allerdings ein: „Linear geht es bestimmt nicht, also immer 20.000 pro Jahr.“ Im Klartext heißt dies nichts anderes, als dass die Koalition beim Wohnungsneubau derzeit nicht liefern kann und die Berliner auf die kommenden Jahre hoffen müssen.

Geisel selbst wies darauf hin, dass beim Wohnungsbau „die Preisentwicklung, vor allem die Inflationsentwicklung in den letzten Wochen“ alles andere als hilfreich gewesen sei. Tatsächlich kämpft die Baubranche derzeit in ganz Deutschland mit unkalkulierbaren Preissteigerungen und Lieferengpässen bei wichtigen Baumaterialien, zum Teil belastet zudem Personalmangel die Betriebe. Angesichts

der Probleme beim Wohnungsbau werden innerhalb der rot-grün-roten Koalition die Ideen, wie dem Wohnungsmangel beizukommen sei, inzwischen immer ungewöhnlicher.

Linksradikale Traumvorstellungen

Niklas Schenker, der Bauexperte der Linkspartei-Fraktion im Abgeordnetenhaus, schlug nun sogar vor, in Berlin eine öffentliche Bauwirtschaft aufzubauen. Gegenüber dem rbb sagte der Politiker, es müsse darum gehen, sich unabhängiger vom Weltmarkt zu machen. Als Traumvorstellung bezeichnete es der 29-jährige Politikwissenschaftler, beim Bauen von der Planung bis zur Fertigstellung, landeseigene Leistungen bieten zu können.

Laut Schenker gehen in der Linkspartei bereits seit einigen Jahren entsprechende Ideen um. Nachgedacht haben die Genossen offenbar auch schon, ob das

Land Berlin nicht ein eigenes Zementwerk benötigt. „Auf diese Weise könnten wir uns von Marktdynamiken weniger beeindruckt zeigen“, so Schenker.

Auch im Bildungsbereich treffen die Flüchtlinge aus der Ukraine auf ein System, das insbesondere durch Lehrermangel bereits an seiner Belastungsgrenze angekommen ist. Nach Angaben der Kultusministerkonferenz (KMK) besuchen mittlerweile 113.584 geflüchtete Kinder aus der Ukraine deutsche Schulen.

Bewahrheiten sich Maximalschätzungen der Bundesregierung, dass insgesamt eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine nach Deutschland kommen, dann ist nach Angaben der Leiterin der KMK, der schleswig-holsteinischen Bildungsministerin Karin Prien (CDU), mittelfristig sogar damit zu rechnen, dass 400.000 ukrainische Kinder zusätzlich an deutschen Schulen unterrichtet werden müssen.

MIETEN

Harsche Kritik von allen Seiten

Giffey's Vorschlag einer einkommensabhängigen Mietstaffelung trifft auf eine breite Front der Ablehnung

Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) hat in die Debatte um steigende Mieten auf dem Berliner Wohnungsmarkt den Vorschlag einer einkommensabhängigen Mietbegrenzung eingebracht. 30 Prozent des verfügbaren Einkommens soll demnach die höchstzulässige Miete betragen. Dazu will sie eine „öffentliche Mietpreisprüfstelle, die die Höhe der Überschreitung feststellt“ einrichten.

Kritik an dem Vorschlag kommt nicht nur von der Opposition aus CDU, AfD und FDP, sondern auch aus der mitregierenden Linkspartei. Kultursenator Klaus Lederer etwa hält einen einkommensabhängigen Mietendeckel für „unrealistisch“. Auch die Bundestagsfraktion der Linkspartei kann mit Giffey's Idee nichts anfangen. Deren wohnungspolitische Sprecherin, Caren Lay: „Allerdings würde

der Vorschlag von Frau Giffey dazu führen, dass Vermieter künftig hauptsächlich an Menschen mit hohem Einkommen vermieten wollen und arme Haushalte kaum mehr eine Wohnung finden.“

Selbst in der SPD-Bundestagsfraktion ist man skeptisch. Deren wohnungspolitischer Sprecher, Bernhard Daldrup, empfindet es als „Herausforderung“, eine 30-Prozent-Grenze rechtlich überprüfbar einzuführen. In der CDU wird vermutet, dass Giffey's Vorstoß durch die Enteignungsdebatte verursacht wurde, die in Berlins rot-grün-roter Landeskoalition tobt. Der Berliner Bundestagsabgeordnete Jan-Marco Luczak (CDU) ist wohnungspolitischer Sprecher seiner Fraktion im Bundestag. Er sieht ein „politisch überschaubares Ablenkungsmanöver“. Giffey's Vorschlag solle „Druck aus der Enteignungsdebatte nehmen, die die Ko-

alition zu spalten droht“. Daniel Föst von der FDP-Bundestagsfraktion kommentiert: „Jedes Mal, wenn das Gehalt steigt, steigt dann auch die Miete? Wenn man einen besseren Job hat, meldet man das bei der Mietpreisprüfstelle? Der Vorschlag ist weder zu Ende gedacht, noch wird er Berlins Problem bei den Wohnkosten lösen ... Der Vorschlag von Bürgermeisterin Giffey schafft bloß ein Bürokratiemonster und lässt viele Fragen offen.“

Hansel (AfD): Opfer sind die Armen

Giffey will in ihrem Vorschlag gar kein neues Gesetzesvorhaben sehen, sondern einen Appell zur Selbstverpflichtung. Das hat seinen guten Grund: Die Regulierung der Mieten ist ausschließlich Sache des Bundes. Mit dieser Begründung hatten die Richter am Bundesverfassungsgericht schon den Mietendeckel gekippt. Giffey

fast schon hilflos: „Alle machen sich derzeit Gedanken über Lösungen in der Mietenfrage. Sich da gegenseitig mit Vokabeln zu bewerfen, bringt doch nichts.“

Frank-Christian Hansel, Bauexperte der Berliner AfD, sieht insbesondere sozial Schwache als mögliche Opfer von Giffey's Vorschlag: „Ja, Liebe Freunde des neuen Sozialismus, wer wird dann in Zukunft keine Wohnung mehr bekommen? Menschen mit hohem Einkommen oder solche mit niedrigem Einkommen? Dieses mutmaßlich verfassungswidrige Unterfangen verschafft niemandem eine Wohnung, sondern ist offenbar nur dazu dienlich, der rot-grün-roten Berliner Regierung eine Atempause zu verschaffen.“ Möglicherweise ist der Vorstoß aber auch nur als Wahlkampfschlag für die vermutlich kommende Wiederholungswahl gedacht. *Frank Bückler*

KOLUMNE

Untote SED

VON VERA LENGSELD

Das wieder auferstandene Berliner Schloss erfreut samt Kuppel und Kreuz täglich tausende Besucher. Aber die Schlossgegner geben keine Ruhe. Nachdem sie die Rekonstruktion nicht verhindern konnten, versuchen sie mit allen Mitteln, den Bau und seine Unterstützer madig zu machen. Nachdem es nicht gelungen ist, der Fassade Barockfaschismus anzuhängen, ist nunmehr von „rechten Räumen“ die Rede, die das Schloss angeblich bietet.

Wo sich diese Räume verstecken, da sich im Humboldt-Forum vor allem der woke linke Zeitgeist austobt, bleibt ein Geheimnis der Ideologen. Dagegen ist offensichtlich, dass der Auftrag des Humboldt-Forums, das größte deutsche Kulturprojekt Anfang des 21. Jahrhunderts zu werden, missachtet wird.

Die Würde und Schönheit des Schlüterhofs wird mit Füßen getreten durch eine Kegelbahn, eine Reminiszenz an die Bowlingbahn im Palast der Republik. Statt die Besucher für die Probleme der Globalisierung zu sensibilisieren, sie auf die Großartigkeit anderer Kulturen neugierig zu machen und den interkulturellen Austausch zu fördern, werden sie ideologisch indoktriniert. Dabei wird vor Geschichtsklitterung nicht zurückgeschreckt.

In der Ausstellung „Berlin Global“ wird ein Video über den Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 in der DDR gezeigt. Das Video endet mit einer Propagandalüge der SED, indem behauptet wird, die DDR-Bevölkerung hätte mit einer machtvollen Kundgebung ihre Ablehnung des Aufstands demonstriert. Um die Schimäre der Rechtslastigkeit aufrechtzuerhalten wurde der Förderverein Berliner Schloss aufgefordert, die Gesinnung seiner Spender zu prüfen und Spenden von „rechten“ Gebern zurückzuweisen. Das ist eine Aufforderung zur Gesinnungsschnüffelei und zum Gesetzesbruch. Nicht der Geist der Demokratie, sondern der untoten SED scheint im Humboldt-Forum Einzug gehalten zu haben.

MELDUNG

Keine Haft für Schwarzfahrer?

Berlin – Berlins Justizsenatorin Lena Kreck (Linkspartei) will die sogenannte Ersatzfreiheitsstrafen abschaffen. Diese werden vornehmlich gegen Schwarzfahrer verhängt. Die Senatorin will das mehrmalige Fahren ohne Fahrschein von der Straftat zur Ordnungswidrigkeit herabstufen. Bislang ist das „Erschleichen von Leistungen“ eine Straftat. Mit ihrem Vorhaben weiß Kreck sich mit Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) einig, der jüngst erklärte, dass er Ersatzfreiheitsstrafen vermeiden wolle. Kreck mahnt aktives Handeln an: „Leider muss ich jedoch beobachten, dass sich diese Einigkeit bisher nicht in politische Praxis umsetzt.“ Das „Bündnis zur Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe“ wird zur Justizministerkonferenz eine Petition mit 70.000 Unterschriften an Buschmann übergeben. 2019 wurden 46.000 Menschen wegen des „Erschleichens von Leistungen“ verurteilt. *F.B.*

● MELDUNGEN

Europol warnt vor Waffenflut

Den Haag – Die belgische Juristin und Direktorin des Europäischen Polizeiamtes (Europol), Catherine De Bolle, hat gegenüber der „Welt am Sonntag“ vor einer Überschwemmung des Schwarzmarktes mit illegalen Waffen nach dem Ende des Krieges in der Ukraine gewarnt. Dabei verwies sie auf die Erfahrungen aus den Jugoslawienkriegen in den 1990er Jahren. Die Waffen aus den inzwischen schon über zwei Jahrzehnte zurückliegenden Kriegen würden noch heute von Kriminellen in ganz Europa genutzt. Aktuell sei die Situation besonders brisant, denn es gebe ein „Niveau an Gewalt auf den europäischen Straßen, wie wir es noch nie gesehen haben. Bislang kannten wir das nur aus Lateinamerika“. Tatsächlich könnte die Kombination aus der enormen kriminellen Energie junger Einwanderer und einem Zustrom von Kriegswaffen aus der Ukraine künftig zu apokalyptischen Zuständen führen, wenn die Sicherheitsbehörden keine wirksamen Gegenmaßnahmen ergreifen. *W.K.*

Ombudsfrau entlassen

Kiew – Die Mehrheit der Abgeordneten des ukrainischen Parlaments hat am 31. Mai durch ein Misstrauensvotum die Abberufung von Lyudmyla Denisova als Ombudsfrau für Menschenrechte beschlossen. Pavlo Frolov von der Regierungspartei „Diener des Volkes“ begründete den Vertrauensverlust mit einer wiederholten Nichterfüllung von Amtspflichten durch Denisova, etwa bei der Einrichtung humanitärer Fluchtkorridore oder beim Austausch von Gefangenen. Frolov warf der abgewählten Menschenrechtsbeauftragten auch vor, in ihrer Medienarbeit den Fokus zu stark auf Berichte über Vergewaltigungen in den von russischen Truppen besetzten Gebieten gelegt zu haben. Laut dem Abgeordneten hätten sich einige der Vorwürfe nicht verifizieren lassen. Dies hätte der Reputation der Ukraine geschadet und die Aufmerksamkeit der Medien von anderen, bewiesenen Verbrechen abgelenkt, so Frolov. *N.H.*

Via Italien statt Griechenland

Athen – Wie die Athener Morgenzeitung „Kathimerini“ Ende vergangenen Monats unter Berufung auf die griechische Küstenwache berichtet hat, nutzen Schleuser nun verstärkt eine alternative Route durchs östliche Mittelmeer, um illegale Immigranten aus der Türkei in die EU zu bringen. Diese führe nicht mehr auf kürzestem Wege zu den griechischen Inseln in der Ägäis, sondern um den Peloponnes herum nach Sizilien oder Kalabrien. Während auf dieser Route im Vorjahr rund 800 Personen nach Italien gelangt seien, habe die italienische Küstenwache in diesem Jahr bereits 4000 derartige Schleusungen beobachtet. Laut den Griechen resultiert die Veränderung aus ihrem konsequenten Vorgehen gegen die Einwanderung über See in die EU über ihr Land. Migrationsexperten gehen davon aus, dass für die deutlich längere Überfahrt nach Italien bis zu 10.000 Euro pro Person verlangt und auch bezahlt werden. *W.K.*

UKRAINEKRIEG

Dänemark eröffnet Fluchtmuseum in einstigem deutschen Vertriebenenlager

Am 25. Juni sollen Königin Margrethe II. und Vizekanzler Robert Habeck das „FLUGT – Refugee Museum of Denmark“ im Ort Oksbøl an der Westküste Dänemarks einweihen

VON BODO BOST

Zwischen dem 11. Februar, als Hitler der Marine den Befehl erteilt hatte, möglichst viele Heimatvertriebene aus Ostpreußen und Pommern über die Ostsee zu retten, und dem 5. Mai 1945 nahm das von Deutschen besetzte Dänemark rund 300.000 deutsche Vertriebene aus dem Osten auf, es waren wie jetzt aus der Ukraine, größtenteils Frauen, alte Menschen und Kinder. Sie wurden in etwa 20 bis 30 Barackenlagern über das ganze Land verteilt. Eigentlich sollte die Aufnahme nur vorübergehend sein. Aber für die allermeisten deutschen Vertriebenen wurde es ein Aufenthalt von bis zu vier Jahren.

Als Dänemark nach dem 8. Mai 1945 wieder seine Souveränität erhielt, wurden die Lager zwar mit Stacheldraht umgeben,

aber die Dänen versorgten sie weiter und unterhielten dort Schulen, Krankenhäuser, Kirchen und kulturelle Einrichtungen für die Vertriebenen. Eine Kaserne außerhalb des Ortes Oksbøl in Jütland wurde zum größten Flüchtlingslager auf dänischem Boden, es verwandelte die kleine Stationsstadt in wenigen Monaten zur viertgrößten Stadt Dänemarks. Das Lagergebiet an sich war vier Quadratkilometer groß.

Das Lager in Oksbøl war 1929 als dänisches Militärlager eingerichtet worden, mit dem Einmarsch der Wehrmacht im April 1940 kam es unter deutsche Kontrolle und wurde zum „Truppenübungsplatz Oksbøl“ mit einem großen Militärlazarett. Als Militärlager hatte das Oksbøl-Lager eine Aufnahmefähigkeit von 15.000 Mann und Platz für 3600 Pferde.

Die ersten deutschen Ostvertriebenen kamen am 21. Februar 1945 nach Oksbøl,

und am Ende der deutschen Besatzung Dänemarks, am 5. Mai 1945, waren etwa 10.000 Flüchtlinge im Lager einquartiert. Am Jahresende 1945 war Platz für weitere 20.000 Flüchtlinge geschaffen worden. Bis Februar 1949, als die letzten Deutschen Dänemark verließen, diente Oksbøl als Flüchtlingslager. Es wurde damit das am längsten existierende und zuletzt geschlossene von den vielen Flüchtlingsunterkünften.

Museum neben noch intaktem Lagerfriedhof

Als die letzten Deutschen 1949 das Lager verließen, blieb nur ein Friedhof mit 1800 Toten, viele davon Kleinkinder, im Ort zurück. Durch diesen Friedhof, der noch immer alljährlich von 20.000 Angehörigen besucht wird, ging die Geschichte des Ortes nicht verloren, auch wenn nach 1949 die meisten der Baracken abgerissen wur-

den. Nur einige Gebäude blieben erhalten. Heute hat der kleine Ort Oksbøl wieder 3000 Einwohner, wie vor 1940.

Um die Begegnung mit der Weltgeschichte in Jütland für die Nachwelt fruchtbar zu machen, wurde in den vergangenen Jahren direkt neben dem Vertriebenenfriedhof in den letzten Originalbaracken ein Museum mit dem Namen „Flugt“ (Flucht) eingerichtet, das nun offiziell eröffnet werden soll. Das dort behandelte Thema ist ein historisches und ein aktuelles zugleich.

Mit der Geschichte der deutschen Kriegsflüchtlinge als Ausgangspunkt wird das neue Museum das Thema Flucht aus einer breiteren historischen und internationalen Perspektive thematisieren. In dem Museum wird die unbekannteste Geschichte des größten Flüchtlingsstroms erzählt, den Dänemark je erlebt hat. Zudem wird ebenfalls dokumentiert, dass die deutsche Bevölkerung auch Opfer des Krieges war und nicht nur Täter, wie es zumeist in Deutschland dargestellt wird. So Museumsleiter Claus Kjeld Jensen. Aber auch die Hintergründe und Begleitumstände der Vertreibung, darunter die „Gustloff“-Katastrophe, werden dokumentiert, ebenso wie die Flüchtlingsströme seit 1945 bis heute in der Ukraine. Da sich ganz in der Nähe eine Jugendherberge befindet, wird das Museum vor allem mit Schulkassen auch aus Deutschland zusammenarbeiten.

Die Gestaltung des Museums wurde vom Büro des Stararchitekten Bjarke Ingels entworfen, finanziert wird es von Deutschland und Dänemark. Königin Margrethe II. hatte bei ihrem letzten Staatsbesuch in Berlin auch die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung besucht, das nun auch Kooperationspartner der Museums-macher in Oksbøl ist. Das Museum „Flugt“ ist ein Teil eines Museenverbundes. Hierzu gehören sieben Ausstellungstätten an der dänischen Nordsee: Das Museum TIRPITZ, das Museum „Frello“, das „Nymindegab Museum“, das „Varde Artilleriemuseum“, das „Dit Museum Ølgod“, die „Hjdding Andelsmejeri“ und „Hodde Gamle Skole“. Wie es in manchen deutschen Städten Museenstraßen gibt, entsteht in Dänemark eine Museumsregion.



In spärlichen Baracken fanden deutsche Ostflüchtlinge zwischen 1945 und 1949 in Oksbøl ein Notquartier. Viele von ihnen starben. In den letzten erhaltenen Gebäuden erzählt nun das Museum „Flugt“ von diesem besonderen Kapitel europäischer Geschichte *Foto: pa*

BLACK LIVES MATTER

Wie sich die Ex-BLM-Vorsitzende selbst bedient hat

Die Korruptionsvorwürfe gegen Patrisse Cullors sind ebenso massiv wie konkret

Die Bewegung Black Lives Matter (BLM) entstand im Sommer 2013, angeblich, um schwarze Menschen vor „weißer Polizeigewalt“ zu schützen. Nach dem Tod des zehnfach vorbestraften Afroamerikaners Georg Floyd bei einer erneuten Festnahme am 25. Mai 2020 flossen im Geschäftsjahr 2020/21 90 Millionen US-Dollar an Spendengeldern auf die Konten von BLM, darunter auch von Großunternehmen wie Amazon und Microsoft.

Nicht nur, dass die Bewegung für zahlreiche Gewalttaten verantwortlich zeichnete, nun hat sich auch noch herausgestellt, dass die BLM-Mitbegründerin und alleinige Vorsitzende der „antirassistischen Graswurzelbewegung“ bis Mai vergangenen Jahres, Patrisse Cullors, erhebliche Mengen des „weißen Schuldgeldes“, so die Formulierung von Cullors, verun-

treut beziehungsweise Personen aus ihrem näheren Umfeld zugeschanzt hat.

Das geht aus dem Finanzbericht für den Zeitraum vom 1. Juli 2020 bis 30. Juni 2021 hervor, den BLM nun auf Drängen der Steuerbehörden vorgelegt hat. Zuvor waren immer mehr Unregelmäßigkeiten publik geworden, woraufhin Cullors ihren Rücktritt erklärt hatte. Die „ehrenamtliche“ Chefin von BLM musste eingestehen, dass sie sich selbst aus dem Spendentopf 120.000 US-Dollar „Beratungshonorar“ genehmigt hatte. Das war freilich nur die Spitze des Eisbergs, wie die Steuerunterlagen von 2020/21 beweisen, über deren Inhalt jetzt die US-Presse berichtet, während die bundesdeutschen Medien überwiegend schweigen.

So erwarb Cullors für BLM mehrere Luxus-Immobilien, darunter eine sechs

Millionen Dollar teure 600-Quadratmeter-Villa in Los Angeles, die sie auch privat gegen eine Einmalgebühr von 390 Dollar genutzt hat. Außerdem überwies die Aktivistin acht Millionen Dollar für den Kauf und die Renovierung des Wildseed Centre im kanadischen Toronto, obwohl das Ganze nur 6,3 Millionen kostete. Die restlichen 1,7 Millionen sind verschwunden. Als Vorstand des zuständigen BLM-Ablegers in Toronto fungierte damals Janaya Khan, Cullors' Ehefrau.

In die Taschen ihres Bruders Paul Cullors, der bis zum Sommer 2020 als Straßenkünstler auftrat, flossen 840.993 Dollar für „professionelle Sicherheitsdienste“. Ebenso erhielt die Firma Trap Heals, die Damon Turner, dem Vater von Cullors' einzigem Kind, gehört, 969.459 Dollar für „kreative Dienstleistungen“. Darü-

ber hinaus gönnte sich die BLM-Chefin einen Flug im Privatjet für 73.523 Dollar, angeblich aus Angst vor rassistischen Übergriffen. Insofern ist verständlich, dass von den vereinnahmten 90 Millionen Dollar am Ende des Geschäftsjahres nur noch 42 Millionen übrig waren.

Angesichts all dessen konstatierte Laurie Styron von der Nichtregierungsorganisation CharityWatch, die von Spendengeldern lebende Vereinigungen beobachtet, gegenüber dem „Washington Examiner“: „In meinen fast 20 Jahren als Beauftragte für Wohltätigkeitsorganisationen habe ich noch nie ein Führungsversagen in einem derartigen Ausmaß erlebt.“ Dahingegen sieht Cullors sich als Opfer „weißer Mächtschaften“, mit denen BLM diskreditiert werden sollte.

Wolfgang Kaufmann

VON NORMAN HANERT

Wähler, die sich bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 15. Mai vor allem auf der Grundlage des Wahlprogramms für die CDU entschieden haben, müssen sich auf eine herbe Enttäuschung gefasst machen. Obwohl die Union aus der Wahl als eindeutiger Sieger hervorging, trägt das nun vorgelegte Sondierungspapier für ein erstes schwarz-grünes Regierungsbündnis in Nordrhein-Westfalen ganz stark die Handschrift der Grünen. Typische CDU-Themen und -Anliegen sind nur noch in geringer Dosis erkennbar.

Das von der CDU vor einigen Monaten vorgelegte Wahlprogramm für Nordrhein-Westfalen war geprägt von Aussagen wie „Family first!“, „Null Toleranz gegenüber Kriminellen“ und „Für einen starken Mittelstand“. Die Digitalisierung benannte die Partei ausdrücklich als Treiber wirtschaftlicher Entwicklung. Im Programm bekannte sich die Union ebenfalls zu einem vorgezogenen Kohleausstieg bis 2030, allerdings hieß es auch: „Energie muss sicher und bezahlbar bleiben.“ Die Akzeptanz für Windenergie wollte die CDU „durch Beteiligung der Kommunen und Anwohner am Ertrag“ erhöhen.

Energiepolitik

Die Schwerpunkte, die der Wahlsieger CDU und die drittplatzierten Grünen nun in ihrem zwölfseitigen Sondierungspapier nennen, sehen doch deutlich anders aus. Beide Parteien erklären nun zu einem Kernziel, Nordrhein-Westfalen „zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas“ machen zu wollen. Dementsprechend heißt es nun im Sondierungspapier: „Der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien ist daher von überragendem öffentlichem Interesse.“ Konkret wollen CDU und Grüne in Deutschlands bevölkerungsreichstem Bundesland mindestens 1000 zusätzliche Windkraftanlagen aufstellen. Ausdrücklich wird dabei auch die Möglichkeit genannt, solche Anlagen auf Forstflächen, also in Wäldern, zu errichten. Einig sind sich die beiden Partner offenbar auch, dass zur Umsetzung der Ausbaupläne einschlägige rechtliche Regelungen „grundlegend überprüft werden“. Stark in Gefahr ist damit die bisherige Mindestabstandsregelung für Windkraftanlagen in NRW. Die vorige Regierungskoalition aus CDU und FDP hatte erst im vergangenen Juli beschlossen, dass zwischen neuen Windenergieanlagen und Wohnbauungen mindestens ein Kilometer Abstand liegen muss. Noch im März hatte die bisherige Umweltministerin Ursula Heinen-Esser (CDU) die Mindestabstandsregelung im Düsseldorfer Landtag als „Befriedigungsgrenze“ verteidigt.



Scheinen sich auf Kosten des CDU-Wahlprogramms gut zu verstehen: Die NRW-Landesvorsitzenden von CDU und Grünen, Hendrik Wüst und Mona Neubaur, beim Auftakt der Sondierungsgespräche
Foto: ddp images

NORDRHEIN-WESTFALEN

Grüne Regierungspolitik mit schwarzem Regierungschef?

Folgt man dem Sondierungspapier, wird zukünftig nicht nur in der Energie-, sondern auch in der Innenpolitik der Schwanz mit dem Hund wedeln

Um den Bau von Windkraftanlagen zu beschleunigen, wollen CDU und Grüne unter dem Motto „wir werden ermöglichen, nicht verhindern“ offenbar sogar den Naturschutz einschränken. Im Sondierungspapier heißt es zum Ausbau der Windkraftanlagen: „Auch dafür wird eine Konzentration der Belange des Arten- und Naturschutzes im Rahmen des EU-Rechts auf den Schutz von gefährdeten Populationen sowie die Abschaffung der pauschalen Abstandsregelung notwendig sein.“ Fotovoltaikanlagen wollen beide Parteien auch auf „schwachen Agrarflächen“ ermöglichen.

Nach Abschluss der viertägigen Sondierungsgespräche dankte der NRW-Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Hendrik Wüst den Grünen für „konstruktive, ernsthafte und den Herausforderungen angemessene Beratun-

gen“. Der 46-Jährige betonte zudem: „In der Versöhnung von vermeintlichen Gegensätzen liegt die Kraft für unsere Zukunft.“

Die Grünen gehen auf Basis des Sondierungspapiers offenbar voller Zuversicht in die Koalitionsverhandlungen mit der CDU. Selbst die Grünen-Landtagsfraktionschefin Verena Schäffer, die bislang immer wieder etwas an NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) zu kritisieren hatte, lobt das Sondierungspapier: „Als Bürgerrechtlerin, als Innenpolitikerin stehe ich voll und ganz hinter diesem Papier, weil es wirklich gut ist.“

Innenpolitik

Ein Blick in das Sondierungspapier zeigt tatsächlich, dass die NRW-CDU den Grünen auch im Bereich der Innenpolitik sehr weit entgegengekommen ist. Als bisheri-

ger Innenminister hatte der CDU-Politiker Reul die Bekämpfung der Clankriminalität zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit gemacht. Noch in ihrem Wahlprogramm kündigte die CDU „null Toleranz gegenüber Kriminellen“ an. Ganz konkret hieß es dazu von den Christdemokraten: „Die Clankriminalität werden wir weiter entschlossen bekämpfen, bspw. indem wir ihnen die Autos wegnehmen.“

Im Sondierungspapier mit den Grünen wird nun allerdings der Rechtsextremismus als derzeit „größte Gefahr für unsere Demokratie“ bezeichnet. Nach dem Willen des geplanten schwarz-grünen Regierungsbündnisses sollen die Sicherheitsbehörden weiterhin konsequent gegen Rechtsextremismus vorgehen und „dabei auch neue Herausforderungen wie Hate Speech und Verschwörungsmethoden in den Blick nehmen“.

MELDUNGEN

Abbau von Anschlüssen

Berlin – Seit 1994 sind vier von fünf Anschlüssen privater Unternehmen an das Gleisnetz der bundeseigenen Deutschen Bahn AG stillgelegt worden. Laut Angaben der Allianz pro Schiene, in der sich 24 Verbände und 170 Unternehmen zusammengefunden haben, existierten vor 28 Jahren noch 11.742 solcher Anschlüsse, während es aktuell lediglich noch 2314 gibt. Wenn der Staat mehr Verkehr auf die Schiene bringen wolle, wie ständig von der Politik gefordert, so der Geschäftsführer der Allianz, Dirk Flege, dann müsse er auch die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür schaffen. Momentan passiere allerdings das Gegenteil. Gerade habe der Bundestag in einer „Bereinigungssitzung“ beschlossen, den Etat für die Subventionierung von privaten Gleisanschlüssen von 34 auf 18 Millionen Euro zu kürzen. Das sei ein „fatales Signal“, zumal der hohe Strompreis und das marode Schienennetz den Umstieg noch zusätzlich erschweren. W.K.

„Kriegsähnliche Planung“

Brüssel – Das von der Europäischen Kommission favorisierte Programm REPowerEU, das die Abhängigkeit der Union von den russischen Energieträgern Gas und Öl reduzieren und Europa „grüner“ beziehungsweise „nachhaltiger“ machen soll, könnte die Gemeinschaft bis 2030 über 1,2 Billionen Euro kosten. Dies ist das Ergebnis einer Kalkulation des unabhängigen norwegischen Energieberatungsunternehmens Rystad Energy in Oslo. Allein die Installation der nötigen Photovoltaik-Anlagen mit 411 Gigawatt Leistung würde 452 Milliarden Euro verschlingen. Dazu müssten weitere 450 bis 490 Gigawatt Windkraftkapazität geschaffen werden, wozu Investitionen in Höhe von 820 Milliarden Euro nötig wären. Für den Leiter der Energieforschung bei Rystad Energy, Carlos Torres Diaz, handelt es sich bei REPowerEU um ein enorm ehrgeiziges Unterfangen, dessen Ziele zwar im Grundsatz erreichbar seien, aber nur um den Preis „einer kriegsähnlichen Planung“. W.K.

Teiltrückzug vom BER

Berlin – Nachdem die Fluggesellschaften Easyjet und Ryanair im März eine Absenkung der Entgelte gefordert hatten, gab Easyjet nun einen Teiltrückzug vom Berliner Flughafen BER bekannt. Die britische Fluglinie will demnach ihre Flotte in Berlin von 18 auf elf Flugzeuge reduzieren. Als Grund nannte die Gesellschaft neben hohen Gebühren eine geringe Nachfrage. Bislang ist Easyjet der größte Kunde am BER. Wie der „Tagesspiegel“ unter Berufung auf eine interne Mitteilung an den Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft berichtet, muss der BER durch den Teiltrückzug von Easyjet mit 2,3 Millionen weniger Passagieren und einen Umsatzverlust von rund 30 Millionen Euro rechnen. Von der EU-Kommission, die erst im Februar einer staatlichen Beihilfe von 1,7 Milliarden Euro für den BER zugestimmt hatte, war eine Gebührensenkung aus Wettbewerbsgründen ausdrücklich untersagt worden. N.H.

INFLATION

Was Lindner zur Entlastung der Bürger vorschlägt

Erhöhung der Leitzinsen – Keine kalte Progression – Erhöhung von Hartz IV

Für Christian Lindner sind es in seiner Doppelfunktion als FDP-Bundesvorsitzender und Bundesfinanzminister keine einfachen Zeiten. Corona-Folgen, Energiekrise, Ukraine-Konflikt – all das hat seinen Preis. Und die Preise steigen. Zuletzt betrug die Inflationsrate 7,9 Prozent. Gerade Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen fürchten, dass Alltägliches bald unerschwinglich wird.

Lindner hat den Kampf gegen die Verteuerung des Lebens nun zur Chefsache gemacht. Sein politisches Schicksal dürfte unmittelbar davon abhängen. „Wenn sich der Trend verfestigt, würde eine im Alltag spürbare Wirtschaftskrise drohen. Betroffen wäre von der Rentner bis zum Handwerksmeister die Breite

der Gesellschaft. Deshalb müssen wir mit scharfer Konsequenz reagieren“, schwant dem 43-Jährigen nichts Gutes.

Doch sein Handlungsspielraum ist begrenzt, denn im kommenden Jahr soll die Schuldenbremse wieder greifen. Sparen ist jetzt angesagt. In der vergangenen Woche ging Lindner in die Offensive, forderte einen Subventionsabbau und nahm die Europäische Zentralbank (EZB) ins Visier „Wir müssen erstens den Druck von den Preisen nehmen. Immer neue Subventionen vom Staat treiben die Entwicklung. Außerdem bin ich mir sicher, dass die sehr unabhängige Europäische Zentralbank ihrer sehr großen Verantwortung gerecht wird.“ Mehr oder weniger unverhohlen fordert der Finanzminister, dass die EZB die Leitzin-

sen endlich anhebt: „Die Inflation wurde nicht zuerst von der Geldpolitik befeuert. Aber der Wert des Euro verändert sich gegenüber dem Dollar. Die USA haben ihre Leitzinsen angehoben. Das hat Auswirkungen. Wenn sich eine hohe Inflationserwartung verfestigt, droht eine Spirale, die sich höher schraubt.“

Lindner schwebt vor, dass die Staaten aufhören, frisches Geld auf niedrigem Zinsniveau in den Wirtschaftskreislauf zu pumpen: „Während der Corona-Krise war das okay, aber jetzt muss Schluss sein mit dem Leben auf Pump“, sagt der Bundesfinanzminister, wohlwissend, dass seine Pläne gerade bei den finanzschwachen Ländern im südlichen Europa auf wenig Gegenliebe stoßen dürften.

Keinen Sinn sieht der Chef der Frei-demokraten in einer Senkung der Mehrwertsteuer. Man könne gegen steigende Weltmarktpreise nicht „auf Dauer ansubventionieren“. Lindner schwebt eher ein Vorgehen gegen die sogenannte kalte Progression vor: Gehaltserhöhungen, die nicht mal die Inflation ausgleichen, sprich die sogenannte kalte Progression, sollten nicht versteuert werden. Dass dies in Kreisen der Ampelkoalition wenig populär sein dürfte, ist dem Liberalen klar.

Die Partner will er mit einem anderen Vorschlag bei Laune halten. Für einen Liberalen untypisch schwebt ihm eine Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes vor. „Der Regelsatz orientiert sich an einem Warenkorb. Werden die Waren teurer, ändert sich der Regelsatz.“ Peter Entinger

KOMMENTARE

Berliner Zustände

NORMAN HANERT

Geht es um Anschauungsmaterial für zunehmendes Versagen der öffentlichen Verwaltung, dann steht Deutschlands Hauptstadt als Lieferant abschreckender Beispiele seit Jahren zuverlässig zur Verfügung. Ist ein Behördengang in Brandenburg oft eine Angelegenheit von Minuten, so müssen die Berliner oft Geduld aufbringen, die für Wochen und Monaten reicht. Allein schon der Versuch, über das Telefon einen Termin für ein Berliner Bürgeramt zu vereinbaren, kann durchaus eine Dreiviertelstunde Ausharren in einer Warteschleife erfordern. Endlich an der Reihe, wird denjenigen, die den Geduldstest bis zu dieser Stufe überstanden haben, dann ein Terminvorschlag gemacht, der derzeit wohl meist im August liegen wird. Dementsprechend märchenhaft klingt das jüngste Versprechen des rot-grünen Senats, die Wartezeit auf Termine beim Bürgeramt auf maximal 14 Tage verkürzen zu wollen.

Viele Berliner ertragen derlei mittlerweile mit phlegmatischer Geduld

und einem extrem widersprüchlichen Verhalten: Sie bescheinigen dem Senat bei Umfragen mit schöner Regelmäßigkeit, unzufrieden mit seiner Arbeit zu sein. Am Wahltag machen dann viele Berliner ebenso zuverlässig wieder ihr Kreuz bei den Parteien, die Ursache für ihre Unzufriedenheit sind.

Die miserable Verwaltung der deutschen Hauptstadt hat nun allerdings ein Stadium erreicht, in der sie Auswirkungen auf ganz Deutschland hat. Mit Blick auf die Bundestagswahl im vergangenen Herbst hat der Bundeswahlleiter Georg Thiel der Hauptstadt ein „komplettes, systemisches Versagen“ bescheinigt. Geht es nach Thiel, dann muss die Bundestagswahl sogar in sechs der zwölf Hauptstadtbezirke wiederholt werden.

Probleme wie bei der jüngsten Wahl in Berlin gab es im Bundesgebiet noch nie, so der für die Hauptstadt peinliche Befund des Bundeswahlleiters. Dieser warnte nun bereits davor, dass mangels Verbesserungen auch die nächste Wahl in der Hauptstadt als Desaster enden könnte.

Bahn-Drama mit Ansage

RENÉ NEHRING

Als Beginn einer Verkehrswende in Deutschland wurde das „9-Euro-Ticket“ von seinen Befürwortern gepriesen. Doch nach seiner Einführung wenige Tage vor dem Pfingstweekende sehen sich vor allem die Kritiker in ihren Befürchtungen bestätigt.

Während Vertreter der Deutschen Bahn AG (DB), der privaten Regionalbahnen und des Bundesverbandes Deutscher Verkehrsunternehmen sich weitgehend zufrieden zeigten und den erwarteten „Stresstest“ für bestanden hielten, fällt das Fazit der Personalvertretung der Bahn sowie von Vertretern der Kundschaft deutlich anders aus.

So kritisiert der Fahrgastverband „Pro Bahn“, dass unzählige Züge auf Hauptstrecken wegen Überfüllung nicht fahren und auf einzelnen Strecken Fahrräder wegen der Überforderung nicht zugelassen wurden. Der Sozialverband VdK wies darauf hin, dass unter den Zu-

rückgelassenen vor allem Rollstuhlfahrer und Fahrgäste mit Kindern waren – also genau jene Gruppen, die eigentlich Vorrang haben sollten.

Besonders dramatisch fällt die Bilanz der Personalvertretung der Bahn aus. An jedem Tag habe es bundesweit 400 Züge mit zu hoher Auslastung gegeben, sodass Fahrgäste nicht einsteigen konnten. Zudem habe es seitens des Personals pro Tag rund 700 Meldungen von Überlastung, Problemen mit Passagieren oder Störungen an die Einsatzzentrale gegeben, was deutlich mehr sei als an durchschnittlichen Wochenenden und auch mehr als an Pfingstweekenden vor der Corona-Krise.

Berichte wie diese zeigen, dass es nicht ausreicht, anstelle einer nachhaltigen Lösung struktureller Probleme den Bürgern ein paar vermeintliche Bonbons wie das „9-Euro-Ticket“ oder den „Tankrabatt“ zuzuwerfen. Niemand lässt dauerhaft sein zuverlässiges Auto stehen, um sich in ein solches Chaos zu stürzen.



Blutiger Terror gegen Andersgläubige: Die St. Francis Kirche in Owo nach dem Anschlag am Pfingstweekende Foto: pa

HINTERGRUND

Terror gegen Christen

BODO BOST

Zum diesjährigen Pfingstfest hat sich der muslimische Terror in einer Region Nigerias zurückgemeldet, wo er bislang noch kaum in Erscheinung trat. In der Stadt Owo im südwestnigerianischen Bundesstaat Ondo, im Lande der Yoruba, töteten Angreifer während der Pfingstmesse in der katholischen St-Francis-Kirche Dutzende von Menschen. Lokale Politiker sprachen von mindestens 85 Toten.

Einige Berichte machten Angreifer aus dem Fulani-Volk, ursprünglich ein muslimisches Hirtenvolk, für den Terrorangriff verantwortlich. Die Fulani-Nomaden liefern sich seit Jahren mit den sesshaften Yoruba und anderen Völkern Kämpfe um Ländereien. Die Fulani sind zu 100 Prozent Muslime, die Yoruba jedoch nur zu 50 Prozent. Deshalb fand der Angriff auf die Yoruba in einer katholischen Kirche statt, um sicher zu sein, dass man auch Christen trifft.

Da Nigerias Präsident Muhammadi Buhari selbst Fulani ist, im nächsten Jahr Präsidentschaftswahlen anstehen, bei denen er nicht mehr kandidieren darf, seine beiden aussichtsreichen Nachfolgekandidaten jedoch aus dem Volk der Yoruba stammen, könnte das Pfingst-Massaker auch politische Hintergründe haben. Nigerias Regierungspartei APC (All

Progressives Congress) wird in den nächsten Tagen zusammentreten, um ihren Kandidaten für die Nachfolge Buharis 2023 zu bestimmen. Favoriten sind die beiden Yoruba Bola Tinubu, ehemaliger Gouverneur von Lagos, und Yemi Osinbajo, der amtierende Vizepräsident.

Sollte Nigeria den islamistischen Terror nicht in den Griff bekommen, werden auch Sezessionsbestrebungen wieder zunehmen. Das Land hatte bereits kurz nach seiner Unabhängigkeit in den 1960er Jahren in Biafra einen ersten christlich geprägten Sezessionskrieg mit mehreren Millionen Toten erlebt. Auch nach dem Pfingstmassaker von Owo meldeten sich traditionelle Vertreter des Yoruba-Volkes und werteten den Angriff als Zeichen dafür, dass es jetzt an der Zeit sei, die Eigenständigkeit der Yoruba voranzutreiben.

Jeden Tag sterben 17 Christen

Im Nordosten Nigerias führt Boko Haram seit Jahrzehnten einen Krieg der verbrannten Erde mit dem Ziel, ein islamisches Kalifat zu errichten. Anstatt den radikalen Islam zu bekämpfen, hatten zwölf nördliche Bundesstaaten 1999, unter Verstoß gegen die nigerianische Verfassung, die islamische Scharia in ihr Strafgesetzbuch aufgenommen. Der radikale Islam wurde dadurch nicht zurückgedrängt, sondern Christen in diesen Regionen kriminalisiert. Aus diesem Grund

ist Nigeria heute einer der gefährlichsten Orte der Welt für Christen, obwohl die Hälfte der Einwohner dort Katholiken oder Protestanten sind. Die Christenverfolgung in Nigeria hat in den Jahren 2021/22 sprunghaft zugenommen. Durchschnittlich werden pro Tag 17 Christen wegen ihres Glaubens ermordet. In letzter Zeit werden auch vermehrt Priester entführt und ermordet.

Während das Christentum im Westen nach fast 2000 Jahren seinen Zenit überschritten zu haben scheint, ist es in Afrika auf dem Vormarsch. Der Kontinent ist bereits mehrheitlich christlich und hat die am schnellsten wachsende christliche Bevölkerung der Welt. Prognosen zufolge werden bis 2060 mehr als vier von zehn Christen in Afrika südlich der Sahara leben. Dies ist auch den Dschihadisten nicht entgangen, der Islam kann sich wegen seiner Rückständigkeit weitgehend nur noch mit Gewalt ausbreiten. Deshalb destabilisieren Islamisten immer mehr Länder Afrikas, um dort mit Gewalt die Führung zu übernehmen. Der islamische Terrorismus, der in keiner Weise von den auch moderaten religiösen Führern des Islams gestoppt wird, hat das Ziel, den gesamten afrikanischen Kontinent in ein islamisches Kalifat zu verwandeln. Nigeria als das mit Abstand bevölkerungsreichste Land Afrikas soll dabei eine Vorreiterrolle übernehmen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

PORTRÄT

Bouffiers Nachfolger in Hessen

Seit 23 Jahren stellt die CDU in Hessen den Ministerpräsidenten. Im vergangenen Monat wurden Bedenken laut, die Ära könnte vorbei sein. Nach dem Abschied von Amtsinhaber Volker Bouffier stellte sich der bisherige Landtagspräsident Boris Rhein zur Wahl. Die schwarz-grüne Koalition im Wiesbadener Landtag verfügt gerade so über die erforderliche Mehrheit von 69 Stimmen, und es gab nicht wenige Beobachter, die es für möglich hielten, dass einige Grüne sich enthalten, um Neuwahlen zu erzwingen.

Doch es kam anders. Der 50-Jährige Rhein erhielt sogar 74 Stimmen, und es wird vermutet, dass einige Abgeordnete von AfD und FDP für ihn stimmten. Beide Parteien hätten im Fall von Neuwahlen mit Verlusten rechnen müssen. Und so kam Rhein, den die Tageszeitung „Die Welt“ kürzlich als „ewigen Wahlverlierer“ titulierte, letztlich ungefährdet ins

Amt, und er verteilte gleich artig Blumen in Richtung seines Koalitionspartners.



Steht seit dem 31. Mai als Ministerpräsident an der Spitze Hessens: CDU-Politiker Boris Rhein

„Die Grünen wissen, dass sie sich auf mich verlassen können“, sagte er und kündigte an, die Hessen-Union „jünger und weiblicher“ machen zu wollen. Vielen Altvorderen in der Hessen-Union, die über Jahrzehnte als konservative Bastion galt, dürfte das nicht gefallen.

Rhein zog bereits mit 27 Jahren in den Landtag ein, wurde 2009 Innenminister. Es hagelte Skandale, es gab Pleiten, Pech und Pannen. Hoch umstritten, versuchte er sich 2012 auf den Oberbürgermeister-Sessel in Frankfurt zu retten. Doch er unterlag völlig überraschend dem bis dato unbekanntem SPD-Kandidaten Peter Feldmann. Doch Bouffier ließ ihn nicht fallen, installierte ihn als Wissenschaftsminister und schließlich als Landtagspräsident. Rhein gilt als versierter Strippenzieher und steht nun in der ersten Reihe.

Peter Entinger

Spender am Pranger

Das Humboldt-Forum will konservative oder „rechte“ Förderer für das wiederaufgebaute Berliner Schloss ausgrenzen

VON ROBERT MÜHLBAUER

Wieder einmal gibt es Streit um das Berliner Schloss. Die teilrekonstruierte Residenz der Hohenzollern in der Hauptstadt mit der prächtigen Barockfassade und der Kuppel samt Kreuz ist vor allem vielen Linken ein Dorn im Auge. Einer der erbittertsten Gegner des Schlosses ist der Architekturtheoretiker Philipp Oswald von der Universität Kassel. Er ist zwar damit gescheitert, den Wiederaufbau zu verhindern, arbeitet sich aber noch immer an dem Förderverein Berliner Schloss ab, der mehr als 100 Millionen Euro Spenden für die Wiederherstellung der barocken Fassaden gesammelt hat. Oswald fahndet inzwischen nach „rechten“ Spendern für das Schloss.

Kein Geld von „Junge Freiheit“ und von Burschenschaften?

Der Förderverein hat nun in seiner Zeitung „Berliner Extrablatt“ öffentlich gemacht, wie das im Schloss untergebrachte Humboldt-Forum gefordert hat, bestimmte Spendernamen zu löschen und Spenden zurückzuzahlen. Konkret geht es um Zuwendungen der konservativen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und ihres Gründers und Chefredakteurs Dieter Stein. Auch an Spenden von Burschenschaften und anderen Studentenverbindungen stört sich das Humboldt-Forum. In einem Brief an den Förderverein schrieb der Forumsvorstand Hartmut Dorgerloh, die in der „Jungen Freiheit“ vertretenen Positionen „entsprechen nicht den ethischen und moralischen Standards des Humboldt Forums“. Irritiert sei er auch über Spenden der Akademischen Landsmannschaft Preußen oder der Vereinigung Alter Burschenschaftler Siegen und Salzgitter.

Der Geschäftsführer des Fördervereins, Wilhelm v. Boddien, reagierte empört auf die Forderung. „Wir bekennen uns ohne jede Einschränkung zu unseren Spendern. Wir lassen es nicht zu, wie man mit ihnen umspringt“, schreibt er in der



Umkämpfter Mittelpunkt der Kulturnation: Das als Humboldt-Forum wiederaufgebaute Berliner Schloss

Foto: Nehring

neuesten Ausgabe seines „Extrablatts“. Über 45.000 Spender wurden registriert. Selbst wenn zwanzig Rechtsextreme darunter seien, wäre dies ein minimaler Promilleanteil, rechnet Boddien vor.

Empört zeigte sich auch der Vorsitzende des Schloss-Fördervereins, der Theologe und frühere SPD-Politiker Richard Schröder. „Wir sollen die Gesinnung unserer Spender überprüfen!“, schrieb er im „Extrablatt“ und zeigte auf, dass die geforderte Überprüfung sowohl dem Grundgesetz als auch Datenschutzgesetzen zuwiderläuft. Die Zurückweisung einer Spende mit der Begründung, der Spender sei aufgrund seiner Anschauungen nicht würdig zu spenden, sei „eine Demütigung, die der Spender, der ja etwas Gutes tun wollte, zu Recht als Beleidigung

empfindet“, schreibt Schröder. „Dergleichen ist unanständig. Dafür geben wir uns nicht her. Dasselbe gilt für die Entfernung eines Namens aus der Spenderdehnung.“

Nachhutgefechte der Verlierer

Mit der Spende der vom Humboldt-Forum kritisierten „Jungen Freiheit“ wurde ein kleines Schmuckelement, ein Sigma mit Löwenköpfen an einem Kranzgesims, finanziert. Chefredakteur Dieter Stein empfindet die Anprangerung von Spendern als Skandal. „Die Kritik an unserer Spende ist absurd“, sagte er der PAZ. „Man reibt sich an uns, im Kern richtet sich die Polemik jedoch gegen den Schloss-Förderverein, dem fanatische Schlossgegner nicht verzeihen können, den Wiederaufbau durch das Engagement von Zehntau-

senden Spenden aus der Bürgerschaft erfolgreich organisiert zu haben.“

Für das Ziel, das ehemalige Hohenzollernschloss in der Mitte Berlins wiedererstehen zu lassen, sammelten Boddien und seine Mitstreiter über die Jahre mehr als 100 Millionen Euro. 2002 gelang es, den Bundestag zu einem Mehrheitsbeschluss für den Wiederaufbau zu bewegen. Von 2013 bis 2020 wurde das einstige Schloss als Humboldt-Forum mit dem Großteil der historischen Fassaden wiederaufgebaut.

Für Entsetzen sorgte unter Linken und Atheisten, dass auf die Schlosskuppel auch wieder das seit 1854 von Friedrich Wilhelm IV. ergänzte Kreuz gesetzt wurde. Um die Kuppel läuft ein großes Band mit dem Bibelzitat: „Es ist in keinem andern Heil, ist auch kein anderer Name den Menschen ge-

geben, denn in dem Namen Jesu, zur Ehre Gottes des Vaters. Dass in dem Namen Jesu sich beugen sollen aller derer Knie, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind.“ Kulturstaatsministerin Claudia Roth sagte dazu, die Kuppel mit dem Spruch wirke „einfach nur abschreckend“.

Für die Schlossgegner ist dessen Fertigstellung eine große Niederlage. Der „Spiegel“ beschrieb die Rekonstruktion der Hohenzollernresidenz als Beispiel für eine „rechte Kulturpolitik“. Auch den Wiederaufbau einiger historisch inspirierter Häuser in der Frankfurter Altstadt stellt das Magazin in diesen Zusammenhang. Schlossgegner Oswald, die Berliner Linken-Politiker Gesine Pöttsch und Kultursenator Klaus Lederer schnüffeln noch immer nach falschen Spendern, doch sind das Nachhutgefechte. „Das ist nicht verwunderlich, sind die beiden doch Nachfahren der SED und damit Walter Ulbrichts, der das Berliner Schloss sprengen ließ“, kommentiert Boddien dies.

Gravierender ist, dass es ausgerechnet alten Schlossgegnern gelang, die Ausstellungen im Inneren des Baus in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Beziehung des Humboldt-Forums zum Förderverein ist angespannt. Boddien moniert etwa, dass ihm die Verteilung seines „Berliner Extrablatts“ im Foyer und auch im übrigen Bauwerk vom Generalintendanten untersagt wurde. „In den offiziellen beiden Ausstellungsführern wird der Förderverein und die großartige Leistung seiner Spender, den Wiederaufbau zu finanzieren, totgeschwiegen. Lediglich an einer Stelle, dem Bau der Schlosssimulation 1993, spricht man nur von einer ‚Privatinitiative‘, ohne auf die Ergebnisse näher einzugehen. Stattdessen würdigt man seitenslang die Bedeutung des Palastes der Republik.“

Dennoch ist Boddien überzeugt, dass der Bau ein Erfolg ist: „Die Erhabenheit des Schlossbaus wird diese Zeit überstehen. Die Zustimmung des großen Publikums zur Schönheit und Selbstverständlichkeit dieses großartigen Bauwerks im Stadtbild ist allgemein.“

ARCHÄOLOGIE

Ein mittelalterlicher Exportschlager aus der Uckermark

Das Ulfberht-Schwert im Archäologischen Landesmuseum in Brandenburg zeugt von großer Waffenproduktion in der Region

Schon seit Anfang Mai finden unter dem Titel „Streitaxt, Stabdolch, Ulfberht-Schwert – Waffen und Statussymbole im Wandel der Zeiten“ im Archäologischen Landesmuseum in Brandenburg wieder jeden ersten Dienstag im Monat Sonderführungen statt.

In der parallel zur Oder verlaufenden Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße wurden 1992 Baggerarbeiten vorgenommen. Laut Fatima Wollgast, die die Führung anbietende Mitarbeiterin des Museums, war damals die Überraschung groß, als der Schürfeimer des Baggers nicht nur Wasser und Schwemmsand, sondern ein außerordentlich gut erhaltenes, etwa 90 Zentimeter langes Eisenschwert zutage förderte.

Das Erstaunen nahm weiter zu, als bei fachkundiger Begutachtung des Fundstückes an beiden Klingenseiten Buchstaben und Zeichen sichtbar wurden. Ein 20,5 Zentimeter langer, in Eiseneinlage ausgeführter Schriftzug lautet „+ VLFBERHT“. Auf der anderen Klingenseite lassen sich

schwach Striche und ein Rhombenmotiv erkennen. Während die Form des Schwertes dem gebräuchlichen, frühmittelalterlichen Schwerttyp X (nach der Klassifikation des Historikers Jan Petersen) zugeordnet werden kann, lässt die Inschrift Archäologenherzen höherschlagen: Es handelt sich bei dem Fund aus dem Alt-

arm der Oder um ein echtes Ulfberht-Schwert. Offenbar standen ein gewisser Ulfberht und seine Werkstatt für eine langlebige Produktion hochwertiger Schwertklingen, die man getrost als mittelalterlichen Exportschlager bezeichnen kann. Die Waffen erfreuten sich zwischen 800 und 1100 n. Chr. europaweit großer Beliebtheit. Besonders aus dem wikingerzeitlichen Skandinavien stammen zahlreiche Funde, darunter sowohl echte als auch gefälschte Ulfberht-Waffen.

Dieses Schwert und zahlreiche weitere Fundstücke aus vergangenen Zeiten sind in dem vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege getragenen und im Kloster St. Pauli aus dem 13. Jahrhundert in Brandenburg beheimateten Archäologischen Landesmuseum zu bewundern. Relikte aus 130.000 Jahren menschlicher Kulturgeschichte zeugen von der bewegten Vergangenheit dieses Landstriches. Die Sonderführungen finden monatlich statt und stehen jeweils unter einem spannenden Thema.

Wie das Schwert in die Uckermark und somit in das einstige Siedlungsgebiet der slawischen Ukränen gelangte, lässt sich heute nicht mehr nachverfolgen. Archäologische und schriftliche Quellen belegen jedoch, dass sich die slawischen Eliten des Frühmittelalters gern mit militärischen Statussymbolen ausstatteten – und dass die Zeiten ausgesprochen unruhig waren. „Offen bleibt auch die Frage, ob das Schwert im Zuge eines Unfalls oder Unglücks in das Wasser gelangte oder ob es absichtlich, möglicherweise als Opfer an einer einstigen Furt, deponiert wurde“, lässt Wollgast wissen.

Doch so imposant diese mittelalterliche Hieb- und Stichwaffe auch erscheinen mag – sie nimmt nur einen Teil der stattfindenden Führung ein. Silvia Friedrich



Unter Schlamm begraben: Das frühmittelalterliche Ulfberht-Schwert

● Archäologisches Landesmuseum Brandenburg, Neustädtische Heidestraße 28, Brandenburg an der Havel, Eintritt: 5 Euro. Unter www.landeseuseum-brandenburg.de wird ein virtueller Rundgang angeboten

SOLDATENMESSER

Vom Importeur
zum
Marktführer

Ende der 1880er Jahre beschloss die Schweizer Armee, ihre Soldaten mit einem Klappmesser auszustatten, das beim Essen sowie dem Zerlegen der Soldatenbraut, sprich des Gewehrs, helfen sollte. So entstand das Modell 1890 mit Klinge, Dosenöffner, Schlitzschraubenzieher und Ahle sowie Griffschalen aus geschwärztem Eichenholz. Ihm folgten bis heute – nomen est omen – die Modelle 1890, 1908, 1951 und 1961 sowie das Soldatenmesser 08.

Schweizer mag es beschämen, aber die ersten 15.000 Messer kamen 1891 aus dem Deutschen Reich, von der Messermanufaktur Wester & Co. aus Solingen. Die Schweizer Industrie war noch nicht so weit. Erst allmählich gelang es Schweizer und anderen deutschen Unternehmen, den Solingern Konkurrenz zu machen. Seit dem Modell 1961 werden die Schweizer Soldatenmesser ausschließlich in der Schweiz produziert, seit 2005 ausschließlich von Victorinox.



Das erste Schweizer Soldatenmesser: Modell 1890 Foto: Cutrofiano

Die heutige Victorinox AG wurde 1884 von Karl Elsener in Ibach im deutschsprachigen Kanton Schwyz gegründet. Der in diesem Kanton geborene Schweizer Messerschmied, der seine Gesellenzeit in Frankreich und Deutschland verbracht hatte, wagte es, den Solingern Konkurrenz zu machen. Auf seine Initiative hin wurde 1891 der Schweizerische Messerschmiedverband gegründet. Von den diversen Schweizern, die versuchten, mit den Solingern bei den Taschenmessern für die Schweizer Armee auf Augenhöhe zu kommen, blieb allerdings vorerst nur er übrig.

Seine Versuche, ein leichteres, funktionelleres Nachfolgemodell für das Modell 1900 zu entwickeln, führten zum „Schweizer Offiziers- und Sportmesser“. Vor 125 Jahren, am 12. Juni 1897 wurde es unter diesem Namen gesetzlich geschützt. Obwohl es im Gegensatz zum Modell 1890 nie offizieller Bestandteil der Ausrüstung des Schweizer Soldaten wurde, begründete es als „Original Swiss Army Knife“ den Ruf der Schweiz im Allgemeinen und von Victorinox im Besonderen als Produzent hochwertiger Mehrzwecktaschenmesser.

Zeitweise hatte Victorinox Konkurrenz im eigenen Land mit dem 1893 in der französischsprachigen Schweiz von Paul Boéchat unter dem Namen Paul Boéchat & Cie. gegründeten Unternehmen Wenger. Ab 1901 lieferte diese Firma auch Taschenmesser an die Schweizer Armee. 2005 übernahm jedoch Victorinox Wenger und ließ 2013 auch die Taschenmessermarken Wenger vom Markt verschwinden. Es blieb Victorinox.

Dank Victorinox ist die Schweiz mittlerweile ein führender Exporteur von Soldatenmessern, statt diese einzuführen. Über zwanzig Staaten auf der Welt importieren ihre Soldatenmesser aus der Eidgenossenschaft, darunter auch der ehemalige Soldatenmesserexporteur Deutschland.

Manuel Ruoff

KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE

Von einem Ort der Trauer
zur Bildungsstätte

Eine Gedenkfeier an der Deutschen Kriegsgräberstätte Cassino aus Anlass des 78. Jahrestags des Endes der Vielvölkerschlacht, bei der eine im Zuge des Projekts „19 für 19“ entstandene neue Dauerausstellung eröffnet wurde

VON ERIK LOMMATZSCH

Mit einer Dauer von vier Monaten, vom 17. Januar bis zum 18. Mai 1944, gehört die Schlacht um Monte Cassino zu den längsten des Zweiten Weltkrieges. Das Gebiet um die geschichtsträchtige Benediktinerabtei bildete einen wichtigen Stützpunkt der Gustav-Linie. Auf dieser Linie, die Italien südlich von Rom vom Tyrrhenischen Meer bis zur Adria durchzog, versuchten die Deutschen, verbündet mit Benito Mussolinis Reststaat, der Italienischen Sozialrepublik (RSI), den Vormarsch der Alliierten aufzuhalten, was zeitweise gelang.

Im Zuge der Kämpfe wurde die Abtei Monte Cassino am 15. Februar 1944 durch die United States Army Air Forces (USAAF) nahezu vollständig zerstört, obwohl die Deutschen das Kloster aufgrund seiner überragenden kulturellen Bedeutung ausdrücklich nicht in ihre Abwehrplanungen einbezogen hatten und es folglich auch nicht besetzt hielten, was den Alliierten bekannt war. Bei dem heute existenten Kloster handelt es sich um einen nach dem Krieg erfolgten Wiederaufbau.

Büste von Julius Schlegel

Am Ende zählte man auf beiden Seiten insgesamt über 75.000 Gefallene. Die Kämpfe um Monte Cassino gelten als „Völkerschlacht des Zweiten Weltkrieges“ oder „Vielvölkerschlacht“. Neben Deutschen, Italienern, US-Amerikanern und Engländern kämpften dort auch Franzosen, Inder, Kanadier, Neuseeländer und Marokkaner, insgesamt über 25 Nationen. Zahlreiche polnische Soldaten waren auf alliierter Seite an der Schlacht beteiligt, die in Polen bis heute eine große symbolische Bedeutung einnimmt.

Volksbund Deutsche
Kriegsgräberfürsorge

832

Kriegsgräberstätten betreut der Volksbund.

14

dieser Stätten liegen auf dem Territorium der Republik Italien.

20.100

Kriegstote liegen auf der Deutschen Kriegsgräberstätte Cassino.

Aufgrund des im Dezember 1955 zwischen der Bundesrepublik und Italien abgeschlossenen Kriegsgräberabkommens war es dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge möglich, eine Ruhestätte für die deutschen Gefallenen zu errichten. Die Kriegsgräberstätte Cassino befindet sich etwa drei Kilometer nördlich der gleichnamigen Stadt, an einem Hang, dem südlichen Ausläufer des Colle Marino. Fertiggestellt wurde der Friedhof im Mai 1965. Knapp 20.100 Tote sind dort bestattet, die weitaus meisten davon starben bei der Schlacht um Monte Cassino, einige auf anderen italienischen Schlachtfeldern. Cassino ist eine von 832 Kriegsgräberstätten, die der Volksbund in 46 Ländern betreut, und eine von 14 in Italien.

Im Jahr 2019 konnte der Volksbund auf ein 100-jähriges Bestehen zurückblicken. Dies war Anlass, das Projekt „19 für 19“ in Gang zu setzen, das Vorhaben, auf 19 aus-

gewählten Friedhöfen neue Dauerausstellungen zu initiieren, die das Hauptanliegen des Volksbundes – Erhalt und Pflege der Gräber sowie Information und Betreuung der Angehörigen – begleiten und ergänzen sollen. Eine entsprechende Ausstellung wurde nun für die Deutsche Kriegsgräberstätte Cassino eröffnet. Gewählt wurde dafür der 18. Mai 2022, der 78. Jahrestag des Endes der Schlacht um Monte Cassino. Verbunden war die Übergabe der Präsentation an die Öffentlichkeit mit einer ehrenden Gedenkveranstaltung zu Füßen des elf Meter hohen Kreuzes auf dem Gipfelplateau des Friedhofs. Unter den etwa 200 Teilnehmern waren neben deutschen und italienischen Repräsentanten Vertreter Frankreichs, Großbritanniens und Polens. Eine Reihe von Angehörigen von hier bestatteten Soldaten war aus Deutschland angereist. Detlef Fritzsche vom Bundesdesvorstand des Volksbundes mahnte in seiner Ansprache, dass der Umgang mit der Geschichte auch die aktuelle Politik erheblich beeinflusse.

Dirk Reitz, Landesgeschäftsführer des Volksbundes Sachsen, führte in seiner Rede anlässlich der Ausstellungseröffnung aus, dass bei dem Projekt „19 für 19“ die Idee im Vordergrund gestanden habe, das Kriegsgrab als zeitgemäßen Lernort zu fassen. Dies sei umso bedeutsamer, als heute, über ein Dreivierteljahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, eine derart große Distanz herrsche, dass „Soldatenfriedhöfe dieser Periode nicht mehr primär Orte der Trauer, sondern Orte des Gedenkens und der Vermittlung historischer Bildung geworden sind“. Gedenken unterscheidet sich vom Erinnern dadurch, als es keines biographisch-persönlichen Bezugs zum Geschehen mehr bedürfe, sondern dass es sich um ein bewusstes Auswählen „tradierungs- und vermittlungswürdiger Aspekte des Gewese-

nen handelt“. Reitz verwies auf die Gefahren „wohlfeiler Gesinnungsethik“, denen derartige Ausstellungen nicht unterliegen dürften, und unterstrich das nach wie vor über allem stehende Leitmotiv des Volksbundes: „Versöhnung über den Gräbern“.

Aussagen, die zu denken geben

Die Gestaltung der Ausstellung hatte der Volksbund einer Berliner Agentur überlassen. Die Geschehnisse um die Schlacht um Monte Cassino werden dem Betrachter, nach einer kurzen filmischen Einführung über den Krieg, mittels sechs ausgewählter Biographien nahegebracht – zweier deutscher, eines polnischen und eines US-amerikanischen Soldaten sowie eines Italieners und eines in Deutschland geborenen Juden, der in der britischen Armee kämpfte.

Gezeigt wird dort auch eine Büste von Julius Schlegel, jenes österreichischen Wehrmachts-Oberstleutnants, der aus eigenem Antrieb dafür sorgte, die Kunstschätze aus der Abtei Monte Cassino rechtzeitig in den Vatikan bringen zu lassen, etwa Gemälde von Raffel und Tizian oder zahlreiche Handschriften. Damit wurden sie vor der befürchteten Zerstörung bewahrt. Ebenso sicherte Schlegel die Baupläne, die später die Rekonstruktion des Klosters ermöglichten. In der Ausstellung ist zu erfahren: „Die Hintergründe der Rettungsaktion sind historisch indessen nicht vollends geklärt.“ Offenbar liegen den Ausstellungsmachern neue, dort nicht näher vorgestellte Erkenntnisse entgegen der bisherigen Lesart vor.

Über die Geschichte der Kriegsgräberstätte Cassino heißt es, dass Robert Tischler, von 1926 bis zu seinem Tod 1959 Chefarchitekt des Volksbundes, sich zunächst für die Gestaltung in Form einer Totenburg stark machte, wie er sie beispielsweise am Pordiojoch realisiert hatte. Die Pläne zerschlugen sich, die Ausstellungsmacher lassen den Besucher wissen: „Die Totenburg ist eine Referenz auf einen völkisch inspirierten Baustil. Sie betont die Idee der wehrhaften Volksgemeinschaft, die sich über das Individuum stellt und einen Kontrast zum Einzelgrab bildet.“ Das sind Aussagen, die über das gegenwärtige Selbstverständnis des Volksbundes – immerhin werden hier die eigenen Anlagen auf naiv-ahistorische Weise in Frage gestellt – nachdenken lassen. Da fallen ausliegende, makaber-stilblütige Notizvordrucke – „Cassino: Ihr Weg zum Grab“ – schon gar nicht mehr so recht ins Gewicht.



Am 18. Mai zu Füßen des elf Meter hohen Kreuzes auf dem Gipfelplateau der Deutschen Kriegsgräberstätte Cassino: Gedenkveranstaltung des Volksbundes zum Jahrestag

VON MANUEL RUOFF

Zwischen 1812 und 1890 waren die Beziehungen zwischen Sankt Petersburg und Berlin zumindest friedlich – wohlge-merkt zwischen 1812 und 1890 und nicht von 1812 bis 1890. Denn das Jahr 1812 war überwiegend von Krieg zwischen den beiden Großmächten geprägt, nahm doch Preußen an Napoleons Russlandfeldzug teil. Auf Seiten Russlands wusste man, dass Preußen das mehr nolens als volens tat und bearbeitete den Kommandeur des preußischen Kontingents der Grande Armée, Ludwig Yorck von Wartenburg, entsprechend. Yorck wusste, dass dieser Krieg gegen Russland weder seiner noch der Preußens war, aber als Preuße hatte er Hemmungen, Befehle zu missachten oder Fahnenflucht zu begehen. So mussten die Russen York erst von französischen Befehlen und denen seines Königs abschneiden, damit er sich zu selbständigem Handeln in der Lage sah, sowie ihn von der Ausweglosigkeit seiner militärischen Lage überzeugen, bis er mit dem russischen Gegner die Konvention von Tauroggen abschloss und mit seinem Kontingent in die Neutralität wechselte – um kurze Zeit später zur russischen Seite zu wechseln. Preußens zaudernder König, Friedrich Wilhelm III., blieb keine andere Wahl, als den Seitenwechsel seines Generals nachzuvollziehen.

Konvention von Tauroggen (1812)

Nun kam es nicht unwesentlich auf die vierte kontinentale Großmacht an. Österreich war ebenfalls in ein Bündnis mit Frankreich gezwungen worden, die Heimat der Ehefrau des französischen Kaisers genoss im französisch geführten Bündnis jedoch ungleich größere Freiheiten. Österreichs dominierender Politiker jener Zeit, Staatskanzler Klemens Wenzel Lothar von Metternich, war denn auch weniger von antifranzösischen Gefühlen geleitet als von dem Streben nach Gleichgewicht. Er stand vor der Frage, ob Napoleon oder ein siegreicher russischer Zar Alexander I. die größere Gefahr für das Gleichgewicht war. Ein persönliches Treffen mit dem Korsen am 26. Juni 1813 bei Dresden sollte ihm Klarheit verschaffen. Er gewann den Eindruck, dass der Franzosenkaiser nicht bereit war, sich hinter den Rhein zurückzuziehen und in eine europäische Gleichgewichtsordnung einzufügen, und er zog die Konsequenzen. Unter seiner Führung wechselte nun auch Österreich die Seite.

In der Völkerschlacht bei Leipzig besiegten die von der britischen Insel vor allem finanziell unterstützten verbündeten Kontinentalmächte Russland, Preußen und Österreich die verbündeten Mächte Frankreich und Sachsen. Der Sachsenkönig, der gleichzeitig Herzog des von Napoleon 1807 aus preußischem Territorium geschaffenen Herzogtums Warschau war, wurde nach der Schlacht von den Alliierten festgesetzt.

Wiener Kongress (1814/15)

Die Sieger der Schlacht gewannen auch den Krieg. Nach Napoleons Niederlage sollte Europa auf dem Wiener Kongress 1814/15 eine neue Nachkriegsordnung bekommen. Als offizielle Zielvorgabe hatte Metternich als Kongresspräsident die Restauration ausgegeben, sprich die Wiederherstellung des Status quo ante, der Grenzen vor den napoleonischen Kriegen. Das hätte bedeutet, dass Preußen den größten Teil des Herzogtums Warschau bekommen hätte. Friedrich Wilhelm III. wollte die verlorenen polnischen Gebiete jedoch gar nicht zurück, sondern lieber Sachsen. Dafür wollte Alexander I. das Herzogtum Warschau. Alexander und Friedrich Wilhelm kamen deshalb überein, dass Russland das Herzogtum Warschau und Preußen das Königreich Sachsen erhalten sollte. Das wurde damit legitimiert, dass der sächsische König und Warschauer Herzog, Friedrich



In die Regentschaft von Onkel und Neffe fallen mit der Reichsgründung und der Pontuskonferenz Höhepunkte der Verständigung: Königin Luises Sohn Kaiser Wilhelm I. und Königin Luises Enkel Zar Alexander II. 1873 beim Frühstück im Winterpalast

DEUTSCHLAND UND RUSSLAND

Es geht auch anders

Im Gegensatz zu der Zeit danach war das 19. Jahrhundert geprägt von vielen Jahrzehnten friedlicher bilateraler Beziehungen

August I., die Ansprüche auf sein Königreich und sein Herzogtum dadurch verwirrt habe, dass er bis zum Schluss zum Usurpator gehalten hatte.

Metternich wollte ein damit verbundenes Vordringen Russlands in die Mitte Europas nicht widerstandslos hinnehmen. Er bot Preußen an, ihm Sachsen zu lassen, wenn es half, ein russischen Polen zu verhindern. Dazu war der preußische Staatskanzler Karl August von Hardenberg bereit, aber nicht sein entscheidender König.

Krimkrieg (1853–1856)

Für einen Moment sah es nach einem neuen Krieg aus: Russland und Preußen auf der einen Seite, Österreich, unterstützt von Großbritannien und Frankreich, auf der anderen. Schließlich einigte man sich auf einen Kompromiss. Russland bekam den größten Teil Polens, aber dafür musste sich Preußen mit der wirtschaftlich unbedeutenderen Hälfte Sachsens mit der niedrigeren Seelenzahl zufriedengeben, während die bedeutendere Hälfte selbständiges Königreich unter den Wettinern blieb.

Die in Wien gezogene neue Grenze zwischen Preußen und Russland missfiel also Österreich, England und Frankreich, aber sie entsprach dem Wunsche des preußischen Königs und des russischen Zaren. Entsprechend langlebig war sie. Sie hatte rund hundert Jahre bestand, bis zum Ersten Weltkrieg.

Alvenslebensche Konvention (1863)

Ungeachtet dieser einvernehmlichen Grenzziehung schlug sich Russland 1850 in der sogenannten Herbstkrise auf die Seite Österreichs und nicht Preußens. Nach dem Scheitern des Versuchs der Paulskirche einer kleindeutschen Lösung der deutschen Frage unter Preußens Führung von unten im Jahre 1849, versuchte der preußische König Friedrich Wilhelm IV. eine kleindeutsche Lösung der deutschen Frage unter Preußens Führung

von oben. Das rief den Widerstand des Habsburgerreiches auf den Plan. Russland trat als Vermittler auf und schlug sich auf die Seite der Donaumonarchie. So musste Friedrich Wilhelm IV. 1850 seine Deutschlandpläne mit der Olmützer Punktuation aufgeben. Mit der Unterstützung Russlands hatte Österreich im deutschen Dualismus mit Preußen vorerst obsiegt.

Dritter Einigungskriege (1870/71)

Russlands Sympathien für Österreich kühlten im Krimkrieg jedoch stark ab. 1853 begann ein Krieg des Zaren- mit dem Osmanischen Reich. Wie beim aktuellen Ukrainekrieg schlugen sich die Westmächte Großbritannien und Frankreich auf die Seite des Kriegsgegners Russlands. Sie ergriffen allerdings nicht nur Partei, sondern griffen mit ihren Streitkräften offen in den Krieg ein. Österreich verhielt sich im Grunde wie heute im Ukraine-krieg. Es trat nicht in den Krieg ein, war aber eindeutig Partei. Nur Preußen verhielt sich wirklich neutral.

Eine zusätzliche Besserung erfuhren die Beziehungen zwischen Berlin und Pe-

tersburg 1863 durch die Alvenslebensche Konvention. In jenem Jahr war im Zarenreich ein Aufstand polnischer Separatisten ausgebrochen, der die territoriale Integrität des Zarenreiches in Frage stellte. In der Konvention billigten sich die beiden Nachbarn gegenseitig das Recht zu, polnische Separatisten über die gemeinsame Staatsgrenze hinweg zu verfolgen.

Pontuskonferenz (1871)

Die Verbesserung der preußisch-russischen Beziehungen hielt Otto von Bismarck, ab 1862 Preußens Ministerpräsident unter König Wilhelm I., den Rücken frei bei der Einigung Deutschlands. Beim entscheidenden dritten Einigungskrieg gegen Frankreich musste Bismarck froh sein, dass Italien, Frankreich und Österreich darauf verzichteten, Frankreich zur Seite zu springen. Russland hingegen verzichtete nicht nur auf eine Parteinahme für Frankreich, es übte gegenüber Preußen wohlwollende Neutralität. Der Zar bekundete sogar seine Bereitschaft, die Neutralität des gemeinsamen öster-

reichischen Nachbarn bei einem preußisch-französischen Konflikt notfalls mit Waffengewalt zu erzwängen.

Dreikaiserabkommen (1873)

Preußen revanchierte sich bei Russland dafür dadurch, dass es Russland im politischen Windschatten des Deutsch-Französischen Krieges dabei unterstützte, die Ergebnisse des verlorenen Krimkrieges zu revidieren. Auf der Pontuskonferenz in London erreichte Russland im März 1871 mit Preußens Unterstützung, dass ein wichtiges Ergebnis des Krimkrieges, die Neutralität und Entmilitarisierung des Schwarzen Meeres, aufgegeben wurde.

Während Preußens König Wilhelm I. an seinem Neffen auf dem russischen Zarenthron, Alexander II., ähnlich hing wie der an ihm, und aus der Zeit der Befreiungskriege eine tiefe Dankbarkeit gegenüber Russland empfand, sah Bismarck die Gefahr einer zu einseitigen Bindung an das Zarenreich und dass Preußen beziehungsweise das 1871 neu gegründete Deutsche Reich zum russischen Juniorpartner herabsinken könnte. Er setzte deshalb parallel gute Beziehungen zu Österreich durch. Das Ergebnis war 1873 das Dreikaiserabkommen zwischen Berlin, Petersburg und Wien, ein Höhepunkt in der Bismarckschen Außenpolitik.

Dreikaiserbund (1881)

1877 brach der elfte russisch-türkische Krieg aus. Russland gewann ihn mit seinen Verbündeten auf dem Balkan und diktierte dem Osmanischen Reich 1878 einen harten Frieden. Den waren die Westmächte und Österreich jedoch nicht bereit zu akzeptieren. Bismarck war der Balkan „nicht die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert“, doch er kam zu der Ansicht, dass der Konflikt das Potential für einen europäischen Krieg habe und dass das junge Deutsche Reich sich aus einem solchen europäischen Kriege nicht würde heraushalten können – Deutschlands vermaledeite Mittellage. So bot Bismarck sich als „ehrllicher Makler“ an und lud zu einer Konferenz in die Reichshauptstadt. Da das Deutsche Reich der Gastgeber war und er dessen Regierungschef, fiel ihm die Präsidentschaft zu.

Russland ging aus der Konferenz als Verlierer hervor – und machte dafür die deutsche Präsidentschaft verantwortlich. Auch Russlands Verhältnis zu Österreich nahm durch den Balkankonflikt Schaden. An die Stelle des Dreikaiserabkommens trat 1881 deshalb der lockerere Dreikaiserbund.

Rückversicherungsvertrag (1887)

Dieser Dreikaiserbund zerbrach an der 1885 beginnenden Bulgarischen Krise, die Russland und Österreich wieder auf unterschiedlichen Seiten sah. Bismarck gab den Versuch auf, beide Nachbarn unter einen Hut zu bringen, und an die Stelle der Dreierbündnisse traten nun zwei bilaterale Abkommen. Mit Österreich gab es bereits den nach dem Berliner Kongress 1879 geschlossenen Zweibund. Mit Russland schloss er nun 1887 den Rückversicherungsvertrag.

1888 starb Wilhelm I., der noch durch die Befreiungskriege an der Seite Russlands geprägt war. 1890 wurde Bismarck entlassen. Noch im selben Jahr, in dem der Eiserne Kanzler gehen musste, stand die Verlängerung des Neutralitätsabkommens an. Russland drängte darauf, aber auf Seiten der neuen deutschen Führung wurde argumentiert, dass angesichts des österreichisch-russischen Gegensatzes das Reich nicht sowohl Österreich als auch Russland ein loyaler Bündnispartner sein könne. Vermeintlich vor die Wahl gestellt, entschied sich die Reichsführung für den Zweibund mit Österreich und gegen die Verlängerung des Rückversicherungsvertrages. Es gab keinen Automatismus, aber es bleibt festzustellen, dass ein Vierteljahrhundert später Deutschland und Russland sich im Kriegszustand befanden, im Ersten Weltkrieg.



In Begleitung Napoleons, Alexanders I. und Friedrich Wilhelms III (v.l.): Königin Luise

VON HERMANN MÜLLER

Die Hoffnung auf „Wochenend und Sonnenschein“ hatte der Wetterbericht bereits zur Wochenmitte mit der Ankündigung des Tiefs „Emmelinde“ zerstört. Freitag, den 20. Mai, legte dann der Deutsche Wetterdienst vor Starkregen, Hagel, orkanartigen Böen und möglicherweise sogar Tornados nach. Trotz der trüben Aussichten blieb es beim Entschluss: Das Wochenende wird nicht im verregneten Berlin verbracht, es geht in den unteren Spreewald, zu Häuschen und Garten.

Dort, in idyllischer Abgeschiedenheit, stellten sich Freitagnacht tatsächlich Dauerregen und starker Wind ein. Zumindest im Spreewald entpuppte sich „Emmelinde“ aber im Vergleich zu den Orkanböen des Tiefs „Zeynep“, das vergangenen Februar über Deutschland hinwegfegte, als verhältnismäßig harmlos. Der Freude über den neugepflanzten Pflaumenbaum und das Gewächshaus, welche die Unwetternacht unbeschadet überstanden hatten, folgte Sonnabendfrüh dann wie aus dem Nichts eine böse Überraschung: Die Wasserpumpe für den Brunnen springt nicht mehr an.

Keine Panik, erst mal nach dem Sicherungskasten sehen! Im Haus dann die nächste Schrecksekunde: Auch das Licht geht nicht mehr, obwohl alle Sicherungen in Ordnungen waren.

Nicht mal eine Tasse Kaffee

Damit ist klar, ich erlebe hier gerade den dritten Stromausfall innerhalb von drei Jahren. Trotz der vorangegangenen Erfahrungen braucht es auch dieses Mal seine Zeit, bis die vollen Auswirkungen des Ausfalls bewusst werden. Das verschlafene „Erst mal eine Tasse Kaffee“ ist kaum als Gedanke da, schon folgt die Ernüchterung: Die Kaffeemaschine ist im Moment genauso strom- und funktionslos wie Induktionskochplatte, Wasserkocher, Durchlauferhitzer und Kühlschrank.

Auch Router und die LTE-Antenne für die mobile Internetverbindung kann ich ohne Strom vergessen. Die Akkus von Laptop und Mobiltelefon sind gut geladen, ein Blick auf das Handy sorgt allerdings für die nächste Überraschung. Neben dem kleinen Säulendiagramm, das über die Signalstärke informiert, erscheint kein kleines „x“, das Zeichen für einen komplett fehlenden Netzempfang. Das Balkendiagramm auf meinem Mobiltelefon verspricht stattdessen wenigstens eine Mini-Signalstärke. Der praktische Versuch, über das Smartphone ins Internet zu kommen, stellt sich dann jedoch als zweckloses Unterfangen heraus.

Die Situation erinnert an die Begleitumstände des langen Stromausfalls im Berliner Südosten im Jahr 2019 (siehe unten). Der Ausfall des Mobilfunks war



„Emmelinde“ brachte mancherorts die Stromversorgung zum Erliegen: Zerstörtes Solarpanel nach dem Sturmtief im Mai

Foto: pa

ENERGIESICHERHEIT

Wenn plötzlich nichts mehr geht

Persönlicher Erfahrungsbericht über einen Ausfall der Stromversorgung im idyllischen Spreewald: Ende Mai ließ Tief „Emmelinde“ alle Lichter ausgehen

seinerzeit eine der Folgen des Stromausfalls, von dem selbst ausgewiesene Experten zunächst überrascht waren. Bei der späteren Auswertung des über 30-stündigen Ausfalls wurde den Experten dann deutlich, wie wichtig für die betroffenen Menschen Informationen über ihre Lage sind.

In meinem Fall ist die nächste Kleinstadt einen Kilometer und selbst der nächste Nachbar mehrere hundert Meter entfernt. Internet und Mobiltelefon funktionieren nicht; so tappe ich im Ungewissen: Handelt es sich um einen regionalen Stromausfall, hat der Sturm mal wieder eine der Überlandleitungen beschädigt, oder sind nun europaweit die Lichter ausgegangen? Ist das einer der angedrohten Sabotageaktionen sogenannter Klimaschützer auf ein Kohlekraftwerk oder sogar der große Blackout, der mittlerweile selbst für ARD und ZDF ein Thema ist?

Bereits die bisherigen Stromausfälle waren für mich Anlass, mir für solche Notfälle ein batteriegetriebenes Radio anzuschaffen. Die erste Bewährungsprobe des Geräts zeigt, wie richtig sein Kauf war.

Schnell waren die Batterien eingesetzt und das Programm des rbb-Inforadio gefunden. Da es keine Meldungen über einen größeren Stromausfall in Brandenburg gab, lag auf der Hand, dass ich von einem lokalen Ausfall betroffen war, der vermutlich schnell behoben ist. Tatsächlich setzte die Stromversorgung dann auch nach gut zwei Stunden wieder ein.

Jede Menge Wasser, aber kein Brot

Als Mahnung und neuerlicher Denkanstoß war das Ausgehen der Lichter, die Schrecksekunde des „Nichts geht mehr“, dennoch wichtig. Wegen meiner regelmäßigen Beschäftigung mit dem Blackout-Thema als Journalist und den eigenen Erfahrungen wählte ich mich besser vorbereitet als Otto Normalverbraucher. Als dann tatsächlich kein Strom mehr floss, musste ich allerdings feststellen, es sind zwar reichlich Lebensmittelkonserven im Haus, aber kein Brotersatz wie Knäckebrötchen oder Zwieback. Als deutlich über den offiziellen Empfehlungen stellte sich meine Vorsorge mit Trinkwasser heraus. Im Vorratsraum zählte ich dreißig Pakete mit

Mineralwasser, insgesamt 270 Liter zum Trinken und Kochen.

Ein Blick auf die Internetseite des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe lässt meine Vorräte als die eines Wasserverschwenders oder notorischen Schwarzmalers erscheinen. Das Amt empfiehlt, Essen und Trinken für zehn Tage zu bevorraten. Pro Person geht die Behörde dabei von lediglich zwei Litern Flüssigkeit am Tag aus. Nach diesem Maßstab reicht mein Trinkwasservorrat für Monate.

Zur ganz persönlichen Krisenvorsorge gehört bereits seit einigen Jahren ein Campingkocher, der sich bei einem Ausfall der Stromversorgung mit Spiritus betreiben lässt. Mit Blick auf die Energiepreise und die Sanktionspolitik der Bundesregierung ist für den Rückzugsort im Süden Brandenburgs inzwischen als ultimative Autarkieerklärung auch ein klassischer Holzküchenherd mit Kochplatte und Backröhre dazugekommen, der sich natürlich auch als Heizung nutzen lässt.

Ganz oben auf der Anschaffungsliste steht nun ein Solarpanel samt Spannungswandler, mit dem sich Akkus für Taschenlampen und Radio aufladen lassen. Die mittlerweile dritte Stromausfall-Erfahrung in Brandenburgs birgt bei genauerer Betrachtung letztendlich auch eine komische Seite. Es ist der märkische Ministerpräsident Dietmar Woidke, der kaum eine Gelegenheit auslässt, sein jeweiliges Publikum landesväterlich zu beruhigen: „Brandenburg war, ist und bleibt Energieland“.

Tatsächlich steht in Jänschwalde, nur wenige Dutzend Kilometer vom Spreewald entfernt, eines der größten Kraftwerke Deutschlands. Mit zum Bild vom Energieland Brandenburg gehören inzwischen aber auch Hundertschaften von Windrädern, die mittlerweile großflächig Landschaften einstellen. Trotz dieser Entwicklung liefern die Anlagen nur je nach der Wetterlage Strom. Eine Art von Zufallsstrom also. Dabei fallen die Anlagen nicht nur bei Windstille als Energielieferant aus.

Das Standardprozedere der Betreiber sieht auch vor, die Windräder bei zu starkem Wind abzuschalten, um Schäden an den Anlagen zu vermeiden.

VORSORGE

Ein Tag, der viele wachgerüttelt hat

Der Stromausfall im Berliner Südosten vor drei Jahren machte die großen Lücken im Katastrophenschutz schlagartig sichtbar

Kommt es in Deutschland zu Stromausfällen, liegt dies bislang meist an Extremwetterereignissen oder an Netzen, die beispielsweise aufgrund von Überlastung instabil werden. Eher untypisch sind Ursachen, die zu dem großflächigen Stromausfall im Berliner Südosten im Jahr 2019 geführt haben. Dort hatten Bauarbeiter bei einer Brückensanierung in Berlin-Köpenick versehentlich gleich zwei zentrale Stromkabel durchbohrt: die eigentliche Versorgungsleitung und die daneben laufende Ersatzleitung.

Dieses Missgeschick führte zum längsten und großflächigsten Stromausfall in der Berliner Nachkriegsgeschichte. Am Dienstag, den 19. Februar, fiel kurz nach

14 Uhr der Strom aus. Der örtliche Netzbetreiber konnte erst um 21.22 Uhr des Folgetags melden, dass sämtliche Stadtviertel im Berliner Südosten wieder am Stromnetz hängen.

Vom Ausfall betroffen waren insgesamt rund 31.000 Haushalte und 2000 Gewerbetreibende. Teilweise waren sie auch ohne Wasser und Heizung. Dunkel blieben natürlich ebenfalls die Straßenbeleuchtung und die Verkehrsampeln. Vielerorts fiel nach einigen Stunden zudem noch das Mobilfunknetz aus. Die spätere Auswertung, an der sich vier Senatsverwaltungen, zwei Bezirksämter, Polizei, Feuerwehr, Hilfsorganisationen, der Versorger Vattenfall, Bahn, BVG und Wasserbetrie-

be beteiligten, förderte einige Schwachpunkte beim Management der Krise zutage. Verbesserungsbedarf sahen die beteiligten Kräfte vor allem bei der Information der Bevölkerung.

Ab 1990 alle Sirenen abgebaut

Recht schnell hatte Berlins Polizei beispielsweise mobile Wachen eingerichtet, auch ein Lkw des Katastrophenschutzes stand vor dem Rathaus Köpenick mit Steckdosen bereit, damit Bürger ihre Mobiltelefone laden konnten. Durch den Ausfall des Funknetzes erreichte die Information über diese Hilfen allerdings viele Betroffene gar nicht. Berlins Feuerwehr gewann wiederum die Erkenntnis,

dass längst nicht jeder Haushalt über einen Notvorrat an Kerzen und Taschenlampen und ein batteriebetriebenes Radio verfügt.

Mit der Flutkatastrophe im Ahrtal und dem Krieg in der Ukraine hat der Schutz der Bevölkerung in Katastrophenfällen nun bundesweit erneut eine große Bedeutung bekommen. Als Lehre aus der Flutkatastrophe im vergangenen Sommer im Westen Deutschlands hat das Bundeskabinett beispielsweise beschlossen, den Ländern 80 Millionen Euro für die Wiedereinführung von Sirenen bereitzustellen.

Für die Mittel gibt es tatsächlich großen Bedarf. Anders als in Brandenburg existieren in Berlin beispielsweise über-

haupt keine Sirenen mehr, mit denen die Bevölkerung in Katastrophenfällen gewarnt werden könnte. So hat das Land Berlin die Sirenen nach dem Ende des Kalten Krieges abgeschafft. Ähnliches war bei anderen Vorsorgemaßnahmen zu beobachten. Zu Zeiten der Teilung hatte in beiden Stadthälften der zivile Katastrophenschutz für die Politik eine hohe Priorität. So verfügte die Westhälfte zu Mauerzeiten über mehrere komplette Ausrüstungen für Krankenhäuser, die für den Notfall eingelagert waren. Der Umstand, dass solche Notvorräte längst nicht mehr vorhanden sind, wurde der Öffentlichkeit eher beiläufig, im Zuge der Corona-Pandemie beispielsweise, bewusst. N.H.



DIETRICHSWALDE

Ehrung eines standhaften Ermländers

Der infulierte Prälat Adalbert Zink wurde im Rahmen des 670. Jubiläums seiner Wahlheimat posthum zum Ehrenbürger ernannt

VON UWE HAHNKAMP

Mit einer feierlichen Sitzung des Gemeinderats im Kulturhaus eröffnete die Gemeinde Dietrichswalde bei Allenstein die Feierlichkeiten zu ihrem 670-jährigen Bestehen in diesem Jahr. Ein wichtiger Punkt der Tagesordnung war die posthume Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Gemeinde an den dort bestatteten infulierten Prälaten Adalbert Zink. Die Urkunde nahm Heinrich Hoch, der Vorsitzende des Verbands der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, als nächster Verwandter Zinks entgegen.

Die Begründung zum Antrag trug Leszek Orciuch vor, der Direktor des Adalbert-Zink-Gymnasiums in Dietrichswalde, das der Schulreform zum Opfer gefallen ist. Unter anderem zitierte er eine Äußerung von Kardinal Stefan Wyszyński: „Es verteidigten mich nur ein Deutscher und ein Hund.“ Damit bezog sich der polnische Primas und Förderer des späteren Papstes Johannes Paul II. darauf, dass Zink als damaliger Generalvikar der Diözese Ermland im Jahr 1953 als einziger Vertreter des Episkopats Polens die Einverständniserklärung zur Verhaftung von Kardinal Wyszyński nicht unterzeichnet hatte. Nicht umsonst sagt man Ermländern Standfestigkeit nach.

Gefängnis für Standhaftigkeit

Doch auch schon vorher stand er den Schwächeren zur Seite, predigte vor dem



Vor dem Bild seines Onkels Adalbert Zink, der posthum geehrt wurde: Heinrich Hoch hält die Urkunde zur Ehrenbürgerschaft in den Händen

Foto: U.H.

Zweiten Weltkrieg auf Deutsch und Polnisch und setzte sich danach für die Ermländer beider Muttersprachen und die

deutsch-polnischen Beziehungen ein. Für die nicht geleistete Unterschrift landete er selbst im Gefängnis. Zink starb

1969 in Allenstein und wurde in Dietrichswalde bestattet. Die Schüler des dortigen Adalbert-Zink-Gymnasiums

waren Mit-Antragsteller für die Ehrung Zinks mit einem Baum und einem Gedenkstein im „Garten der Gerechten“ in Warschau im Juni 2018. Im September 2018 folgte die Aufstellung einer Büste des Geistlichen vor der Jacobi-Kirche in Allenstein und ein Jahr später die eines Gedenksteins auf dem Bischofsweg in Balden bei Allenstein, den Helga und Herbert Monkowski von der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land gestiftet hatten (die PAZ berichtete).

Zink kaufte ein Haus in Dietrichswalde

Nun gab der Rat der Gemeinde Dietrichswalde in öffentlicher Abstimmung einstimmig die offizielle Zustimmung zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Zink; Gemeindevorsteher Jan Kasproicz überreichte Hoch das entsprechende Diplom. Der Vorsitzende des Verbands der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren erinnert sich noch an die regelmäßigen Treffen seines Vaters mit Zink insbesondere aus Anlass der Kirchweihen in Dietrichswalde. Dort hatte Zink eigentlich leben und wirken wollen, er hatte sich sogar ein Haus gekauft, aber es blieb ihm wegen seiner Laufbahn und den geschichtlichen Ereignissen, die ihn in Allenstein festhielten, verwehrt.

Seit dem 19. Mai ist Zink aber wenigstens posthum Ehrenbürger der Gemeinde und bleibt den heutigen und kommenden Einwohnern somit im Gedächtnis.

OSTPREUSSENTREFFEN IN WOLFSBURG

Editha Westmann grüßt die Heimatvertriebenen

Grüßwort der niedersächsischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Ostpreußen und Heimatfreunde,

am 11. Juni 2022 ist es endlich so weit: Nach mehr als drei Jahren lädt die Landsmannschaft Ostpreußen wieder bundesweit zum Treffen nach Wolfsburg. Persönliche Begegnungen sind endlich möglich, Ihre Kulturarbeit wird intensiviert und fortgesetzt. In schwierigen und angespannten Zeiten ist immerhin dies ein gutes Zeichen.

Leider kann ich am 11. Juni nicht an Ihrem Jahrestreffen teilnehmen, weil an jenem Wochenende in Hannover der Tag der Niedersachsen stattfindet. Dort bin ich terminlich gebunden. Als Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler übermittle ich Ihnen im Namen der Landesregierung deshalb auf diesem Wege herzliche Grüße.

Flucht, Deportation und Vertreibung haben in den letzten acht Jahrzehnten Millionen Menschen schwer traumatisiert. Flüchtlinge müssen, deportiert oder vertrieben werden, ankommen und neu beginnen, wo man nicht unbedingt willkommen ist – diese Erfahrung prägt Menschen über Generationen. Heimat



Grüßt im Namen der Landesregierung: Editha Westmann, MdL

Foto: NMWK

bedeutet Wurzeln, Familie und Freundschaften haben, Geborgenheit und Sicherheit spüren. Heimat ist für die meisten Menschen ein existenzielles Gefühl. Angesichts des Krieges in der Ukraine sind solche Feststellungen von schockierender Aktualität.

Der russische Angriff mit seinen verheerenden Folgen trifft die Menschen in der Ukraine, er trifft aber auch das russische Volk, Europa und weite Teile der ganzen Welt. Die verhängnisvollen Auswirkungen dieser neuen mächtigen Konfrontation machen sich in Ihrer

Heimat, dem heute dreigeteilten Ostpreußen, ganz besonders bemerkbar. Daher muss dieser Krieg bald ein Ende finden. Lassen Sie uns gemeinsam unsere demokratischen Werte und das Streben nach Frieden und Versöhnung im Blick behalten.

Es berührt mich sehr, wie enorm groß die Hilfsbereitschaft so vieler Heimatvertriebener gegenüber den Menschen in und aus der Ukraine ist. Zahlreiche Ostpreußen und ihre Nachfahren haben gleich im März eigene Unterkünfte angeboten und sich an Spendenaktionen beteiligt. Seit mehreren Monaten ist das Engagement riesengroß und zeigt, dass man in der Not zusammensteht. Für diesen beeindruckenden Einsatz bin ich persönlich und als Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler allen Helferinnen und Helfern von Herzen dankbar.

Rund 50 Prozent der niedersächsischen Bevölkerung haben einen direkten oder indirekten Bezug zu Flucht, Deportation und Vertreibung. Nach dem Zweiten Weltkrieg strandeten fast zwei Millionen deutsche Flüchtlinge und Heimatvertriebene in Niedersachsen. Später kamen mehr als 350.000 Spätaussiedler

und auch viele Menschen aus anderen Schicksalsgruppen hinzu. Es lohnt sich immer, den Betroffenen zuzuhören. Denn ihre Geschichten sind unsere Geschichten. Ohne sie wären Niedersachsen und die Bundesrepublik in ihrer heutigen Gestalt und Dynamik gar nicht denkbar.

Erinnerungen an das Leid und die Leistungen der deutschen Heimatvertriebenen schaffen Verständnis für die derzeit aus der Ukraine flüchtenden Menschen. Andersherum möge es sich genauso verhalten: Die Schicksale der ukrainischen Zivilbevölkerung sollten auch Empathie für die ostpreußischen Frauen und Kinder schaffen, die vor rund 80 Jahren aus ihrer Heimat vertrieben wurden.

Für Ihre Teilnahme am Jahrestreffen der Landsmannschaft in Wolfsburg wünsche ich Ihnen erfüllende Gespräche und neue gute Anregungen für Ihr Wirken.

Ihre

Editha Westmann
Hannover, im Mai 2022

Wir gratulieren...



ZUM 99. GEBURTSTAG

Gutt, Anastasia, aus Liebwalde, Kreis Mohrunen, am 10. Juni
Izydorezyk, Frieda, geb. **Borkowski**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 16. Juni
Krause, Bruno, aus Lyck, Litzmannstraße 8, am 15. Juni
Larisch, Adelheid, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 12. Juni
Steffens, Reinhold, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 15. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Klein, Bernhard, aus Richau, Kreis Wehlau, am 14. Juni
Koos, Liesbeth, geb. **Döliniski**, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 11. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Aust, Gerhard, aus Reichertswalde, Kreis Mohrunen, am 12. Juni
Bauer, Erika, geb. **Palm**, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 14. Juni
Buchholz, Fritz, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 13. Juni
Czabania, Lieselotte, geb. **Hasenpusch**, aus Lyck, Morgenstraße 34, am 10. Juni
Hallwaß, Martha, geb. **Rattay**, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 10. Juni
Wysocki, Manfred, aus Lyck, am 14. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kuß, Prof. Dr. Dr. Erich, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 14. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Fisher, Ursel, geb. **Körber**, aus Lyck, am 10. Juni
Katschmarek, Hildegard, geb. **Offschany**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 16. Juni
Moneta, Dr. Erich, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 13. Juni
Pilath, Herta, geb. **Domanski**, aus Ortelsburg, am 12. Juni
Stanzick, Hertha, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 14. Juni

Timm, Ruth, geb. **Kapeller**, aus Schützenort, Kreis Ebenrode, am 14. Juni
Vogelsang, Herbert, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 12. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dombrowski, Hildegard, geb. **Henning**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 11. Juni
Dzieran, Hans, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 15. Juni
Könemann, Ilse, geb. **Perkuhn**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 11. Juni
Kruse, Erika, geb. **Kuhn**, aus Tapi-
 au, Kreis Wehlau, am 11. Juni
Losch, Günter, aus Treuburg, am 13. Juni
Mühlbach, Inge, geb. **Solkowski**, aus Wilhelmsthal, Kreis Mohrunen, am 6. Juni
Nelius, Margarete, geb. **Warstat**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juni
Rehfeldt, Bruno, aus Lyck, am 16. Juni

Sadowski, Helmut, aus Rostken, Kreis Lyck, am 11. Juni
Selack, Heinz, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 7. Juni
Spott, Frida, geb. **Luckau**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 11. Juni
Wadewitz, Hildegard, geb. **Brozio/Arndt**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 15. Juni
Warias, Katharina, geb. **Sontopki**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 14. Juni
Wolter, Herbert, aus Monken, Kreis Lyck, am 11. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Buehler, Hildegard, geb. **Brandtner**, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 13. Juni
Edling, Hildegard, geb. **Sanio**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 15. Juni
Fabri, Gertrud, geb. **Libuda**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 11. Juni
Handke, Ingrid, geb. **Gröbert**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 10. Juni
Janz, Gerhard, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 10. Juni
Kargoll, Erika, geb. **Rausch**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Juni

Lange, Leo, aus Paulken, Kreis Mohrunen, am 10. Juni
Nowinski, Käthe, geb. **Meyer**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 13. Juni

Palme, Edith, geb. **Kasper**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 11. Juni
Preuss, Gerda, geb. **Gudzinski**, aus Schwalgendorf, Kreis Mohrunen, am 5. Juni
Schalwat, Frieda, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 12. Juni
Seemann, Edith, geb. **Jacksteit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Juni
Seidel, Brigitte, geb. **Herold**, aus Hagenau, Kreis Mohrunen, am 15. Juni
Stobbe, Walter, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 15. Juni
Walendy, Lisa, geb. **Honek**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 10. Juni
Wetterling, Lotte, geb. **Chlebusch**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 13. Juni
Ziltener-Frischknecht, Harald, aus Lötzen, am 10. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Behrendt, Hans, aus Wehlau, am 15. Juni
Dorobeck, Ruth, geb. **Siegmund**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 15. Juni
Ebi, Gertrud, geb. **Zachrau**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Juni
Falß, Ursula, geb. **Cziesso**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 16. Juni
Jesseit, Marie, geb. **Sulimma**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 12. Juni
Krieg, Hildegard, aus Neidenburg, am 15. Juni
Michalzick, Irmhild, geb. **Haut**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 12. Juni
Nolde, Helga, geb. **Stripling**, aus Tapi-
 au, Kreis Wehlau, am 16. Juni
Oliver, Sieglinde, geb. **Zielinski**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 14. Juni
Rielke, Sigurd, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 6. Juni
Scherotzki, Erich, aus Thomken, Kreis Lyck, am 11. Juni
Schubien, Elfriede, geb. **Schwe-
 da**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 11. Juni
Sievers, Ruth, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 13. Juni
Szechowiak, Günter, aus Lyck, am 15. Juni

Tautorat, Arno, aus Tischken, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. Juni
Wandel, Ingrid, geb. **Mlinarzik**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 16. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bonawitz, Edith, geb. **Laup**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 13. Juni
Salecker, Klaus, aus Wehlau, am 11. Juni
Seefeld, Prof. Dr. Gert, aus Neidenburg, am 10. Juni
Sentek, Werner, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 12. Juni
Weissert, Gertraud, geb. **Bondzio**, aus Lötzen, am 13. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Davideit-Bersick, Hanna, geb. **Bersick**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 13. Juni
Eichler, Bruno, aus Obuchshöfchen, Kreis Mohrunen, am 7. Juni
Eissing, Heinz, aus Freivalde, Kreis Mohrunen, am 9. Juni
Graw, Brigitte, geb. **Bartuschewitz**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. Juni
Gulbis, Günter, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 10. Juni
Herrmann, Bernhard, aus Kuglaken, Kreis Wehlau, am 10. Juni
Hirschberg, Waltraud, geb. **Kirschnick**, aus Lyck, am 14. Juni
Kebernik, Dieter, aus Golbitten, Kreis Mohrunen, am 3. Juni
Morscheck, Marlene, geb. **Schumacher**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 12. Juni
Packhäuser, Margareta, geb. **Fodor**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 14. Juni
Packheuser, Hans, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 10. Juni
Sack, Erika, geb. **Skielo**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 16. Juni
Schacht, Ilse, geb. **Janz**, aus Giltental, Kreis Elchniederung, am 12. Juni
Scheuner, Ellen, geb. **Bemba**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 12. Juni
Schmidt, Lydia, geb. **Konopka**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 11. Juni
Steppat, Joachim, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 14. Juni
Zens, Willi, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 11. Juni
Zschage, Helga, geb. **Kausch**, aus Pleine, Kreis Heydekrug, am 12. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Deterding, Monika, geb. **Gronwald**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 13. Juni

ANZEIGE

Das Wolfskind **Hans-Werner PUSCHNAKOWSKI**, geboren 1938 in Königsberg, sucht immer noch Informationen über seine Herkunft und Familie. Bitte melden: **Telefon 0541/2051222** oder **Christiane.Ast@gmx.de**

Dziomba, Lothar, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 10. Juni
Kratel, Ingrid, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 14. Juni
Marquardt, Jürgen, aus Tapi-
 au, Kreis Wehlau, am 13. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Harnack, Dieter, aus Tapi-
 au, Kreis Wehlau, am 15. Juni
Prokraka, Hans-Ulrich, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, am 10. Juni

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de



Ostpreußisches Landesmuseum

Erinnerungsarchäologie: Fundgeschichten von Frank Popp, Lesung mit Ralf Popp und Silke Barthelmes, Mittwoch, 15. Juni, 18.30 Uhr, Eintritt: 4,- Euro.

Die Objektkunst des Künstlers Frank Popp (1941 bis 2020) beruht auf den Grundlagen des Sammelns und Ordnen. Alle daraus entstandenen Arbeiten in seinen zahlreichen Werkgruppen beruhen auf dem von ihm Vorgefundenen. Seit seiner frühen Kindheit fand und suchte er das Weggeworfene, das Übriggebliebene, das Verlorene aus der menschlichen Zivilisation und Kultur sowie aus der Natur. Dementsprechend haben sich über fast acht Jahrzehnte hinweg zu den „Funden“ auch Anekdoten angesammelt, die er in einer Sammlung von über

40 Fundgeschichten zusammengefasst hat.

Die erste Geschichte ereignete sich in Ostpreußen, während seiner Evakuierung auf einem Bauernhof - damals war er 3 Jahre alt.

Es wird eine Auswahl der Geschichten von den Kindern des Verfassers, Ralf Popp und Silke Barthelmes gelesen.

Die Lesung findet im Rahmen der Sonderausstellung „Königsberger Rot - Erinnerungsarchäologie. Arbeiten von Frank Popp (1941 bis 2020)“ statt.

Aufgrund der begrenzten Teilnehmerzahl ist eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder Email: info@ol-ig.de erforderlich.



Zusendungen für die Ausgabe 25/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 25/2022 (Erstverkaufstag 24. Juni) **bis spätestens Dienstag, den 14. Juni**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landmannschaft - www.ostpreussen.de - heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landmannschaft Ostpreußen

11. Juni: Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg
25. Juni: Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Hohenstein (Ostpreußen)
1. bis 3. Juli: 8. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)
23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin

7. bis 9. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in

Wuppertal
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

Online

Landesgruppe – Die LG hat erstmalig eine neue, moderne Internetseite, die immer auf dem aktuellen Stand gehalten wird. Hier können alle öffentlichen Termine, Berichte über die Veranstaltungen und Vereinsinformationen eingesehen werden. Die Seite ist unter folgender Adresse zu finden: www.low-bw.de. Neben dieser ist die LG auch auf Instagram vertreten: www.instagram.com/ostpreussen_laendle/ Jeder, der Lust hat sich einzubringen, ist dazu eingeladen mitzuwirken. Schreiben Sie auch in unser Gästebuch! Wir freuen uns über jeden Beitrag und melden uns so schnell wie möglich zurück.

Andreas Borm



Ausschnitt des neuen Logos



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Treffen

Hof – Sonnabend, 11. Juni, 15 Uhr, Jahnheim: Treffen zum Thema

„Ostpreußen und seine Nachbarn“. Die Ortsgruppe der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, lädt alle Mitglieder dazu herzlich ein. Gäste sind willkommen.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Gemeinsames Treffen

Darmstadt/Dieburg und Insterburg – Sonnabend, 25. Juni, im Bürgermeister Pohl Haus, Wixhausen: Treffen zusammen mit der Gruppe der Insterburger. Bitte melden Sie Ihre Teilnahme bis zum 21. Juni telefonisch an unsere Schriftführerin Renate Buslaps, Telefon (06033) 66228.

Im Juli und August ist Sommerpause.

Der Bericht zur gemeinsamen Veranstaltung am 7. Mai wurde in der Ausgabe 22 der PAZ irrtümlich unter Insterburg abgedruckt.

Gemeinsam Essen

Wiesbaden – Donnerstag, 23. Juni, 12 Uhr, Gaststätte „Waldlust“, Wiesbaden-Rambach: Gemeinsames Mittagessen. Anmeldung bitte bis 17. Juni unter Telefon (0611) 373521, Helga Kukwa.

Bericht

Wiesbaden – Das Monatstreffen im Mai ist traditionell dem Wonnemonat gewidmet, von dem so manche sagen, er sei einer der schönsten Monate des Jahres mit seinen blühenden Blumen, Bäumen und dem Gezwitz der Vögel. Die bunte Natur tut dem menschlichen Gemüt gut. So waren denn auch die vorgetragenen Geschichten und Gedichte unter

dem Titel „Nun will der Lenz uns grüßen“ der lieblichen Jahreszeit gewidmet, zusammen mit Liedern, die sich um den Frühling und die Maienzeit rankten. Den Reigen eröffnete Landsmann Matthias Budau mit dem Mörike-Gedicht „Er ist's“ und unterstrich dieses gesanglich am Keyboard mit dem Lied „Jetzt fängt das schöne Frühjahr an“.

Helga Kukwa hatte ausgesuchte Texte parat und erzählte die Geschichten vom der „Maifée“, die frische Freude brachte und aufforderte, in die bunte Maienwelt hineinzulaufen. Humorvoll – und in heimatlichem Sprachklang – ihr Beitrag „Der Friebling is da!“ mit der Behauptung: „keiner kommt herum, sich beim „Frieblingsbuttschen“ zu enthalten“. Zuvor hatte sie das Gedicht „Frühlingserwachen“ von Isolde Schettke vorgelesen als Synonym für „Neubeginn – für was auch immer.“

Vom „Übereifrigen Mai“, der sich gegenüber seinen Monatskollegen als der Beste und Schönste versteht, sprach Ilse Klausen. Gefolgt von der Erzählung „Das Lied vom Flieder“, das an vergangene Zeiten erinnerte und durch den in Wiesbaden gedrehten Film „Wenn der weiße Flieder wieder blüht“ zum Ohrwurm wurde. Dazu passten anschließend auch die Zeilen von Werner Preß „Frühlingszeit, schöne Zeit, die Natur erwacht nun weit und breit“. Und natürlich durften auch kleine und amüsante Reime von Wilhelm Busch im Frühlingsprogramm nicht fehlen. Zum Mitsingen und Mitsummen überreichte Mathias Budau noch einen bunten musikalischen Blumenstrauß mit bekannten Film- und Operettenliedern. Dabei – und immer wieder gerne gehört – „Im Prater blüh'n wieder die Bäume“, „Was eine Frau im Frühling träumt“, „Veronika, der Lenz ist da“ und „Tulpen aus Amsterdam“. Mit der Fabel „Spatzenhorizont“ des ostpreußischen Naturforschers Walter von Sanden-Guja (1888-1972) las Dieter Schetat abschließend noch etwas Nachdenk-

liches, das auf das derzeitige Geschehen in der Ukraine abzielte. In der Unterhaltung zweier Spatzen fragt einer den anderen, weshalb Menschen „die großen Raubvögel (Flugzeuge)“ bauen, „von denen sie dann selbst getötet und mit denen ihre Steinester (Häuser) zerschlagen werden, sobald Streit unter ihnen aufkommt.“ Resümierend meinen die Spatzen: „Man wird sie (Menschen) beachten und ihnen auf die Finger sehen müssen, sonst verderben sie mit ihrer Menschenwelt schließlich auch unsere Spatzenwelt.“

Dieter Schetat



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhneke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Heimatsnachmittag

Bielefeld – Montag, 20. Juni, 15 Uhr, Gasthaus-Restaurant Bültmannshof, „Das Wirtshaus 1802“, Kurt-Schumacher-Straße 17a, 33615 Bielefeld: Treffen der Gruppe der Ost- und Westpreußen in Bielefeld zu einem gemütlichen Nachmittag bei Kaffee und Kuchen in fröhlicher Runde. Ein Thema wird sein: Wie war es auf dem Ostpreußentreffen in Wolfsburg am 11. Juni? Herzlich eingeladen sind alle Mitglieder und Freunde Ostpreußens.

Zu erreichen ist das Gasthaus mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“. Haltestelle „Bültmannshof“. Voranmeldung bitte bei Barbara Dörr unter Telefon (0521) 82026, oder bei Gertrud Riede unter Telefon (05202) 5584.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Gerhart-Hauptmann-Haus

Düsseldorf – Gerhart Hauptmann Haus (GHH), Stiftung Gerhart Hauptmann-Haus, Deutsch-osteuropäisches Forum, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf, Telefon (0211) 1699134, Internet: www.g-h-h.de.

Montag, 20. Juni, 19 Uhr: „Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist.“ 70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen, WENZEL-JAKSCH-FORUM 2021, Vortrag von Matthias Stickler.

Mittwoch, 22. Juni, bis Freitag, 24. Juni: Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter, Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter: Niemandszeit. Was denken und taten die Deutschen in der Nachkriegszeit 1945-1960? Ein zeit- und familiengeschichtliches Seminar mit Winfrid Halder, Katja Schlenker.

Begrenzte Teilnehmerzahl, Anmeldung beim Arbeitnehmer-Zentrum zwingend erforderlich. Telefon (02223) 73-120 oder -119 oder per E-Mail: reservierung@azk.de. Nähere Informationen erhalten Sie unter: www.g-h-h.de/nie-mandsland.

Treffen

Essen – Freitag, 17. Juni, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Der Vogel des Jahres „Der Wiedehopf“. Im Juli und August ist Sommerpause.

Jahreshauptversammlung

Kiel – Sonntag, 19. Juni, Haus der Heimat, Kiel: Jahreshauptversammlung (JHV). Die Vertreterversammlung wird neben den normalen Vereinsregularien auch über eine weitreichende Satzungsänderung zu beraten haben, die von unserem Vorstandsmitglied Dieter Wenskat und Michael Weber von der OG Flensburg erarbeitet wurde und soweit Einigkeit erzielt wird, auch einen Beschluss zu fassen haben. Im kulturellen Teil der

Veranstaltung ist ein DIA-Vortrag über „Schlösser und Burgen im Hirschberger Tal/Niederschlesien“ von Manfred Lietzow von der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) und ein Vortrag zum Thema „Deutsche Kolonialpolitik – Verbrechens- oder Erfolgsgeschichte“ eine Buchbesprechung von Stepfan Ehmke, Vorsitzender vom Verband der Heimatvertriebenen (VDH) Kiel, sowie ein Film von Dieter Wenskat über eine Reise durch das nördliche Ostpreußen vorgelesen. Eine Einladung und das Programm zu dieser Veranstaltung werden noch rechtzeitig bekannt gegeben. Hans-A. Eckloff

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – Mittwoch, 15. Juni, 9.15 Uhr: Betriebsbesichtigung in Satrup, Spargelesen in Stolk, Kaffee im Lindauhof.

Fördermittelkürzung

Der Deutsche Bundestag hat den Einzelplan der Beauftragten für Kultur und Medien beschlossen. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion, Christoph de Vries: „Die Kürzung der Projektmittel (um über eine Million Euro) ist – obwohl der Kulturetat insgesamt um sieben Prozent steigt – Ausdruck von Respektlosigkeit gegenüber den zwölf Millionen Heimatvertriebenen und ihren Nachkommen in Deutschland. Es steht zu befürchten, dass dies nur der Anfang einer Streichorgie des Titels ‚Förderung der Erhaltung und Auswertung deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa‘ ist.“ PM

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Johannisburg
Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Brief ist, wie immer, gut gelungen. Dank an Schriftleiter Andreas Schenkewitz.
 Wer den Heimatbrief nicht erhalten hat, wende sich an Andreas Schenkewitz, Am Wall 65, 15366 Dahlwitz-Hoppegarten. Telefon (03342) 364113.

Memel-Stadt/Land
Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.
Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

Vorstands- und Kreistagssitzung
Sarstedt – Freitag, 10. Juni, 10 Uhr: Vorstands- und Kreistagssitzung mit TOP Haushalt und Perspektiven.

Hauptkrestreffen
Dortmund – Sonntag, 4. September: Hauptkrestreffen.

Lyck
Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Hagen-Lycker Brief
 Der diesjährige Hagen-Lycker Brief müsste inzwischen allen Mitgliedern der Kreisgemeinschaft Lyck zugestellt worden sein. Der

Treffen der Memelländer
Memel – Dienstag, 2. August, 16 Uhr, Simonaitytes Bibliothek, Herkaus Manto g. 25: Ausstellungs-eröffnung „770 Jahre Memel/Klaipeda“.

Zusammenkunft
Mannheim – Sonntag, 19. Juni, 14 Uhr, Bürgerhaus (Pflug) in Heddeshheim: Erste Zusammenkunft nach langer Zeit. Neben Kaffee und Kuchen wird uns die Bild-Journalistin Janne Neuman aus Sankt Augustin den Vortrag „770 Jahre Memel – Ostpreußens älteste Stadt feiert Geburtstag“, halten. Dazu-gehörige Dias ergänzen den Vortrag.

Wir hoffen, dass Sie sich den Sonntag-Nachmittag für uns freihalten können.



Der erste in Litauen angebaute Spargel: Spargelessen in Memel

Spargelessen in Memel

Memel – Der Deutsche Kultur Verein Memel lud zum Spargelessen ein, Mitglieder und Freunde eilten von Nah und Fern herbei, um an einem schönen und geselligen Abend teilzunehmen. Gleichzeitig konnten alle einer Premiere beiwohnen, denn der Spargel war der erste „Weiße“ aus litauischem Anbau. Das 3-Gänge-Menü war dermaßen lecker, dass die Spargelcremesuppe im Nu weg war. Weiter ging es mit dem Hauptgang Spargel mit Schnitzel und Kartoffeln und zum Nachtisch ein leckeres Zitronensorbet.

Das Team vom Restaurant Garazas leistete mal wieder vollen Einsatz in der Küche sowie im Service, und die Gäste waren mal wieder von der Veranstaltung vollauf begeistert.

Memel am Tag der Minderheiten der Stadt Memel teil.

Wir konnten uns zum ersten Mal in der Öffentlichkeit einem interessierten Publikum repräsentieren. Die Resonanz war sehr gut, unsere Fischbrötchen, ein Novum für die meisten Besucher, gingen „weg wie warme Semmeln“, unser Trabant Kübel war ein echter Hingucker und für unser ausgestalteten Stand erhielten wir ein großes Lob.

Wir möchten, noch einmal, allen fleißigen Händen und Vereinsmitgliedern für die geleistete Hilfe und Unterstützung danken, sowie der Deutschen Botschaft und der



Hoch im Kurs: Fischbrötchen

Tag der Minderheiten

Memel – Am Sonnabend, 28. Mai nahm der Deutsche Kultur Verein

Rätsel

Magisch: 1. Chamson, 2. Entlein, 3. Novizin
 7. Blenden – Familie
 4. Gehörnis, 5. Schläger, 6. Schicht, 2. Contaner, 3. Blüemchen, Mittelworträtsel: 1. Auflauf, 2. Contaner, 3. Blüemchen, 4. Gehörnis, 5. Schläger, 6. Schicht, 7. Blenden – Familie

So ist's richtig:

| | | | | | | | | | | | | | |
|---------------------------------|----------------------|----------------------------|----------------------------|-----------------------------|---------------------------------|-------------------------------------|----------------------------------|--|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------------|--------------------------------|---------------------------|
| Fahndung | Knöte- rich- gewächs | veraltet: Gerichts- diener | voll- kommen gleich | Buchen- frucht | über- hand- nehmen | tourist. Hotel- anlage (engl.) | blüten- lose Wasser- pflanze | Durch- fahrt, Durch- gang | Bewohner e. österr. Bundes- ländes | radio- aktives Schwerm- met | fasanen- artiger Vogel | Bezeich- nung | nach- sinnen, über- legen |
| Schrift- stück, Doku- ment | | | Kriech- tier | hoch- betagt | | eine der Kana- rischen Inseln | | | Kraft- anstren- gung, Einsatz | | spöttisch: schöner Mann (franz.) | schänd- lich, nieder- trächtig | |
| kastrier- tes männ- liches Rind | | Trans- port- fahr- zeug | | Gast- haus für Auto- fahrer | Anhän- glich- keit, Loyali- tät | Ent- gegen- nahme, Empfang | falls: sobald | | grober, aber gut- mütiger Mensch | | linker Neben- fluss der Donau | Wendung zurück | |
| gött- liches Gesetz | Schul- festsaal | Titel arabi- scher Fürsten | | Insekt mit Stachel | | | | Stadt und Fluss in Böhmen | feier- liche Namens- gebung | | | | |
| gut- gläubig, un- schuldig | | | Be- nehmen, Ver- halten | | Eier- pflanze | ein Ost- europäer | amerik. Schau- spieler (Richard) | | mensch- lich | | weib- liches Bühnen- fach | | inner- lich erfüllen |
| Pasten- behälter | vorderer Halsteil | | | Kfz- Zeichen Karf- sruhe | sich Wissen aneignen | Kfz- Zeichen Gießen | Rauch- fang, Schorn- stein | | bejahend den Kopf bewegen | | | EST | |
| Boden- fläche, Gelände | | | Himmels- wesen | | | Halb- insel im Adria- Meer | Rauch- fang, Schorn- stein | Vorname von Bis- marcks | Rahm- fetthaltiger Teil der Milch | | | | |
| | | | | | | | | höchste Berggruppe im Bayeri- schen Wald | altägypti- scher Gott | | | | |
| | | | Disziplin beim Schwim- men | Neben- buhrin | Krieger, Held | politi- sches Gebilde | | erd- braune Farbe | Haus- errich- tungs- abschnitt | | | | |
| | | | Erlöser aus einer Gefahr | | | | | Eurasier, Osmane | | | | | |
| | | | | | Hast | griechi- scher Buch- stabe | chemi- sches Element | | flüssiges Fett | | | | |
| | | | Bein- gelenk | Paladin Karls des Großen | Haupt- stadt von Thür- ringen | | | Essen, Speise | Hüsen- frucht | | | | |
| | | | Flug- körper | | | Sinn, Absicht, Ziel | | Süd- frucht | dt. Fuß- ball- torwart (Manuel) | Region der Rep. Süd- afrika | Nutz- fisch, Kaviar- lieferant | | aus- genommen, frei von |
| | | | Duld- samkeit | | germa- nischer Wurf- spieß | internati- onales Not- signal | Geburts- schmerz | | Kraft- fahrzeug, Wagen | | | | |
| | | | | | | Freude: Sinnlich- keit, Ver- langen | | | Studien- ab- schluss- prüfung | | | Ausruf des Er- staunens | |
| | | | Panzer- Zehnfuß- krebs | Sinfonie Beet- hovens | | | | | altes Blas- instru- ment | | | | |
| | | | ein Wurf- spiel | | | Wahl- übung im Sport | | | | | | | |

AdM für die geleistete materielle und finanzielle Unterstützung.

70 Jahre Memellandgruppe Düsseldorf und Bezirkstreffen

Düsseldorf – Rund zwei Jahre konnten keine Treffen der Memellandgruppe Düsseldorf stattfinden. Nun gab es am 13. Mai einen guten Grund wieder zusammen zu kommen und das 70-jährige Bestehen der Gruppe zu feiern. Dazu konnte die Vorsitzende 38 Landsleute und Gäste aus Nah und Fern begrüßen. Darunter den Bundesvorsitzenden der Arbeitsgemein- schaft der Memellandkreise, Uwe Jurgsties, zwei Gründungsmitglie- der der Memellandgruppe Düssel- dorf, den Ehrenvorsitzenden Ewald Rugullis sowie Inge Paul, den Zweiten stellvertretenden Bundesvorsitzenden der AdM, Gert Baltzer, den Kreisvertreter Heydekrug und Pogegen und Vor- sitzender der Memellandgruppe Dortmund, Gerhard Schikhschnus, Herbert Jaksteit, Vorsitzender der Memellandgruppe Köln und stell- vertretender Kreisvertreter Hey- dekrug und Pogegen, die Vorsit- zende der LO Kreisgruppe Düssel- dorf, Edith Koitka und die Mitglie- der der Pommerschen Lands- mannschaft mit ihrem Ersten Vor- sitzenden Heinz Butzbach. Ganz besonders begrüßt wurde Walde- mar Dantschenko, der die Feier- stunde mit Beiträgen auf dem Ak- kordeon musikalisch umrahmte. In seinem geistlichen Wort ge- dachte Jaksteit der in den letzten Jahren verstorbenen Memelländer. Jurgsties ging in seiner Ansprache auf die Gründung und den Werde- gang der Memellandgruppe Düs-

seldorf ein. Karin Gogolka trug das Heimatgedicht „Memel“ von Agnes Miegel vor. In seinem Schluss- wort dankte Baltzer der Vorsitzen- den für die Leitung und gute Orga- nisation dieses Treffens. Mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Land der dunklen Wälder“ klang die Feierstunde aus.

Nach dem Mittagessen mit Klopsen und Kartoffelsalat zeigte Jurgsties den Film: „Deutsches Klaipeda – Litauisches Memel“, Bilder von Landschaften und Ge- bäuden aus dem Memelland einst und jetzt. Dieser Filmbeitrag wurde erfreut und mit Interesse auf- genommen. Bei anschließendem Kaffee und Kuchen klang der Tag mit Gesprächen, guter Laune und einem Glas Wein – spendiert von Wolfgang Lessau – aus.

Ich bedanke mich besonders bei Edith Jonuschat und Renate Jäne- kis für ihre Hilfe und bei Ihnen allen für Ihre Treue zur Memel- landgruppe Düsseldorf und Umge- bung. Auf ein gesundes Wiederse- hen!
 Karin Gogolka

Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.

Geschäftsstelle: Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

Regionaltreffen

Hamm – Sonntag, 12. Juni, ab 10 Uhr, Kreuzkampfhalle, Vereins-

Schüttelrätsel

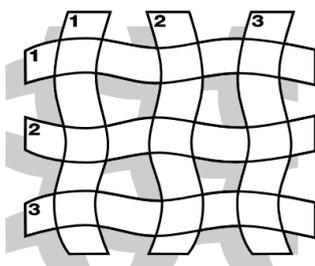
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

| | | | | | | | |
|----------------|------|------------|------|-------|------|------|------|
| ABCEE HLLNS | CHOR | AEHMT | EITU | EEENP | AERS | AEIL | FLTU |
| | | | | | | | |
| EEHTU | | | | ARU | | | |
| AAEI LR | | EFIN RU | | | | | |
| | | | | EST | | | |

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für eine Gruppe von Verwandten.

| | | | | | | |
|---|-------|--|--|--|--|--------|
| 1 | NUDEL | | | | | FORM |
| 2 | GLAS | | | | | HAFEN |
| 3 | MAUER | | | | | KAFFEE |
| 4 | BANK | | | | | VOLL |
| 5 | MESSE | | | | | TEXT |
| 6 | FETT | | | | | PLAN |
| 7 | AUS | | | | | ZAHL |



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 balladenhaftes Kabarettlied
- 2 kindlich: kleiner Wasservogel
- 3 Nonne in der Probezeit

Heimatkreisgemeinschaften

heim des Schützenvereins Braam-Ostwennemar, nur wenige Fahrminuten von der ehemaligen Halle entfernt, Kreuzkamp 2, 59071 Hamm Braam-Ostwennemar: Regionaltreffen der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e. V.

Jahrestreffen

Lüneburg – Freitag, 16. September, ab 15.30 Uhr, bis Sonnabend, 17. September, Hotel Bergström und Ostpreußisches Landesmuseum, Lüneburg: Jahrestreffen mit Feierstunde am Sonnabend, ab 12.30 Uhr.



Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Rastenburg

Wesel – Sonnabend, 13. August, ab 9.30 Uhr, bis Sonntag, 14. August,

Schützenhaus zum Fusternberger: 66. Hauptkreistreffen.



Sensburg

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 7913002.

Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Sensburger Kreistreffen

Remscheid – Sonntag, 26. Juni, ab 11 Uhr, MK-Hotel, Bismarckstraße 39, 42853 Remscheid: Kreistreffen. Haben Sie das Datum in Ihrem Terminkalender eingefärbt? In Kürze ist es soweit. Wir heißen alle Gäste herzlich willkommen und freuen uns auf möglichst viele Teilnehmer.

Um 11 Uhr beginnt die Feierstunde, Festredner ist Thomas Neuhaus, Sozialdezernent der Stadt Remscheid. *H. Tomscheit*



Schloßberg (Pillkallen)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Dorotheenstraße 1, 06108 Halle/Saale.

Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel.: (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Kreistreffen mit Ebenrode

Winsen (Luhe) – Sonnabend, 18. Juni, 10 Uhr, Brasserie am Schloß, Schloßplatz 5: Treffen der Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode. Nach Eröffnung und Begrüßung hält Pfarrer i.R. Kurt Perrey eine Andacht. Im Anschluss daran halten Vertreter des Landkreises Harburg und der Stadt Winsen Grußworte. Höhepunkt des Treffens wird ein Vortrag von PAZ-Redakteur Manuel Ruoff sein.

Nach dem Mittagessen wird die KG Schloßberg ihre Mitgliederversammlung in der Heimatstube (Rote Kreuz-Straße 6) durchführen. Ab 16 Uhr sind die Heimatstuben der beiden Kreisgemeinschaften in der Roten-Kreuz-Straße 6 geöffnet. *Michael Gründling*

PAZ wirkt!

Auf nach Wolfsburg!

Ostpreußen aus allen Teilen Deutschlands und aus der Heimat werden am 11. Juni im CongressPark Wolfsburg zum Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen erwartet. Die Besucher können sich auf ein reichhaltiges und kurzweiliges Programm freuen.

Das Ostpreußentreffen beginnt mit einer Kranzniederlegung am Mahnmahl für die deutschen Heimatvertriebenen auf dem Klieversberg. Der nur wenige Gehminuten von dem CongressPark errichtete 14 Meter hohe Obelisk gehört zu den beeindruckendsten Denkmälern für die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung im gesamten Bundesgebiet.

Ab 10 Uhr beginnt das musikalische Vorprogramm mit der Siebenbürger Blaskapelle

Wolfsburg. Es folgt die Festveranstaltung, die traditionell mit dem Glockengeläut des Königsberger Domes und dem stimmungsvollen Einmarsch der Fahnen der ostpreußischen Kreise eröffnet wird. Das geistliche Wort übernimmt der aus Nidden gebürtige Pfarrer Manfred Schekahn und für die heimatverbliebenen Ostpreußen wird Heinrich Hoch, der Vorsitzende der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen, das Wort ergreifen. Höhepunkt des Vormittags ist die Ansprache des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat. Eine zweistündige Mittagspause schließt sich an, die zur kulinarischen Stärkung einlädt und Gelegenheit bietet, sich die Stände und Ausstellungen der Kreisgemeinschaften sowie der Aussteller im Fo-

yer anzuschauen. Der Nachmittag steht ganz im Zeichen der ostpreußischen Kultur. Auftreten werden auch die Volkstanzgruppe Saga aus Bartensstein, der Chor Heide aus Heydekrug, eine Gesangsgruppe des Hermann-Sudermann-Gymnasiums aus Memel und der bekannte Heimsänger BernStein, der durch das Programm führt.

Es gibt also viele Gründe, nach Wolfsburg zu kommen und der Öffentlichkeit gegenüber zu dokumentieren, dass die Ostpreußen auch 77 Jahre nach Flucht und Vertreibung eine vitale Gemeinschaft sind. Karten können an der **Tageskasse** in Wolfsburg erworben werden. Aktuell gibt es seitens der Behörden oder durch den Veranstalter keine Corona-Auflagen.



ANZEIGEN

Der richtige Weg, anderen vom Tode eines lieben Menschen Kenntnis zu geben, ist eine Traueranzeige.

Preußische Allgemeine

Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de

Ein erfülltes, schöpferisches und menschenfreundliches Leben ist im 96. Jahr erloschen.

Der Architekt, Fotograf, Buchautor und Reiseleiter

Christian Papendick

* 3. September 1926
Königsberg/Pr.

† 14. Mai 2022
Hamburg

starb nach kurzer Krankheit.

Dagmar Münnich
Anke Papendick
Prof. Dr. Albrecht Leuteritz

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 17. Juni 2022, um 13 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Groß-Flottbek in Hamburg, Stiller Weg 28, statt.

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir statt Blumen um eine Spende für das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg. IBAN DE10 2405 0110 0000 0780 06, Kennwort ‚Papendick‘

Ruf mich an in der Not,
so will ich dich erretten,
so sollst du mich preisen.

Erwin Fink

* 28. 3. 1933
Eydtkuhnen

† 27. 5. 2022
Freiburg

In stiller Trauer
Andreas Fink und Markus Pflips
Uwe Fink mit Silke
Jürgen und Petra Fink

Die Beisetzung fand in aller Stille statt.

ANZEIGE

Sonnabend, 11. Juni 2022
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Jahrestreffen

der
Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers,
Fahneneinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Karten auch an der Tageskasse

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

BUCHVORSTELLUNG IN ALLENSTEIN

Diskussion über berüchtigten Gauleiter

Der Historiker Ralf Meindl stellte sich im Rahmen einer Lesung Fragen zu seinem Buch über Erich Koch

VON DAWID KAZANSKI

Auf einem Autorentreffen präsentierte Ralf Meindl sein Buch über Erich Koch. Ende April fand im Gebäude des Nordinstituts in Allenstein [Olsztyn] eine Präsentation der veröffentlichten Biographie des Gauleiters statt. Der Autor des Buches ist ein Historiker und ehemaliger Mitarbeiter des Instituts für Geschichte und Biographie und derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut in Warschau, dessen tägliches Leben mit Allenstein verbunden ist.

Die Persönlichkeit des berüchtigten ostpreußischen Gauleiters Erich Koch (1896–1986), der von der polnischen Justiz zum Tode verurteilt wurde (das Urteil wurde jedoch nicht vollstreckt), erregt noch immer Kontroversen, Interesse und Wut unter den noch lebenden Ostpreußen.

Neben einer biographischen Darstellung der Person und ihres politischen Lebenslaufs zeigt der Autor in seinem Buch die Mechanismen der nationalsozialistischen Partei auf, wie sie auf Ostpreußen übertragen wurden. Das Buch stellt die Beziehungen innerhalb der Partei und die Rangordnung recht genau dar. Die Entwicklung von Kochs Haltung, wie er Gauleiter von Ostpreußen wurde, und die ideologische Auseinandersetzung unter anderem mit Alfred Rosenberg im Kampf um eine Position in der Partei sind Themen, die oft übersehen oder schlichtweg nicht beachtet werden.

Jetzt, da der Krieg in der Ukraine im Gange ist, wird einmal mehr deutlich, wie wichtig dieses Land für ganz Europa ist. Während des Zweiten Weltkriegs war es für Deutschland auch aus wirtschaftlicher Sicht wichtig, die Kontrolle über das ukrainische Gebiet auszuüben, das von Erich Koch verwaltet wurde.

Die Biographie richtet sich an polnische Leser, die sich für das Thema interessieren. Ein Beweis für das große Interesse



Großes Interesse der Zuhörer: Ralf Meindl (l.) im Gespräch mit Teilnehmern der Veranstaltung

Foto: D.K.

an dem Thema ist die Tatsache, dass der Raum, in dem die Präsentation des Buches stattfand, vollständig gefüllt war.

Mutige Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte

Meindls Koch-Biographie zeigt, dass sich die Deutschen nicht vor ihrer Geschichte verschließen und mutig auch deren dunkle Seiten anklagen. Das nun auf Polnisch erschienene Buch ist eine Übersetzung und Ergänzung zu der 2007 in Osnabrück erschienenen Arbeit „Ostpreußens Gauleiter: Erich Koch – eine politische Biographie“. Während des Schriftstellertreffens,

das in Form eines Interviews mit dem Autor durchgeführt wurde, fand eine Diskussion statt, bei der die Teilnehmer auch Fragen stellen konnten.

Autor Meindl, Jahrgang 1971, studierte, promovierte und unterrichtete an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau. Als Historiker arbeitete er für die Museen der Stadt Lüdenscheid sowie für das Institut für Biographie und Geschichte der Fern-Universität Hagen. Von 2012 bis 2014 war er Vorsitzender des Historikerlabors, eines Vereins zur Geschichtsvermittlung, der unter anderem Dokumentar-Theater zur Wannsee-Konferenz

und zur deutschen Besetzung in der Sowjetunion erarbeitet und aufgeführt hat. Von 2014 bis 2019 war Meindl als ifa-Kulturmanager beim Verband der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren in Allenstein tätig.



Ralf Meindl: „Gauleiter Prus Wschodnich Erich Koch – biografia polityczna“, Instytut Północny im. W. Kętrzyńskiego, Poznań-Olsztyn 2022, 419 Seiten

TRAKEHNERVERBAND

Wechsel in der Führung

Lars Gehrmann (63), seit 1993 Züchtleiter und Geschäftsführer des Trakehner Verbandes und Geschäftsführer der Trakehner GmbH, wird am 31. Mai 2023 die Verantwortung an seinen Stellvertreter Neel-Heinrich Schoof (39) übergeben. Schoof ist studierter Agrarwissenschaftler und seit 2015 für den Trakehner Verband tätig, unter anderem auch in der Vermarktung.

„Meine selbst getroffene Entscheidung ist lange gereift“, so Gehrmann, und er betont die reibungslose Zusammenarbeit mit Schoof und mit dem Geschäftsführenden Vorstand. „Neel-Heinrich Schoof genießt hohe Wertschätzung für seine kompetente und außerordentlich engagierte Arbeit“, erläutert Gehrmann, „und dabei ist er nah am Züchter und nah am hippologischen Geschehen.“

„2023 wird Lars Gehrmann den Trakehner Verband 30 Jahre lang erfolgreich geführt haben“, sagt Norbert Camp, Vorsitzender des Trakehner Verbandes dazu. „Wir freuen uns, dass er zugesagt hat, beratend für den Trakehner Verband tätig zu bleiben. Der Generationswechsel ist gut vorbereitet.“

Auch der aus traditionsreicher Züchterfamilie stammende Schoof, dessen Nachfolge noch offen ist, schaut positiv voraus: „Ich freue mich auf die neuen Aufgaben und die damit verbundene Verantwortung. Die gute Zusammenarbeit mit Lars Gehrmann wird den Übergang erleichtern.“

„Für ein weiteres Jahr bleibt die heutige Führungsstruktur unverändert, und mit der frühzeitigen Entscheidungsfindung soll es gelingen, uns voll auf die herausfordernden operativen Aufgaben zu konzentrieren“, erklärt der Verbandsvorsitzende Camp. **EB**

• **Infos** Trakehner Verband e.V., www.trakehner-verband.de, Telefon (04321) 9027-0

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Renaissance für Weber und die Württemberger

Am 17. Juni ist klar, welcher Schatz zurück nach Karlsruhe in Oberschlesien geht

Zum 19. Mal pilgern Musikfreunde in das 30 Kilometer von Oppeln entfernte Karlsruhe [Pokoń]. Dort wird in Erinnerung an Carl Maria von Weber das „Musikfestival der Gärten und Parkanlagen“ organisiert, das in diesem Jahr vom 16. bis zum 18. Juni stattfindet. Es soll daran erinnern, dass der für den „Freischütz“ berühmte Komponist zur Jahreswende 1806/07 als Gast des preußischen Generals Herzog Eugen von Württemberg-Oels auf dessen Schloss in Karlsruhe lebte und komponierte.

Inspiration für den „Freischütz“

Davor wollte Weber für zwei Jahre am Theater in Breslau. „Seine Breslauer und Carlsruher Erfahrungen wurden das Fundament für Webers spätere Arbeit als Kapellmeister in Prag und Dresden und begründeten seinen Ruf als Dirigent. Weber holte sich Inspiration in der Volkskunst der Region, die er in den Freischütz einfließen ließ“, sagt Hubert Kołodziej von der deutschen Minderheit.

Kołodziej gründete 2006 in seiner Heimatstadt Karlsruhe einen gemeinnützigen Verein, dessen wichtigste Aktivität es ist, das jährliche Weber-Festival durchzuführen. Besonders wichtig ist dem Gründer des Festivals, auch der heutigen polnischen

Bevölkerung die einstige Bedeutung von Karlsruhe und die deutschen Berühmtheiten seiner Heimatstadt näherzubringen.

Aus Karlsruhe stammt unter anderem Ferdinand Freiherr von Richthofen (1833–1905). Der Geo- und Kartograph gilt als Begründer der modernen Geomorphologie und prägte mit seinen Studien über das Kaiserreich China den Begriff „Seidenstraße“. Nach ihm wurde das Richthofengebirge (Qilian Shan) benannt. Auch Paul Wilhelm von Württemberg (1797–1860), Naturforscher und Entdecker, ist ein berühmter Sohn der Stadt, genauso wie Prinzessin Agnes von Württemberg (1835–1886), die unter dem Pseudonym Angelica Hohenstein als Schriftstellerin tätig war. Der in Oberschlesien berühmte Fotograf Max Glauer (1867–1935) verbrachte seine Kindheit in Karlsruhe, wo 1952 auch der Maler und Bildhauer Joachim Czichon zur Welt kam. Er siedelte mit sieben Jahren in die Bundesrepublik über.

Verblichener Glanz eines schlesischen Kleinods

Vom einstigen Glanz Karlsruhes zeugt heute nur wenig, und das tut Kołodziej besonders weh. „Karlsruhe hatte ein Konzerthaus, eine Bibliothek im Pompeji-



Träumt von einem Karlsruhe-Raum im Oppelner Museum: Hubert Kołodziej

Foto: Wagner

schen Stil, ein Theater mit einem Schauspiel- und Musikensemble, einen Verlag, eine eigene Zeitung, ein Gericht. Das Haus Württemberg verfügte über 70 Quadratkilometer Ländereien in Karlsruhe. Hier war ein wichtiges Kulturzentrum. Friedrich der Große liebte Karlsruhe, seine Generäle ebenso. Unser Park wird mit dem Bad Muskauer Fürst-Pückler-Park in

eine Reihe gestellt, er war ein Beispiel der vollkommenen Parklandschaft und wurde als Park der hundert Wunder bezeichnet“, zählt Kołodziej auf.

Heute erinnert fast nichts mehr an die einstige Schönheit der Parklandschaft mit ihren künstlich angelegten Teichen und Kanälen, auf denen durch Lampions erleuchtete Gondeln ihre Bahnen zogen. Auch die Schlösser derer von Württemberg wurden nach Kriegsende zerstört. Doch Kołodziej, der seit den frühen 1990er Jahren in Archiven des Museums des Oppelner Landes alles über Karlsruhe gelesen hat, macht Hoffnung, dass bald schon im Oppelner Museum und vielleicht auch in Karlsruhe selbst das Leben am Württembergischen Hof nachvollzogen werden kann. Er hat nämlich durch das Weberfestival Kontakte zu den Württemberg-Oels-Blaublütern aufgenommen.

Ein Geschenk der Württemberger

Der 2020 im Alter von 95 Jahren verstorbene Ferdinand Eugen Herzog von Württemberg, selbst noch in Karlsruhe geboren, besuchte seit der Wende immer wieder seine Heimat. Sein Vater erbte nach dem Tod von König Wilhelm II. von Württemberg 1921 die große Herrschaft

Carlsruhe, wo Ferdinand Eugen die ersten Kinderjahre verbrachte. „Er besuchte auch das seit 2004 stattfindende Weberfestival, und bei dieser Gelegenheit spendete er immer Geld für unseren Verein“, sagt Kołodziej.

Durch seine Kontakte zu den Württembergern erfuhr er, dass im Ende März 2022 60 Kisten „Carlsruher Schätze“ mit Tafelsilber Breslauer Meister, Porzellan und Kunstgegenstände aus Karlsruhe in einer Kunstauktion in München veräußert werden sollten. Da musste schnell gehandelt werden. Kołodziejs Verein hat Gelder vom Oppelner Marschallamt und der Erika-Simon-Stiftung erhalten. Damit wurde die Leiterin des Museums des Oppelner Landes, Iwona Solisz, ausgestattet und konnte zum ersten Mal bei einer solchen Auktion mitbieten. Die eigentliche Überraschung wartete auf Solisz erst am nächsten Morgen, als sie vom Auktionsvorstand zu einem Gespräch gebeten wurde. Neben den Aktionären wartete Herzogin Sophie auf Solisz mit einem Geschenk für das Museum.

Was die Schenkung beinhaltet, das verriet Direktorin Solisz am 17. Juni im Rahmen des Weber-Festivals in Karlsruhe.

Chris W. Wagner

DILEMMA

Kapitäne in Vorpommern fühlen sich verschaukelt

Wie die Schifffahrtsverwaltung Vorschriften reitet und Sicherheit ignoriert

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Mit Beginn der Saison 2022 ist es scheinbar zu neuen Regelungen im Stralsunder Lotsenrevier gekommen, die angeblich schon lange existieren, aber nie angewendet wurden, womit auch in gewisser Hinsicht Gewohnheitsrecht entstanden sein kann. Darin heißt es, dass Schiffe ab 60 Meter Länge, zehn Meter Breite oder mit einem Tiefgang von mehr als 3,30 Meter, die das Revier nördlich von Stralsund ansteuern wollen, einen Lotsen nehmen müssen.

Die Schiffsführer, Reedereien und Flusskreuzfahrt-Veranstalter sind sehr verärgert über die anscheinend grundlose Anwendung der zwar gültigen, aber über Jahrzehnte nicht angewendeten Maßnahmen. Dem maritimen Tourismus ist es absolut abträglich, wenn jetzt plötzlich Lotsengebühren erhoben werden und Streckennachweise erbracht werden müssen, die seit der Wende nicht verlangt wurden.

Lotsengebühren zu erheben für „Lotsungen“, die keine sind, weil die Lotsen – wie sie selbst zugeben müssen – keinerlei praktische Erfahrung in den weitgehend nur für Flusskreuzfahrtschiffe zugänglichen Revieren, zum Beispiel Stralsund – Ralswiek, Stralsund – Barth, Stralsund – Hiddensee, haben, das ist ein Aberwitz beziehungsweise Schildbürgerstreich. Wobei der Vorwurf sich nicht gegen die Lotsen richtet.

Skandalöses Verwaltungshandeln

Lotsen sind per Definition „revierkundige Berater des Kapitäns“, was im vorliegenden Fall konterkariert wird, weil das nicht immer der Fall ist. Sie fahren lediglich mit und kassieren pro Strecke 500 Euro. Das

steht in krassem Widerspruch zur „Sicherheit“, die immer als Argument vorgeschoben wird, ebenso die „Leichtigkeit des Schiffsverkehrs“. Mit Lotsen, die das Revier nur theoretisch kennen, ist das nicht durchzusetzen und zudem überaus leichtfertig. Verantwortung trägt indes nur der Schiffsführer. Bei den ersten Fahrten ist es deshalb auch zu sicherheitsgefährdenden Fehlberatungen gekommen. „Wir fühlen uns schlicht verschaukelt“, kommentiert dies Kapitän Johann Magner, der hier seit der Wende fährt und schon lange vorher mit Binnenfrachtern die Sund- und Boddenhäfen anlief. Eine entsprechende praktische Revierprüfung bzw. -auffrischung müssen die Seelotsen allerdings nicht nachweisen.

Der Verfasser selbst ist an Bord MS „Frédéric Chopin“ auf der Peene mitgefahren, die keine Seeschiffahrtsstraße ist, wobei ein Seelotse ohne jegliche Revierkenntnis, vorschriftswidrig vom Amtsnautiker so angeordnet, mitfahren musste, denn die Peene ist keine Seeschiffahrtsstraße. Als jemand, der die Peene mit Fracht- und Flusskreuzfahrtschiffen bis Malchin befahren hat, konnte sogar der Autor den Lotsen beraten, abgesehen vom Kapitän, dessen Patent auch die Peene miteinbezieht.

Irre Vorschriftenreiterei

Einige Kapitäne, die im Revier des WSA Stralsund seit der Wende unfallfrei fahren, erwägen sogar eine Klage gegen die WSV anzustrengen, die – als den Lotsen vorgesetzte Bundesbehörde – hierfür verantwortlich zeichnet.

Der Vorgänger des jetzigen Amts-Nautikers habe es, so sein frisch gebackener Nachfolger, nicht für nötig befunden, die



FOTO: PEER SCHMIDT-WALTHER

Waghalsige Lotsen-Kletterpartie auf einen Containerfrachter

bestehenden Vorschriften konsequent anzuwenden. So war es von Kapitän Peter Grunewald des MS „Sans Souci“ zu hören,

der auch für seine Kollegen das Wort ergriffen hat und bereits einen WSV-Gesprächstermin gehabt hat. Die Argumente

von Grunewald wurden mit „Vorschrift ist Vorschrift“ einfach abgebugelt, berichtete er verärgert.

Selbst die Fährkapitäne der Weißen Flotte/Reederei Hiddensee, die tagtäglich ihre Route mehrfach befahren, müssen je zwölf Fahrten auf den einzelnen Streckenabschnitten nachweisen und eine Lotsenbefreiungsprüfung ablegen. Das ist für die Flusskreuzfahrtschiffe, die das Revier weniger häufig befahren, nicht zu leisten. Folglich müssen die Kapitäne jedes Jahr wieder Lotsen nehmen. Das wird dazu führen, dass unsere Häfen noch weniger Schiffe anlaufen.

Touristische Strukturen zerstören

Hier werden bewusst maritim-touristische Strukturen zerstört, die eigentlich ausgebaut und gefördert werden sollen. Darüber hinaus sind viel zu wenig Lotsen (sieben) vorhanden, um ständig bereitzustehen für die Begleitung von Flusskreuzfahrtschiffen im Revier. Das wiederum könnte zu Staus führen, weil die Schiffe nicht besetzt werden können. Ihre Fahrpläne wären dann hinfällig mit entsprechenden Folgen für freie Liegeplätze und Gäste.

Die Kapitäne schlagen vor, dass sich alle Beteiligten zusammensetzen, um einvernehmliche Lösungen zu finden.

● **Info** Das deutsche Lotsenwesen unterteilt sich in neun verschiedene Bruderschaften. Reviere Seelotsen: Ems; Weser II/Jade; Weser I; Elbe; Nord-Ostsee-Kanal I; Nord-Ostsee-Kanal II; Wismar, Rostock, Stralsund. Reviere Hafenlotsen: Hafenlotsen Hamburg; Hafenlotsen Bremerhaven

VOR FAST 500 JAHREN

Schlieffen-Krone und Schlieffen-Haus in Kolberg

Zwei bedeutende Zeugnisse der Familie von Schlieffen in der hinterpommerschen Stadt

Die Familie Schlieffen oder auch Schlieffing ist ein altes pommersches Adelsgeschlecht. Zweige der Familie bestehen bis heute. Einst ein Kolberger Stadtgeschlecht, von dem Familienmitglieder der Kolberger Sülzgilde angehörten und zu den Salzjüngern zählten. Salz begründete ja den Reichtum Kolbergs.

Erstmals urkundlich erwähnt wird das Geschlecht bereits im Jahre 1365 mit Hen-

ning Sleff, er starb um 1376 als Bürger zu Kolberg.

In preußischen Diensten

Im Laufe der Jahrhunderte brachte die Familie viele Persönlichkeiten hervor, die in preußischen Diensten ihre Pflicht taten und über die Grenzen Pommerns hinaus wirkten. Ein bedeutender Vertreter der Familie aus neuerer Zeit war Alfred Graf von Schlieffen (1833–1913). Er trat 1854 in die Preußische Armee ein und nahm am Deutschen Krieg und am Deutsch-Französischen Krieg teil. 1884 wurde er Abteilungschef im Großen Generalstab, 1888 Oberquartiermeister und Stellvertreter des Generalstabschefs. 1905 verfasste er den Schlieffen-Plan, wonach das Deutsche Reich einen zukünftigen Zweifrontenkrieg vermeiden konnte. Er starb als preußischer Generalfeldmarschall am 4. Januar 1913 in Berlin.

Kostbarkeit gestiftet

Ein nun fast 500 Jahre altes Kunstwerk hängt im Mittelschiff des Kolberger Doms. Dass diese Kostbarkeit die Wirren des II. Weltkriegs überlebt hat, verdanken wir Domprediger Paul Hinz *1899 †1988, der später als Superintendent in Halberstadt wirkte. Er hat den kunstvoll geschnitzten Leuchter zusammen mit dem Kolberger Kirchenschatz gerettet, weil er beides rechtzeitig einmauern ließ. Auch verfasste er eine Dokumentation „Der Kolberger Dom und seine Kunstwerke“.



FOTO: GIECZAK/WIKIPEDIA

Das Schlieffen-Haus in Kolberg

Der Leuchter, Schlieffen-Krone genannt, wurde im Jahr 1523, also vor fast 500 Jahren von der angesehenen Familie Schlieffen gestiftet. Vier Meter hoch, aus Holz geschnitzt, farbig und achteckig gestaltet, wird er von acht Kerzen erleuchtet. In der Mitte ist die Mutter Gottes im Strahlenkranz, auf der anderen Seite Johannes der Täufer dargestellt. Diese Figuren werden von einem Dach, das an das Himmelszelt erinnert, geschützt. Zwei mit Engeln und Heiligenfiguren verzierte Säulen tragen den Baldachin und den Aufbau mit der Aufhängevorrichtung.

Ein weiteres Zeugnis der Familie findet man in Kolberg. Es ist das Schlieffen-

Haus [Dom Schlieffenów] in der jetzigen ul Gierczak 5. Das ursprünglich gotische Patrizierhaus aus dem 15. Jahrhundert wurde 1540 im Stil der Frührenaissance neugestaltet. Es ist heute das einzige erhaltene Handelshaus aus der Hansezeit Kolbergs, es hatte im Erdgeschoss eine befahrbare Diele. Genutzt wurde das Gebäude von Böttchern und Bierbrauern.

1938 zog in das Haus in der damaligen Schlieffen-Straße ein Museum für Joachim Nettelbeck ein. Nettelbeck hatte sich bei der Verteidigung Kolbergs gegen die napoleonischen Truppen im Jahr 1807 bewährt. Seinem Engagement war es zu verdanken, dass der angeblich überforderte Kolberger Kommandant Ludwig Moritz von Lucadou durch Major August Neidhardt von Gneisenau ersetzt wurde. Gneisenau organisierte die erfolgreiche Verteidigung der Stadt an der Ostsee.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das stark beschädigte Gebäude wieder aufgebaut. Die befahrbare Diele gibt es allerdings nicht mehr. Seit 1963 wird das Haus vom Kolberger Waffenmuseum genutzt. Hier wird heutzutage die Geschichte des Polnischen Heeres vom frühen Mittelalter bis in die heutige Zeit dokumentiert. Man findet eine Vielzahl an Pfeilen, Beilen, Lanzen und Wurfmaschinen. Auch eine Uniformensammlung und im Freibereich können verschiedene Kanonen, Flugzeuge und Geräte der polnischen Armee angeschaut werden.

Brigitte Stramm



FOTO: ALUSCHNACZ/WIKIPEDIA

Die vier Meter hohe prunkvoll verzierte Schlieffen-Krone. Diese Seite zeigt Johannes den Täufer

● STETTIN

Fest der Sommer-sonnenwende auf dem Schloss!

Herzliche Einladung zur diesjährigen Veranstaltung auf dem Schloss der Pommerschen Herzöge in Stettin [Szczecin]! Im Hof des Schlosses wird eine frühmittelalterliche Siedlung nachgebaut, in der altes Handwerk und Rituale rund um die Sommersonnenwende vorgestellt werden, wie z.B. das „lebendige Feuer“ und das Herstellen von Girlanden. Es wird auch historische Spiele und Workshops zur Herstellung von traditionellen Puppen geben. Auf den Marktständen wird Keramik, historischer Schmuck und Holzspielzeug angeboten.

Wann: 18. und 19. Juni 2022
Wo: Schloss der Pommerschen Herzöge, Korsarzy 34, Szczecin
Eintritt frei!



FOTO: DOROTA KOWALIK

„Erst die Gäste, dann der Rest“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Mit der PAZ bin ich sehr zufrieden. Sie ist eine echte Bereicherung“

Jürgen Frick, Dessau-Roßlau



Ausgabe Nr. 21

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

ES ZAHLT SICH NICHT AUS ZU: „BITTE NUR BARGELD“ (NR. 22)

Große Betrügereien können sicherlich durch eine Abschaffung des Bargeldes zumindest eingedämmt werden. Aber schon rein quantitativ sind die dadurch wirkenden Vorteile als eher geringfügig einzustufen. Die damit verursachten Nachteile lassen vermuten, mit diesem Vorwand nur das Kind mit dem Bade auszuschütten. Dessen Abschaffung scheint Interessenten, für die das Bargeld nur ein ärgerlicher Störfaktor ist, weil dieses die erwünschte Nutznießung verhindert, viel gelegener zu sein, weshalb sie Bürgern, die das Geld aus guten Gründen lieber behalten wollen, angebliche Bequemlichkeitsvorteile einreden.

Zu den Nutzern einer Abschaffung gehören unser sogenannter Sozialstaat, weil dann Geldvermögen nicht mehr vor seinem Zugriff versteckt werden kann, Banken, um eine uneingeschränkte Gestaltungsfreiheit hinsichtlich der Höhe von Zinsen und Gebühren erreichen zu können, Geschäftsleute, weil ihre Kunden die Übersicht über ihre finanzielle Situation verlieren und mehr Geld ausgeben als ihrem Kontostand guttut, und Ganoven, die risikoloser an das Geld anderer Leute kommen können.

Und, ganz nebenbei, ermöglichen Analysen von Kartenzahlungen noch umfassendere Charakterstudien (die Entlohnung des horizontalen Gewerbes sowie Alkoholiker und Kiffer erkennt man sofort). Aber was tun, wenn es kein Bargeld mehr gibt und dann der Zahlungsautomat streikt oder die Karte nicht lesbar ist?

Der nun aufgetretene Ausfall der Zahlkartensysteme war für das vorgeschobene und nur für die Bürger gedachte Ablenkungsmanöver ein herber Rückschlag. Dass diese Panne nach der Kritikalität im Falle von „Wandel durch Handel“ aber ein Anlass sein könnte, noch einmal eine „Zeitenwende“ herbeizuführen, ist von unserer Politik kaum zu erwarten. Wer konnte auch schon vorausahnen, dass dieser Fall einmal eintreten wird?

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

LEERSTAND BEKÄMPFEN ZUM WOCHENRÜCKBLICK: 25 QUADRATMETER (NR. 20)

Aus meiner Sicht seit vielen Jahren ein ganz brisantes Thema, das in großen Teilen der Bevölkerung nicht wahrgenommen wird: Auf der einen Seite fördert der Staat die Schaffung von Wohneigentum und vermittelt den Eindruck, dass die Finanzierung überhaupt kein Problem ist. Dabei muss man heute schon viel verdienen, um das stemmen zu können. Einen Arbeitsplatz zu erhalten und auch zu behalten, ist jedoch schwierig.

Von welchem Stern stammt eigentlich Frau Maren Kern (Chefin des Verbandes Berlin-Brandenburger Wohnungsunternehmen)? Wenn sie eine Wohnraumbegrenzung einführen will, ist damit das Thema Wohnungsnot nicht erledigt. So viel Wohnungs- und Hauseigentümer – sofern sie denn die Immobilie selbst bewohnen – gibt es in Deutschland nicht. Hier sollte über die Grenzen Deutschlands geschaut werden, da sieht es in vielen Staaten ganz anders aus.

Es fehlt seit sehr vielen Jahren an der Schaffung von kleinen Wohnungen. Die fehlen nicht nur für ältere Menschen. Es gibt auch sehr viele junge Menschen, die froh wären, wenn sie eine Wohnung mit 25 Quadratmetern pro Person bekommen würden. In Deutschland könnte die Wohnungsnot um einiges gemindert werden. Geht man durch Großstädte und schaut sich manche Straßenzüge an, wird man feststellen, dass Erdgeschosse in der Regel noch belegt sind, die Geschosse darüber aber seit Jahren nicht mehr. Da gibt es ferner auch Industriegebäude, die seit Jahren leerstehen.

Es gibt sehr viele Menschen, die diese Flächen als Wohnraum nehmen würden. Aber hier traut sich die Politik nicht einzuschreiten. Warum wohl nicht? Hier müssen Regelungen geschaffen werden, damit in angemessener Frist mit diesen freien Flächen etwas geschieht. Als wir vor vielen Jahren ein Grundstück für den Bau eines Hauses gekauft haben, wurden wir vertraglich verpflichtet, innerhalb ei-

nes Jahres nach Erwerb des Grundstücks mit dem Bau des Hauses zu beginnen. Warum wohl? Also können gesetzliche Regelungen getroffen werden, mit denen ein Eigentümer, dem solche Leerstände gehören, auch verpflichtet wird, innerhalb einer festzulegenden Zeit diese Flächen wieder der Nutzung zuzuführen.

Stattdessen werden immer wieder Neubauten erstellt, in denen die Mieten so hoch sind, dass es nur einem erlauchten Personenkreis möglich ist, diese auch mieten zu können. Zu diesem erlauchten Personenkreis gehören seit vielen Jahren auch unsere die Gäste, die wir immer gern aufnehmen. Erst die Gäste, dann der Rest. Ein insgesamt hochgeschätztes Motto in unserem Land.

Jetzt noch zu Frau Christine Hanne mann, Wohnungsforscherin an der Uni Stuttgart. Sie glaubt wirklich daran, dass es, wenn man pro Person mehr als 25 Quadratmeter bewohnt, unnötig und auch schlecht für die geistige Gesundheit ist. Mit jedem Quadratmeter mehr steigt nämlich die psychische Belastung. Weiter erklärt sie: „Es wird oft unterschätzt, wie viel Arbeit Wohnen bedeutet.“ Diese Aussagen sind weit mehr als nur eine Unverschämtheit. Übrigens gehe ich davon aus, dass beide Damen mit gutem Beispiel vorangehen. Heinz-Peter Kröske, Hameln

DER BDV UND DIE MINISTERIN ZU: EIN „WICHTIGER TEIL UNSERER GESELLSCHAFT“ (NR. 19)

Der von Ihnen wiedergegebene Bericht zum Besuch der Bundesinnenministerin Nancy Faeser beim Bund der Vertriebenen hat mich gelinde gesagt in seinen Aussagen überrascht. Kein kritisches Wort zur Ministerin selbst und ihrer Politik bezüglich der deutschen Heimatvertriebenen. So ist Faeser bislang durch ihren „Kampf gegen Rechts“ aufgefallen. Erinnert sei an ihren Aufsatz in einer Antifa-Zeitschrift. Es heißt pauschal gegen „Rechts“, nicht gegen „Rechtsextremismus“.

Gegen andere dominierende und anwachsende Spielarten des Extremismus

scheint es für die Ministerin keinen dringenden Handlungsbedarf zu geben.

Zum anderen vermisste ich in dem Beitrag Hinweise auf den Personalwechsel im Amt des Aussiedlerbeauftragten und kritische Stimmen hierzu. So wurde Bernd Fabritius (CSU) als bisherigem Beauftragten mitgeteilt, dass seine Tätigkeit „kurzfristig“ beendet werde, um seinen Posten mit einer jungen Sozialdemokratin zu besetzen.

Die CDU kritisierte diese Entscheidung als „gravierende Fehlentscheidung“ gerade vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine, der ja auch viele Russlanddeutsche sehr berühre.

Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang auch daran, dass der Begriff „Vertriebene“ in dem Koalitionsvertrag der Ampelkoalition nur einmal auftaucht. Sieht so Würdigung oder gar Respekt aus?

Die nun ins Amt berufene Natalie Pawlik fiel schon wie ihre Dienstherrin durch mangelnde Distanz zu Linksextremen auf, so zum Beispiel 2019 durch eine Teilnahme an einer Podiumsdiskussion der „Antifaschistischen Bildungsinitiative“, der sie auch als Mitglied angehört.

Joachim Jänsch, Wald-Michelbach

NOCH IST GLUT IN DER ASCHE ZU: GÖTTERSCHICKSAL (NR. 19)

Ich staune, wie die zähen Ostpreußen auch 77 Jahre nach der Vertreibung immer noch die verlorene Heimat im Fokus haben. Inzwischen sind zwei und drei Generationen nachgewachsen, die nicht in der „kalten Heimat“ geboren wurden und das Land nicht kennen. Es ist noch Glut in der Asche.

Wir Westpreußen machen nicht so viel Gedöns um unsere verlorene Heimat. Aber unser „Haufen“ ist ja auch viel kleiner. Ich, 85 Jahre, habe noch die Endphase des Krieges sowie Flucht und Vertreibung miterlebt. Ich habe noch gute Reminiszenzen an meinen Geburtsort und an Marienburg. Die Orte habe ich nie wieder gesehen. Verloren – Götterschicksal.

Erhard Rippin, Bremen

ANZEIGE

Das legendäre Kräuterhausbuch für den ständigen Gebrauch in Garten und Küche!

Jetzt bei uns erstmals als preisgünstige Sonderausgabe!

■ Dieses Standardwerk verbindet wissenschaftliche Erkenntnisse mit traditionellen Überlieferungen. Im umfassenden Pflanzenlexikon sind über 500 wirksame Heilpflanzen mit ihren Inhaltsstoffen und Anwendungen genau beschrieben.

Von Alant und Alpenveilchen bis Zwergholunder und Zwiebel

800 Farbfotos, Anbauanleitungen, Blüte- und Sammelzeiten, Trocknung, über 2000 Anwendungen als Hausmittel, rund 2000 Rezepte mit Zubereitungen für Tees, Tinkturen, Weine, Liköre, Schnäpse, Essig, Säfte, Speisen, Salben und Bäder. Unterstützende Edelsteinenergie, Kräutermagie und Planetenordnung, Homöopathie, Bach-Blüten, Schüßler Salze, Hildegardmedizin, Chinesische Medizin, Tabellen und Index zur Mittelfindung. Ein Symptome-Verzeichnis sowie ein Sachregister runden dieses große Kräuterhausbuch ab.

»Treten Sie unseren Heilkräutern mit Respekt entgegen, geben Sie ihnen in Ihrem Garten ein Zuhause, beugen Sie durch richtige Kräuterernährung Krankheiten vor.«

Siegrid Hirsch & Felix Grünberger: Die Kräuter in meinem Garten großformatiges Paperback • Fadenheftung • 800 Seiten durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 975 200

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas



* Sonderausgabe in anderer Ausstattung

JUGENDSTIL

Ein Bremer, der das Leben inszenierte

Vor 80 Jahren verhungerte Heinrich Vogeler in der Sowjetunion – Zuvor stand er im Mittelpunkt der Künstlerkolonie Worpswede

VON HELGA SCHNEHAGEN

Der 150. Geburts- und 80. Todestag – Worpswede bei Bremen hat dieses Jahr doppelten Anlass, dem Maler, Graphiker und Designer Heinrich Vogeler zu gedenken. Das Leben und facettenreiche Schaffen des Ausnahmekünstlers zwischen Jugendstil und sozialistischer Propagandamalerei, Krieg und Frieden, Deutschland und Russland ist bis zum 6. November Thema der großen Gemeinschaftsausstellung „Heinrich Vogeler. Der neue Mensch“. Die Schau in den Worpsweder Museen Barkenhoff, Große Kunstschau, Haus im Schluh und Worpsweder Kunsthalle wird von den Bremer Kooperationspartnern Focke-Museum, Kunsthalle Bremen und Museen Böttcherstraße ergänzt.

Am 12. Dezember 1872 kam Vogeler als Sohn einer wohlhabenden Bremer Kaufmannsfamilie auf die Welt, um später den Traum vom Kommunismus zu träumen. Sein Werdegang ließ das nicht vermuten, denn seine künstlerische Laufbahn begann bürgerlich im Rahmen der Worpsweder Künstlergruppe, wenn auch mit Sonderstellung. Vogeler interessierte nicht – wie die Kollegen – die Natur in ihrer Natürlichkeit und das einfache Leben, sondern die Gestaltung. Als Lyriker und Ästhet veredelte er nicht nur Haus, Garten und Interieur. Er inszenierte das Leben selbst. Feinkultivierte Lebensführung und stilvolle Geselligkeit sollten das Leben zum Kunstwerk machen.

Von Verschönerungswelle erfasst

In ganz Europa herrschte um 1900 der Drang, dem Leben eine neue Form aufzuprägen. Anstöße waren besonders aus England gekommen, dem künstlerisch-ideologischen Nährboden des Jugendstils. Es war der Versuch, im Schatten des heraufkommenden Industriezeitalters dem Leben noch einmal ein menschenwürdiges Gesicht zu geben. Besonders ausgeprägt war der Wunsch, Gegenstände des täglichen Gebrauchs zu verschönern.

Vogeler wurde zu einer Ikone der Bewegung. Er traf den Geschmack des Bürgertums, setzte Maßstäbe und war als begabtes Multitalent weit über Bremen und



Künstler und Familienmensch: Heinrich Vogeler mit Frau und Töchtern in einer kolorierten Aufnahme von 1907 Foto: akg-images

Worpswede hinaus gefragt. Er illustrierte Bücher und Zeitschriften, entwarf Möbel, Gebrauchsgegenstände, Schmuckstücke, Kleidung und Webereien, die Ausstattung von Privatvillen, Kaffeehäusern und Restaurants und arbeitete als Architekt.

Weltruhm, so könnte man sagen, verschaffte ihm seine Mitarbeit 1899/1900 bei der Literatur- und Kunstzeitschrift „Die Insel“. Für die Bremer Firma M.H. Wilkens & Söhne entwarf er ab 1900 erfolgreich Silberbestecke. Das Herbstzeitlosen-, Tulpen- und Margeritenbesteck sind heute im Focke-Museum ausgestellt.

Die Verschönerungswelle um 1900 hatte auch den öffentlichen Bereich erfasst. Vogeler erhielt nicht nur Entwurfsaufträge für das Bremer Ratssilber, sondern auch für das des Lübecker Rats. Für beide Aufträge hatte er sich durch die 1905 vollendete Güldenammer des Bremer Rathauses ausgezeichnet. Ein Höhepunkt im Schaffen des zu jener Zeit

33-jährigen Künstlers und eines der wenigen Raumkunstwerke des Jugendstils, das unzerstört geblieben ist.

Ein Stuhl der Güldenammer steht in der Halle im Erdgeschoss des zum Focke-Museum gehörigen Haus Riensberg. Im Obergeschoss ist neben anderen Objekten ein weiteres Ensemble zu bewundern: das Zimmer einer jungen Frau, das Vogeler 1906 auf der Deutschen Kunstgewerbe-Ausstellung in Dresden präsentierte.

Protestbrief an den Kaiser

Zentrale Werke beherbergt auch die Kunsthalle Bremen: neun Gemälde und über 300 Arbeiten auf Papier, vom märchenhaft-romantischen Gemälde des Liebespaars über Darstellungen des Gesamtkunstwerks Barkenhoff aus den frühen 1900er Jahren bis hin zum Bild des Hamburger Werftarbeiters, das Vogeler Ende der 1920er Jahre malte. Die Museen Böttcherstraße erinnern an Vogelers Unter-

stützung für die Malerkollegin Paula Modersohn-Becker.

Mit derselben Intensität, mit der Vogeler sein Leben träumerisch der Realität entrückt hatte, machte der Erste Weltkrieg ihn zum engagierten Kämpfer gegen ihre Schattenseiten. Letzten Anstoß gaben die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk 1917/18. Für Vogeler ein imperialistischer Gewaltfrieden. Zutiefst betroffen, verfasste er „Das Märchen vom lieben Gott“, einen Protestbrief in Form einer Dichtung an Kaiser Wilhelm II., den er am 20. Januar 1918 abschickte.

In jüngerer Zeit ist ein zweiter Brief des damaligen Unteroffiziers an die Oberste Heeresleitung bekannt geworden, der direkt ausspricht und weiter ausführt, was der Kaiserbrief in Literatur gekleidet hat. Vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Kriegsgeschehens sind es Friedensappelle von erschreckender Aktualität. Die Aktion hatte glücklicherweise

nur Vogelers Einweisung in eine Irrenanstalt zur Folge und nicht die sofortige Erschießung als Landesverräter, wie sie Lüdendorff forderte.

Die radikale Wandlung vom Biedermeier zum Sozialisten machte die Worpsweder Künstleridylle Barkenhoff zur Kommune und später zum Kinderheim der „Roten Hilfe“. Vogeler selber wandte sich in die Sowjetunion, die seine neue künstlerische und persönliche Heimat wurde. 1932 übersiedelte er endgültig nach Moskau.

Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen am 22. Juni 1941 wurde er Mitarbeiter beim Moskauer Rundfunk und verurteilte mit Appellen in deutscher Sprache das NS-Regime. Schon seit 1940 stand er auf der Fahndungsliste der SS. Im September 1941 wurde er von den Sowjets auf eine Kolchose bei Karaganda zwangsevakuert, um an einer Baustelle für einen Staudamm zu arbeiten. Wenige Monate später starb er am 14. Juni 1942 im Alter von 70 Jahren völlig entkräftet und bettelarm im nahen Krankenhaus von Kornejewka. Sein Grab in der kasachischen Steppe wurde nie gefunden.

In einer Mischung aus Spielfilm und Dokumentation hat Marie Noëlle in dem parallel zur Ausstellung entstandenen Film „Heinrich Vogeler – Aus dem Leben eines Träumers“ das Leben des Künstlers auch ins Kino gebracht. Florian Lukas spielt darin Heinrich Vogeler und Anna Maria Mühe dessen Frau Martha. Neben direkten Nachfahren kommen darin auch Kunst- und Kulturschaffende der internationalen Kunstszene zu Wort.

• Infos zum Jubiläum: www.vogeler22.de



Vogeler-Refugium: Der Barkenhoff

SCHLOSS CHARLOTTENBURG

Ein künstlerischer Stilbruch in West-Berlin

Aus schön alt wurde hässlich neu – Als man vor 50 Jahren in der heutigen Hauptstadt um ein Deckengemälde stritt

Beim Bombenkrieg auf Berlin wurde 1943 auch Schloss Charlottenburg stark zerstört. Ein Opfer dieses Angriffs war die barocke Deckenmalerei von Antoine Pesne (1683–1757) im Weißen Saal, deren Rekonstruktion vor 50 Jahren den „Berliner Bilderstreit“ auslöste. Gestritten wurde um die Frage, ob man die Malerei nach vorhandenen Fotografien vollständig rekonstruiert oder mit modernen Stilmitteln nachempfunden.

Durchgesetzt haben sich schließlich die modernen Bilderstürmer. Der Künstler Hann Trier führte 1972 einen eigenen, modernen Entwurf aus. Im Rahmen des Jahresthemas „Welterbe: Bauen und Bewahren für die Zukunft“ wird dem Publikum jetzt im Neuen Flügel des Schlosses die Zeit dieses Wiederaufbaus mittels originaler, zuvor noch nie ausgestellter Objekte, historischen Bildmaterials und partizipativer Elemente nähergebracht.

Die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) erin-

nert mit der Ausstellung „StilBRUCH?! West-Berlin streitet um ein Deckenbild“ bis zum 31. Oktober an die heute nahezu

vergessene – damals aber ganz West-Berlin aufwühlende – Debatte, als in einer Zeit der Neuorientierung nach den Wir-

ren des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs in der Diskussion um Rekonstruktion oder Neuschöpfung unterschiedliche politische und gesellschaftliche Standpunkte beim Aufarbeiten der Vergangenheit aufeinanderprallten.

Die Zerstörung Berlins und die daraufhin notwendige Neuordnung in der Politik, der Kultur und schließlich auch im Schloss bilden den Ausgangspunkt der Ausstellung zum Umgang mit dem zerstörten Deckenbild im Weißen Saal. Sieben Jahre dauerte das Tauziehen, in dem verschiedene Persönlichkeiten aus Politik und Kultur sowie die Presse um eine Lösung rangen. Ihre Sichtweisen veranschaulichen die unterschiedlichen denkmalpflegerischen Auffassungen der Zeit.

Zugleich stand dahinter die damals aktuelle Frage nach der Bedeutung von Tradition und Moderne, nach dem Verhältnis von preußischem Erbe und Neuanfang. Bereits 1953 stand das Schloss durch die erste Ausstellung der „Galerie des

20. Jahrhunderts“ im Fokus des aktuellen Kunstschaffens, für das sich auch die Belegschaft der Schlösserverwaltung sehr interessierte. Während des mehrjährigen Konflikts entwickelte Hann Trier seine Vision in einem Entwurfsprozess über eine Vielzahl von Arbeiten.

Als Höhepunkt führt der Rundgang in den Weißen Saal, wo unter dem imposanten Deckenbild die Gesamtentwürfe von vier Künstlern der 1950er und 1960er Jahre sowie die monumentalen Probestücke von Hann Trier und Karl Manninger aus dem Jahr 1971 präsentiert werden.

Thematisch knüpft die Ausstellung an die 2021 veröffentlichte Onlinepräsentation „StilBRUCH? Die Moderne im Wiederaufbau von Schloss Charlottenburg“, die aktuell noch im Internet zu sehen ist unter <https://artsandculture.google.com/partner/schloss-charlottenburg>. *tws*

• Schloss Charlottenburg, Eintritt 14 Euro, Internet: www.spsg.de/stilbruch



Eine Mixtur aus Barock und Moderne: Das nur halbwegs rekonstruierte Deckengemälde im Weißen Saal des Schlosses Charlottenburg

● FÜR SIE GELESEN

Eine neue Sicht auf die Welt

„Die vertrauten Formen, die wir als ‚Kontinente‘ und ‚Ozeane‘ bezeichnen, wirken so natürlich und selbstverständlich, dass kaum Anlass zu bestehen scheint, sie infrage zu stellen“, sagt Christian Grataloup in seinem Buch „Die Erfindung der Kontinente“. Der als „größter Historiker unter den Geographen“ geltende Professor aus Frankreich lehrte an der Universität Paris Diderot und wirkte an zahlreichen Publikationen zu geo-historischen Themen mit.

Allein das Durchblättern des 255-Seiten starken Buches ist hochinteressant. Ein Kupferstich von Johannes Putsch (1516–1542) zeigt eine Darstellung Europas als hochherrschaftliche Dame, deren gekröntes Haupt Spanien bildet, während Italien als rechter und Dänemark als linker Arm dargestellt wird. Es ist das Europa Karls V. und der Habsburger. Auf dem Königinnenrock tummeln sich Polonia, Prussia, Hungaria, Russia und viele mehr. Im 16. Jahrhundert, so der Autor, beginne die Wahrnehmung Europas als eines Territoriums, mit dem sich die Bewohner identifizierten.

Bemerkenswert ist, dass das in Karten oder Gemälden dargestellte Bild der Kontinente eher dem jeweiligen Weltbild der Epoche entsprach als der Realität. Tektonische Platten erlauben eine Zuteilung der Länder zu bestimmten Kontinenten, doch erfolgte die Einteilung fast immer aufgrund politischer Entwicklungen und Interessen.

Die Dame Europa

Begonnen habe die Aufteilung der Welt in den mittelalterlichen Klöstern, indem man die drei Teile der Erde in einem Kreis als Asia, Europa und Afrika darstellte. Dies deshalb, weil Noah drei Söhne hatte und nach religiöser Ansicht die Wiederbevölkerung nach der Sintflut durch sie erfolgte. Aus Erdteilen mit Namen im Femininum werden im 16. Jahrhundert Frauengestalten. „Die drei Söhne Nochs sind vergessen, sie haben vier schönen Damen Platz gemacht“, so der Autor, „wobei die Dame Europa dabei die Stellung einer prima inter pares“, also einer „Ersten unter Gleichen“ einnahm.

Das letzte Kapitel „Wir und die anderen“ zeigt auf, dass zu allen Zeiten Menschen geglaubt haben, dass sie besser seien als ihre Nachbarn. „Was wäre gewesen, wenn die Entdeckungen und das Miteinander der verschiedenen Gesellschaften der Welt aus einem anderen Kulturraum als dem christlichen Abendland initiiert worden wäre?“, fragt Grataloup und beleuchtet in dem Abschnitt eine „Geschichte der unverwirklichten Möglichkeiten“, die zum Nachdenken anregt.

Die Einteilung der Welt, wie sie seit Generationen in Schulen gelehrt wird, muss sich hier kritischen Fragen stellen und kann diesen nicht standhalten. Es hätte alles auch ganz anders sein können, denn nichts ist so wie es uns erscheint. Lehrreich, informativ und interessant öffnet der Autor den Lesern die Augen für völlig neue Perspektiven zur Sicht auf die Welt. S.F.

Christian Grataloup: „Die Erfindung der Kontinente. Eine Geschichte der Darstellung der Welt“, wbg Theiss, Darmstadt 2021, gebunden, 256 Seiten, 80 Euro



WEIHNACHTEN



Tolle Knolle

Heimische Anbaumöglichkeiten, Vor- und Nachteile exotischer Kartoffelarten für Garten und Balkon

FOTO: SHUTTERSTOCK

Wachstumsbedingungen für Pflanzen ändern sich, und so wollten zwei Biologinnen herausfinden, ob neben der Kartoffel auch noch andere Knollen in Deutschland kultivierbar sind. Ihre Ergebnisse, Hinweise und Anleitungen haben sie in einem botanischen Sachbuch

wunderbar abgebildet zusammengetragen. Neben Beschreibungen für den Garten finden sich auch Kultivierungsmöglichkeiten für den Balkon. Vorgestellt werden neben der Kartoffel als Vergleichswert Yacon, Topinambur, Oca, Knollenziest und Taro. CRS

Claudia Steinschneider/Ute Stückler-Sattler: „ausgegraben. Süßkartoffel, Yacon & Co. Das große Garten- und Kochbuch“, at Verlag, Aarau und München 2022, gebunden, 200 Seiten, 29,90 Euro

BERLIN

„Feine Jejend“ Kurfürstendamm

Die Berliner Historikerin Regina Stürickow zeichnet die Entwicklung einer der bekanntesten Straßen der Hauptstadt vom Feldweg zum Prachtboulevard nach

VON SILVIA FRIEDRICH

Rein optisch könnte dieses Buch in einer Schaufensterauslage der frühen 1960er Jahre liegen. Die Schrift, das Foto, die Farben erinnern an „einfachere, bravere, ruhigere“ Zeiten, als es kein Internet gab und sich nur wenige ein Fernsehgerät leisten konnten.

Die Autorin Regina Stürickow hat in Berlin Geschichte und Slawistik studiert und legt mit dem Buch „Der Kurfürstendamm. Geschichte des Berliner Boulevards“ die historische Entwicklung dieser weltberühmten Straße offen. Doch es ging ihr beim Schreiben nicht darum, ein nostalgisch verklärtes Bild des Prachtboulevards zu entwerfen oder seine Geschichte minutiös nachzuzeichnen, sondern darum, ein Stimmungsbild vom vielschichtigen Leben des Kurfürstendamms zu zeigen, um zu verdeutlichen, was seine Anziehungskraft einst ausmachte. Denn, so die Autorin, verloren gegangene Atmosphäre sei nicht durch noble Geschäfte und aufwendig restaurierte Fassaden zu ersetzen.

Gleich zu Beginn erfährt der Leser, warum einige Hausnummern auf dieser wichtigen Allee fehlen und immer fehlen werden. So gibt es zum Beispiel keinen Kurfürstendamm Nr. 1, sondern seit 1925 begann die Straße mit der Nummer 10, heute mit der Nummer 11. Grund ist, dass der Damm einst länger war und ein Teilstück in Budapester Straße umbenannt wurde.

Interessant ist auch die Entwicklungsgeschichte, wie aus matschigen Waldwegen weltbekannte und oft besungene Prachtstraßen werden. Wer Bilder des Feldweges aus dem 19. Jahrhundert anschaut, kann sich nicht vorstellen, dass daraus in kurzer Zeit eine der berühmtesten Alleen der Welt wurde. Im Kapitel „Vom Knüppeldamm zum Prachtboulevard“ ist zu erfahren, welche Rolle Ministerpräsident Otto von Bismarcks Vorliebe zum Reiten dabei spielte, auf dem Sandweg eine Flaniereweile zu errichten.

Mit dem Ausbau der Villenkolonie Grunewald begann der Aufstieg des Damms, der schon früh mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar war. In acht Kapiteln geht es dann durch die interessante, manchmal geheimnisvolle, oft witzige Geschichte dieser Straße und eröffnet so manchen neuen Blick auf den feinen Berliner Westen. Leicht lesbar und informativ geht es durch die Zeiten der zwei Weltkriege und der Teilung Berlins, um am Ende im Abschnitt „Der Kurfürstendamm nach 1990“ einen Ausblick zu werfen auf die zukünftige Entwicklung dieses wichtigen Boulevards der Hauptstadt.



Regina Stürickow: „Der Kurfürstendamm. Geschichte eines Berliner Boulevards“, Elselgold Verlag, Berlin 2021, gebunden, 224 Seiten, 25 Euro

WELTPOLITIK

Europa zwischen den Fronten

Josef Braml nimmt eine kritische Haltung gegenüber den USA ein und warnt vor deren nationalistisch und egoistisch ausgerichteter Politik

VON DIRK KLOSE

Von so unterschiedlichen Politikern wie Otto von Bismarck und Egon Bahr wird fast gleichlautend überliefert: Staaten haben Interessen, aber nicht Werte. Das klingt zynisch, ist aber doch ziemlich realistisch. Josef Braml, Autor des Buches „Die transatlantische Illusion“, fordert die Europäer vehement auf, ihre eigenen weltpolitischen Interessen zu verfolgen, politisch und militärisch eigenständiger zu werden und nicht so sorglos wie bisher unter dem amerikanischen Schutzschirm zu leben. Der sei eine gefährliche Illusion, eine transatlantische Illusion.

Der Autor hat in mehreren internationalen Gremien gearbeitet und ist mit den Verflechtungen zwischen Europa und den USA gut vertraut. Sein Buch kennzeichnet zum einen die Überzeugung, Amerika werde sich immer stärker dem als Bedrohung empfundenen China zuwenden, zum zweiten eine ungewöhnlich kritische Haltung gegenüber den USA selbst. Die USA würden dem selbstgesetzten Anspruch, Hüter einer liberalen Weltordnung zu sein, immer weniger gerecht. Zum Teil aus innerer Schwäche heraus als auch in dem Glauben, sich gegenüber China behaupten zu müssen, verfolgten die USA immer skrupelloser eine nationalistische, geradezu egoistische Politik. Der militärische Schutzschirm werde erkaufte mit politischer und wirtschaftspolitischer Unterordnung.

Für Europa könne das keine Zukunft sein. Der Kontinent müsse, so Braml, endlich politisch eins werden. Statt Einstimmigkeit müsse es in Brüssel zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen kommen, die eigenen Rüstungsanstrengungen müssten entgegen allen US-Interventionen gezielt fortgesetzt werden. Gegenüber Russland gelte Stärke und Verhandlungsbereitschaft zugleich: „Es muss mühsam Vertrauen aufgebaut werden, gerade indem man miteinander redet ...“

Das Buch ist eine dringliche Aufforderung an das auf neue Herausforderungen noch wenig vorbereitete Deutschland. Unser Land drohe in die Mühlensteine zwischen den USA und China zu geraten. Er gibt eine Reihe gut überlegter Empfehlungen, von denen man wünscht, sie würden auch in Berliner Ministerien zur Kenntnis genommen. Kritik möchte man gegenüber Passagen anmelden, Europa könne sich allein auf die atomaren Fähigkeiten Frankreichs und Großbritanniens verlassen. Das erscheint nicht realistisch! Solange der Ost-West-Konflikt andauert, hat Europa letzte Sicherheit wohl nur an der Seite der USA.



Josef Braml: „Die transatlantische Illusion. Die neue Weltordnung und wie wir uns darin behaupten können“, C.H.Beck Verlag, München 2022, broschuriert, 176 Seiten, 16,95 Euro

OSTPREUSSEN-KREUZFAHRT

Die „Classic Lady“ kreuzt einsam durch Masuren

Ergreifende Erlebnisse auf einem ungewöhnlichen Schiffs-Rad-Törn auf ostpreußischen Gewässern – Natur und Kultur pur

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Masuren liegt im Süden Ostpreußens und im Nordosten der Republik Polen. Wald- und Seenreichtum sind sein Kapital.

„Erfahren kann man Masuren zum Beispiel per Schiff und Rad – mit der weißen ‚Classic Lady‘.“ Seit der Indienststellung im Jahre 2003 startet das 44 Meter lange Kreuzfahrtschiff allwöchentlich von Mai bis September im Segelhafen von Nikolaiken. In Touristenkarten und deutschsprachigen Informationsmaterialien vor Ort findet man neben den heutigen polnischen auch die deutschen Namen aufgeführt. Ein Service, den man nicht nur als eine Art Willkommensgruß für die deutschsprachigen Touristen und Urlauber sehen kann, sondern er zeigt auch einen souveränen Umgang mit historischen Tatsachen.

Nikolaiken gilt nach wie vor als touristisches Zentrum der Masurischen Seenplatte im Herzen von Ostpreußens Süden. Heute gehört es infolge des Zweiten Weltkriegs zur Republik Polen, während der nördliche Teil an Russland und Litauen kam. Ein Land voller Geschichten und Geschichte, aber auch der Emotionen.

Familiäre Wurzeln

Die Journalisten-Legende Hans Helmut Kirst träumte von der „Märchenwelt aus Moos und Schilf und der leuchtend grünen Zauberwälder voller Geborgenheit“. Sein Kollege Klaus Bednarz war lange ARD-Korrespondent in Warschau. Dessen Vaterhaus steht in Ukta am romantischen Flüsschen Krutinna, durch deren klares Wasser wir später im Kajak und Stocherkahn von Krutinnen aus gleiten. Dort lag „mein Kindheitsparadies“, erzählte er und kam ins Schwärmen. Masuren war daher auch Thema einiger seiner Filme und Bücher. Dadurch haben sich auch viele Passagiere der „Classic Lady“ anregen lassen. „Einmal das alles mit eigenen Augen sehen und erfahren“, das wollten die meisten Gäste, die darüber hinaus manche familiäre Wurzel in Ostpreußen aufweisen.

Die 37 Passagiere sind aus der ganzen Bundesrepublik angereist, darunter zwei Drittel aus den östlichen Bundesländern.

Ein Bischof als Reiseleiter

„Ostpreußen hat uns schon immer fasziniert“, gesteht Holger aus Magdeburg. Er und seine Frau Franka sind wie die übrigen Gäste begeisterte Radler. Für Jutta aus Schwerin liegen die Vorteile der Reisekombination Schiff – Rad, einzigartig in Masuren, klar auf der Hand: „Keine lästige Quartiersuche, kein tägliches Kofferpacken und tagsüber unbeschwertes Fahren ohne Gepäck, von fehlenden Sprachkenntnissen mal abgesehen.“ Schnell stellt sich auch – Radfahren verbindet – eine unkomplizierte familiär-legere Atmosphäre ein. Das empfinden alle so. Und alle waren auf der Suche nach neuen Herausforderungen.

Wenn frühmorgens die Fahrräder von Kapitän Tomasz Biadun und seinen Mitarbeitern auf den Anlegesteg gewuchtet werden, können sich die Gäste noch einmal genüsslich in ihren zweckmäßig, aber nicht ungemütlich eingerichteten Kabinen umdrehen und anschließend in aller Ruhe frühstücken. Mit Panoramablick auf das jeweilige Gewässer.

Die humorvollen Reiseleiter Andrzej, promovierter Limnologe (Wissenschaftler für Binnengewässer) und Manager, sowie Pawel, der bodenständige lutherische Bischof von Rastenburg im Urlaub,



Mini-Kreuzfahrt auf den Masurischen Seen: Statt Trubel bietet die Reise Erholung und grandiose Naturerlebnisse

Fotos (3): PSW

gehen dann mit ihren Schützlingen, wie schon am Abend zuvor, noch einmal die bevorstehende Tagesetappe durch. Die meisten finden Erholung im Sattel. Wie eine Droge sei das, begeistern sie sich. „So kann man das Land geradezu mit allen Sinnen erfahren“, schwärmt Andrea aus Berlin. Wie alle anderen ist auch sie zum ersten Mal hier: „Ich werde wiederkommen, denn es gibt ja noch so viel zu sehen und zu erleben.“

Der Preußen-Vogel klappert

Mal strampeln wir über unbefestigte Feld-, Wald- und Wiesenwege, mal über schmale, kaum befahrene Straßen und selten nur kurze Abschnitte auf verkehrsreichen Fernstraßen. Hügelgelauf und –ab, aber fast mühelos mit einer leicht zu bedienenden Siebengang-Nabenschaltung oder auf Wunsch elektrisch. Zwischendurch blitzen immer mal wieder



FOTO: SHUTTERSTOCK

ein paar blaue Seen-Spiegel (von insgesamt 3000) durch das frische Grün oder duckt sich das rote Ziegeldach eines alten, einsamen Gehöfts oder Gutes in einer Senke. Auf unzähligen Firsten thronen Storchennester. Sein schwarz-weißes Federkleid hat ihm den Spitznamen „preußischster aller Vögel“ eingebracht. „Jeder vierte Storch weltweit ist heute

Pole“, hören wir. Wie auf Bestellung klappern sie mit ihren langen roten Schnäbeln. Uns haben sie scheinbar gewarnt, als wir von Angerburg

[Wegorzewo] aus nach Norden vorstießen. Plötzlich standen wir vor den Barrieren der polnisch-russischen Grenze. Bis eine Streife kam und uns kurzzeitig festhielt – als vermeintliche Spione.

In Zondern [Sadry], sechs Kilometer westlich von Rhein [Rhyn], „menschelt“ es hingegen. Die letzten Deutschen der Region, Familie Dickti, betreiben in dem Dörfchen ein kleines Privatmuseum,

das 200 Jahre alte „Masurische Bauernhaus“ mit regional typischen Hausgeräten und Möbeln.

Die Aufkleber von deutschen Reise- und Busunternehmen verraten, dass wir es hier mit einem touristischen Magneten zu tun haben. Souvenirs werden angeboten, aber auch ein leckerer, noch ofenwarmer Kasten-Hefekuchen, gefüllt mit Marmelade und überzogen mit Streuseln. Bei Kaffee und Kuchen gibt Dickti junior in breitestem Ostpreußisch „Wippches“ (Witze) zum Besten. Zum Beispiel den: „Was haat ejn Mann, was im Schnee sitzt? Na, Schneegleckschens!“ Schallendes Gelächter.

Auch Ostpreußen-Schriftsteller Arno Surminski, der aus Jäglack [Jeglawki] westlich von Drengfurt stammt, hat sich darüber amüsiert, als er die Dicktis besucht hat. „Mannche, Mannche, hat darr mich Lechers im Bauch gefraacht!“, berichtet Dickti über so viel mediale Aufmerksamkeit.

Sichtbare Geschichte

Neben Landschaft satt gibt es auch Sehenswürdigkeiten aus mehr als 700-jähriger Geschichte aus der Zeit des Deutschen Ordens.

Am letzten Tag heißt es scherzhaft-doppeldeutig: „Heute haben wir einen Termin beim Führer“. Gemeint ist der polnische Reiseführer Jan Zduniak, ein namhafter Historiker und Buchautor. Im damaligen Hauptquartier Adolf Hitlers, der „Wolfsschanze“ (Wilczy Szaniec) bei Rastenburg, wird einem angesichts gesprengter meterdicker Betonmauern der Wahnsinn des „Tausendjährigen Reiches“ bewusst. Neonazis lassen sich an diesem Ort daher auch nicht blicken, wie wir hören. Aber jede Menge Deutsche. „Das ist ein Stück sichtbare Geschichte“, antworten einige, befragt nach ihrem Besuchsmotiv. Zwei Denkmäler erinnern an das Attentat vom 20. Juli 1944 und den Widerstand. Neuerdings ist die Baracke, in der es geschah, nachgebaut und mit einer Ausstellung bestückt worden.

Am Ende eines Tages zeigt der Tacho manchmal über 60 Kilometer an. Trotz des geruhsamen Tempos. Alle Altersgruppen sind irgendwie stolz, es problemlos geschafft zu haben – ohne geschafft zu sein. Jeder genießt sein kühles polnisches Bier an Oberdeck mit Wald-See-Panoramablick. Auch das Wellengluckern an der Bordwand garantiert anschließend Tiefschlaf.



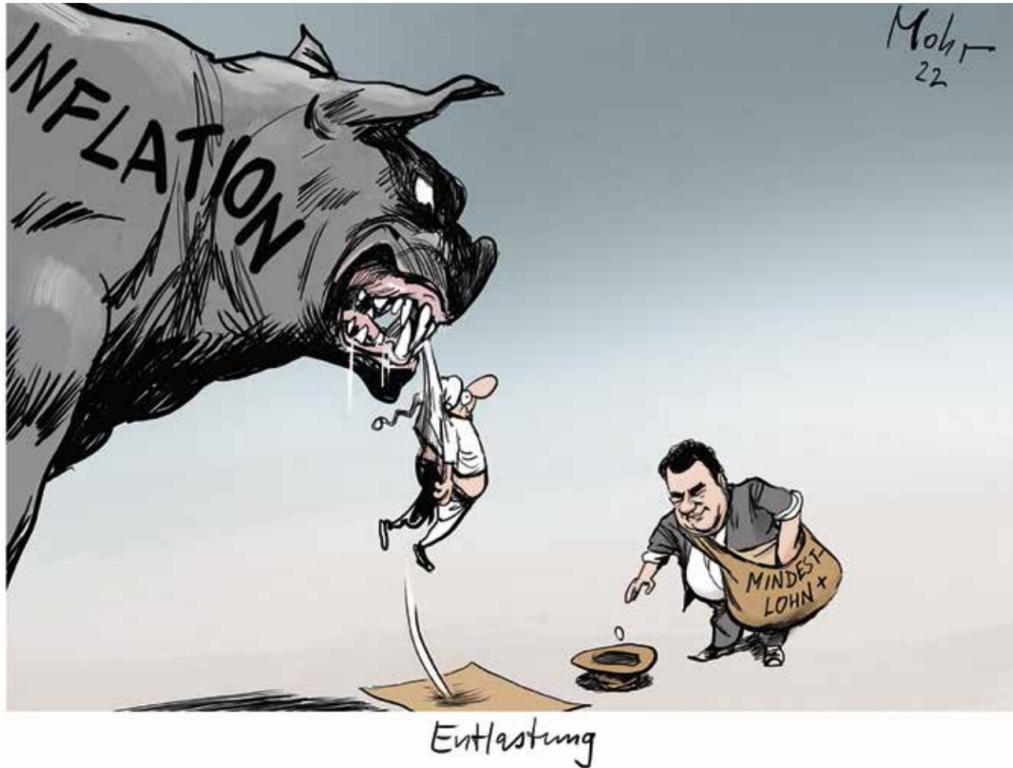
Im Herzen des südlichen Ostpreußen gelegen: Nikolaiken gilt als touristisches Zentrum der Masurischen Seenplatte



Vor der Kirche der Altgläubigen in Eckertsdorf: Radausflüge zu den Sehenswürdigkeiten der Region gehören zum Programm

● AUFGESCHNAPPT

Vergangenes Jahr veröffentlichte der Politikwissenschaftler Martin Wagener ein Buch mit dem Titel „Kulturkampf um das Volk. Der Verfassungsschutz und die nationale Identität der Deutschen“ – was der besagten Behörde gar nicht schmeckte. Der Professor beklagt unter anderem, der Verfassungsschutz greife jenseits seiner Aufgaben aktiv in politische Auseinandersetzungen ein. Wagener lehrt am Fachbereich Nachrichtendienste der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung. Nun wurde ihm der Sicherheitsbescheid endgültig entzogen, seinen Dienstort darf er nicht mehr betreten. Mit konkreten Vorwürfen gegen das Buch tut sich der Verfassungsschutz zwar schwer, erkennt aber einen vom Autor vertretenen ethnischen Volksbegriff. Dieser widerspreche der Menschenwürde, damit verstoße er gegen die Verfassung und folglich sei die Gefahr eines Geheimnisverrats gegeben. Dass das Grundgesetz selbst im Artikel 116 einen ethnisch zu verstehenden Volksbegriff verwendet, scheint irrelevant zu sein. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Wladimir Putin sei seinerzeit nicht zum Spionagedienst zugelassen worden, weil er in den Augen seiner Ausbilder „nicht in der Lage war, die Folgen seiner Entscheidungen angemessen einzuschätzen“. Dies behauptet Sergej Jirnow, der mit Putin zusammen auf dem KGB-Institut ausgebildet wurde. Im Interview mit dem französischen „Figaro“, das die „Welt“ (2. Juni) auf deutsch herausbrachte, warnt Jirnow:

„Seit dem 21. Februar ist jede Entscheidung, die er trifft, schlechter als die vorherige, und diese Logik kann ihn nur in eine Katastrophe führen. Das gilt für Russland und auch die ganze Welt. Und ja, das macht einem Angst. In seiner Blindheit ist er zum Schlimmsten in der Lage. Das ist es, was seine Ausbilder beim KGB befürchteten, als sie ihn von der Spionage ausschlossen. Und sie hatten recht.“

Gabor Steingart wiederum wirft im „Focus“ (31. Mai) einen kritischen Blick auf den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyi und empfiehlt westlichen Politikern dringend, nicht blindlings dessen Kurs zu folgen:

„Wir wollen helfen, Putins Armee zurückzudrängen, aber nicht Russland in die ökonomische Steinzeit katapultieren. Wir können nur den begrenzten Krieg riskieren, aber niemals den totalen Krieg wollen. Wolodymyr Selenskyj lebt ein Leben in der politischen Eindimensionalität ... Der Realpolitiker aber lebt auf einem anderen Stern. Er respektiert Selenskyj. Aber er darf ihm in seiner eifernden Totalität nicht folgen. Er muss auf seiner Souveränität bestehen. Oder in der gebotenen Deutlichkeit gesagt: Berlin ist kein Vorort von Kiew.“

Im Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (2. Juni) anlässlich seines 85. Geburtstages wundert sich Schlagerlegende Roberto Blanco über die überspitzte Rassismus-Debatte in Deutschland:

„Man sollte die Kirche doch im Dorf lassen, der Ton macht die Musik. Wenn jemand über mich sagt, ‚er ist ein wunderbarer Neger‘ - soll ich beleidigt sein? Warum? Sagen Sie mir einen Grund, warum ich, Roberto Blanco, beleidigt sein sollte, wenn jemand sagt, ich sei ein wunderbarer Neger ... Heute wird viel darüber gestritten, was man sagen darf und was nicht. Solche Diskussionen würde es nicht geben, wenn wir hier Krieg wie in der Ukraine hätten. Da haben die Leute andere Sorgen“

● WORT DER WOCHE

„Die politischen Antworten auf die Corona-Krise haben keine Gruppe so stark getroffen wie die Kinder. Das darf sich nie wiederholen.“

Andreas Schleicher, Bildungsexperte der OECD, sprach sich gegenüber dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ (7. Juni) strikt gegen weitere Schulschließungs-Debatten aus

DER WOCHENRÜCKBLICK

Was wir nicht wissen sollen

Warum die Wahrheit jetzt noch viel entschiedener bekämpft gehört, und wie schnell Sie dran sind

VON HANS HECKEL

Karl Lauterbach hat viel zu tun. Seit etlichen Monaten schon kämpft der Gesundheitsminister dagegen an, dass eine Untersuchung der Wirksamkeit der Corona-Maßnahmen öffentlich gemacht wird. Ein Sachverständigenrat war beauftragt worden, die Regelungen zur Corona-Eindämmung zu „evaluieren“ also wissenschaftlich unter die Lupe zu nehmen: Was hat geklappt? Und wenn ja, wie gut oder schlecht? Was hat gar nicht funktioniert und welche Schäden wurden die Maßnahmen hervorgerufen?

Das alles wäre doch interessant zu wissen. Aber nicht für Lauterbach, der die zuletzt für Ende dieses Monats vorgesehene Veröffentlichung der Untersuchung wie besessen torpediert. Mittlerweile aber tropfen immer mehr Erkenntnisse durch – und Untersuchungen aus dem Ausland steigern die Nervosität in Berlin noch weiter.

So war die Inzidenz bei Schweizer Schulkindern in etwa gleich hoch wie bei deutschen Altersgenossen, obwohl eidgenössische Schulen nur acht Wochen auf Geheiß der Politik schließen mussten. Bei uns waren es 38 Wochen. Wenn die 30 Wochen längere Schließung medizinisch richtig gewesen wäre, hätte die Inzidenz in der Schweiz um ein Vielfaches höher ausfallen müssen als in Deutschland. Ist sie aber nicht.

Und wie ist es mit der Maske? Da bringt Finnland Resultate ans Licht, die für die Bundesregierung leider auch nicht hilfreich sind: Dort hat das Gesundheitsamt die Daten von Kindern im Herbst vergangenen Jahres in den Großstädten Helsinki und Turku (Åbo) miteinander verglichen. Damals mussten die Grundschul Kinder in Helsinki Maske tragen, die in Turku nicht. Und wie verlief infolgedessen das Infektionsgeschehen in den beiden Städten? Sie ahnen es schon: Die Experten des Gesundheitsamtes haben keinerlei Unterschied gefunden. Das Masketragen war vollkommen sinnlos.

Was nicht heißt, dass es folgenlos blieb, wie auch die exorbitant langen Schulschließungen. Die Gewichts Zunahme bei Kindern hat laut der Deutschen Adipositas-Gesellschaft während der Pandemie ein Ausmaß erreicht, wie „wir es zuvor noch nie gesehen haben“. Psychische Störungen bei Kindern und Jugendlichen schossen ins Kraut, Kitakinder malen laut einer Betreuerin Gesichter

ohne Mund und Nase, Grundschüler haben während der Beschulung zu Hause große Rückstände beim Mit-der-Hand-Schreiben aufgebaut – und so weiter, und so fort.

All diese Sachverhalte würden in eine „Evaluierung“ natürlich einfließen müssen. Das passt dem Minister allerdings nicht in den Kram. Lauterbach hat bereits weiteren Impfstoff bestellt für 830 Millionen Euro. Außerdem ringt der SPD-Politiker für eine Fortschreibung des Infektionsschutzgesetzes über den 23. September hinaus, an dem das bisherige Gesetz ausläuft.

Doch mitten in seine Bemühungen knallt dieser Tage die nächste Hiobsbotschaft ins Haus: Die Briten (die schon wieder!) haben eine repräsentative Blutuntersuchung durchgeführt und dabei herausgefunden, dass 99 Prozent ihrer Bevölkerung mittlerweile Antikörper gegen Corona im Blut haben. Damit wäre die Pandemie definitiv zu Ende, und so benehmen sich die Briten auch. Für sie ist die Sache ausgestanden, alles wieder normal.

Normal? In einer „normalen“ Welt wäre kein Platz für einen wie Karl Lauterbach, das weiß er. Als FDP-Rabauke Wolfgang Kubicki in Lauterbachs Ministerium nachfragte, ob in Deutschland auch eine solche Untersuchung geplant sei, war die Antwort daher begrifflicherweise negativ. Es sei „nicht eindeutig“, ob eine solche Untersuchung nötig sei.

Bloß nichts untersuchen!

Wir sehen: Die Lage ist schwierig und wird ständig komplizierter. Um an ihrer Behauptung von einer fortdauernden und immer noch brandgefährlichen Pandemie festhalten zu können, muss die Bundesregierung, vertreten durch das Lauterbach-Ministerium, in anderen Ländern durchgeführte Forschungen zunehmend krampfhafter ignorieren und eigene Ergebnisse, Stichwort Maßnahmen-Überprüfung, mit aller Macht unter der Decke halten. Und ausgerechnet in dieser Situation soll man zu allem Überfluss selbst Untersuchungen anstrengen, die nur noch mehr riskante Wahrheiten ans Licht fördern? Man ist doch nicht bescheuert!

Das Problem ist nur, dass die Wahrheit mittlerweile so laut aus allen Ecken schießt, dass man sie kaum mehr übertönen kann. Vor allem aus dem Ausland (Schweiz, Finnland, Großbritannien), das sich der Kontrolle durch das deutsche Gesundheitsministerium schnöde entzieht und sich daher – aus Berliner Sicht – ständig verplappert. Es muss jetzt

Schweiz, Großbritannien, Finnland: Das Ausland wird in der Corona-Politik immer störender



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

darum gehen, die schädlichen Auswirkungen dieser vor allem ausländischen Einflussnahme auf die deutsche Debatte in den Griff zu bekommen. Angesichts des Ernstes der Lage erscheint es geboten, zur härtesten Waffe überhaupt zu greifen: der Nazikeule. Als postheroische Fackel der Bewegung hat die Keule schon so oft gute Dienste erwiesen, dass man sich ihrer Wirksamkeit gewiss ist.

Noch bevor Bundesinnenministerin Nancy Faeser ihren Verfassungsschutzbericht vorgestellt hatte, gab ihr Thüringer Ministerkollege und SPD-Parteifreund Georg Maier die Marschrichtung vor: „Corona-Leugner“ und sogenannte Querdenker seien konsequent dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen (Angehörigen des finnischen Gesundheitsamtes empfehlen wir daher, von Reisen nach Deutschland in nächster Zeit abzusehen.) Unter „Leugner“ kann nach bisheriger Erfahrung jeder fallen, der an den regierungsamtlichen Corona-Maßnahmen etwas auszusetzen hat, ja sogar deren Wirksamkeit öffentlich in Zweifel zieht oder Vorbehalte gegen Impfen vorbringt.

Maier geht hier ausgesprochen gerissen vor, indem er den „Leugnern“ und „Denkern“ vorhält: „Es sind Rechtsextremisten, die sie anstiften.“ Eine geniale Formulierung: Sollte nun ein echter Rechtsextremist irgendetwas zum Maskenzwang sagen, und Sie sagen etwas Ähnliches kurze Zeit später, dann gelten Sie als „von Rechtsextremisten angestiftet“. Dabei ist es völlig egal, ob sie von dem Extremisten jemals gehört oder dessen Auslassung überhaupt wahrgenommen haben.

Und es geht noch weiter: Wenn Maier fordert, die „Leugner“ und Querdenker pauschal dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen, dürfte das kaum weniger bedeuten, als dass Sie durch die erfolgreiche „Anstiftung“ automatisch selbst Rechtsextremist geworden sind. Sie halten diese Befürchtung für übertrieben? Dann blättern Sie noch einmal in ihrem Gedächtnis nach, was jenen Leuten vorgehalten wurde, die 2018 an den (frei erfundenen) Chemnitz „Hetzjagden auf ausländisch aussehende Menschen“ zu zweifeln wagten.

Der Virologe Klaus Stöhr, der für seinen Kollegen Christian Drosten auf Vorschlag der Union in den eingangs erwähnten „Evaluierungs“-Rat nachrückt, sammelt übrigens schon Geld für eine Blut-Untersuchung nach britischem Vorbild. Minister Maier sollte den Mann im Auge behalten.